

Donnerstag, 3. April 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Post 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1
304-1 / Anzeigenabteilung: Köln (02 28) 304-1 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

POLITIK

Argentinien: Die Offiziersausbildung der Bundeswehr soll bei der in Argentinien beabsichtigten Neustrukturierung der Streitkräfte zum Vorbild werden, erklärte der neue Verteidigungsminister Lopez (Foto) im Gespräch mit der WELT. Verteidigungsminister Wörner hat Lopez die Bereitschaft zu verstärkter Ausbildungshilfe der Bundeswehr signalisiert. (S. 6)



Anschläge: Auf eine Bank in Stuttgart und auf das Gebäude der Polizeiinspektion in Feucht bei Nürnberg sind Anschläge verübt worden, bei denen Sachschaden entstand. Politische Hintergründe werden vermutet.

Kontrollgremien: Das Vertrauensgremium des Bundestages-Haushaltsausschusses zur Kontrolle der geheimen Wirtschaftspläne der Nachrichtendienste soll künftig nicht mehr jährlich, sondern für eine ganze Legislaturperiode gewählt werden. Damit will die Koalition vermeiden, daß die Dienste zeitweise nur mit vorläufigen Etatsansätzen wirtschaften müssen.

Schwerbehinderte: Das vierte Sonderprogramm zur Ausbildungs- und Arbeitsplatzförderung ist um 518 Millionen Mark aufgestockt und bis zum 30. Juni verlängert worden. Mit dem Programm waren bisher über 20 000 Stellen geschaffen worden.

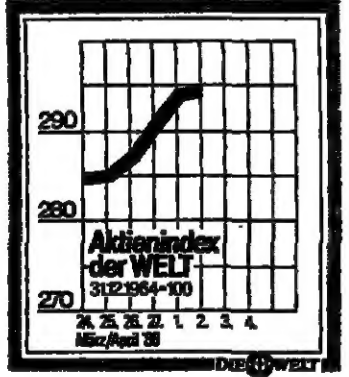
Appell: Die Freilassung von 17 sowjetischen Juden, die als politische Gefangene in Haft sind, hat die Gesellschaft für bedrohte Völker gefordert und zugleich an die westlichen Politiker und die Gewerkschaften appelliert, sich verstärkt für die jüdische Minorität in der UdSSR einzusetzen.

WIRTSCHAFT

Frankreich: Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung in Paris zeigt beinahe ihre Konturen, sie ist offensichtlich weniger ambitioniert als ursprünglich geplant. Das deutete sich an auf der ersten Pressekonferenz von Wirtschaftsminister Balladur. (S. 7)

Italien: Offiziell gibt es derzeit etwa 2,5 Millionen Arbeitslose, tatsächlich aber lediglich eine Million. Dies bestätigt ein führendes Marktforschungsinstitut in Rom, das „Grazziano“ in den Beschäftigungsstatistiken durchleuchtet hat. (S. 12)

Börse: An den Aktienmärkten konnte sich ein einheitlicher Trend nicht ausbilden. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 295,02 (294,91), BHF Rentenindex 108,064 (108,150), BHF Performance Index 104,583 (104,683), Dollarmittelkurs 2,3678 (2,3363) Mark. Goldpreis pro Feinunze 335,50 (333,70) Dollar.



KULTUR

Skulpturenpark: Der Yorkshire Sculpture Park versucht, in gleichem Maße junge Künstler zu fördern und bereits etablierte auszustellen. Henry Moore, einer der Förderer dieses Parks, sagte einmal: „Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum. Tageslicht und Sonnenschein sind dafür unverzichtbar.“ Die Natur ist ihm die beste Ergänzung. (S. 17)

Charme und Ironie: Der „Zauberhafte Zirkus“ der Prager „Laterna Magica“ ist ein großes weltliches Märchen vom Sieg des Guten über das Böse. Die Botschaft ist wahrlich nicht neu, doch in ihren Bann läßt man sich immer wieder gern ziehen – zumal bei so liebenswürdiger Verpackung. Die Prager gastieren derzeit in der Bundesrepublik. (S. 17)

SPORT

Tennis: Beim Grand-Prix-Turnier in Atlanta gewann Wimbledon-Sieger Boris Becker zusammen mit dem Australier Pat Cash in der ersten Doppelrunde gegen die Amerikaner Steve Meister und Eliot Teltscher in zwei Sätzen mit 7:6 und 6:4. (S. 15)

Fußball: DFB-Teamchef Beckenbauer briefte den 33-jährigen Dieter Hoenes (Bayern München) für das WM-Testspiel am kommenden Mittwoch gegen die Schweiz in Basel. Hoenes hatte zuletzt im Mai 1979 zwei Länderspiele bestritten. (S. 15)

AUS ALLER WELT



Wein: Der italienische Giftweinskandal hat inzwischen 14 Todesopfer gefordert. Jetzt warnt auch der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Matthies vor Tafelweinen in Zwei-Liter-Flaschen (Foto), die mit Methanol versetzt sein könnten. (S. 18)

Schiffsuntergang: Der Dreimaster „Marques“, Teilnehmer der Internationalen Hochseeregatta der Tiefseesegler, hatte 1984 in stürmischer See 19 Menschen in die Tiefe gerissen. War das Schiff unter Regattabedingungen niemals seetüchtig? Fragen, die jetzt von dem Londoner Senat zur Diskussion stehen. (S. 18)

Umwelt - Forschung - Technik Seite 6
Leserbriefe und Personalien Seite 15
Fernsehen Seite 16
Wetter: Vereinzelt Regen, kühl Seite 18

Gericht in Bayern untersagt Stimmzettel-Aktion des DGB

Einstweilige Verfügung gegen Betriebsrat / Scharfe politische Diskussion

DW, Bonn
Im Streit um die gestern vom Deutschen Gewerkschaftsbund gestartete Umfrageaktion zum Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsrecht verhielten sich die Fronten. Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, bezeichnete die Stimmzettelaktion als politisches Manöver zur Täuschung der Arbeitnehmer. Durch die Neuregelung des Paragraphen 116 seien weder das Streikrecht noch die Streikfähigkeit der Gewerkschaften angetastet worden. Er verwies auch darauf, daß nach dem Betriebsverfassungsgesetz und höchstgerichtlicher Rechtsprechung der Betrieb nicht politisiert werden dürfe. Die Firmen seien berechtigt, die Befragung auf dem Werksgelände zu unterbinden. Einige Unternehmen hatten sich gestern auch daran gehalten, doch ließ der DGB in diesen Fällen vor den Werkstoren abstimmen.
Dem Betriebsrat des BMW-Werkes Landshut war die geplante Abstimmung durch eine einstweilige Verfügung der Kammer Landshut des Arbeitsgerichtes Regensburg untersagt worden. Das Verteilen sowie das Einsammeln der Stimmzettel habe zu Unterbrechungen der Produktion geführt. Für den Fall der Zuwiderhandlung hatte das Gericht ein Ordnungsgeld bis zu 500 000 Mark angedroht. Eine Begründung gab das Gericht in dem Urteil nicht.
Nach ersten Informationen begann die zweiwöchige Stimmzettelaktion in den meisten Regionen gestern nur schleppend. Eine stichprobenartige Umfrage bei einigen Betriebsräten ergab, daß die Stimmzettel noch nicht überall eingetroffen waren. Von Gewerkschaftsseite dagegen hieß es, in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin und Teilen Hessens sei die Befragung „ganz gut“ oder auch „sehr positiv“ angefallen.
Die Aktion ist allerdings auch bei Gewerkschaftsmittgliedern nicht ganz unumstritten. „Wenn ich ehrlich sein soll, ich steig da überhaupt nicht mehr durch“, sagte eine junge Krankenschwester in Stuttgart, nachdem sie die Frage auf dem Stimmzettel gelesen hatte. Sie wisse nicht mehr, wem sie glauben solle, und wolle ihrer Kolleginnen gehen. Ähnlich: „Trotzdem erwarte ich, daß sich viele

USA gehen in Nahost in die Offensive

Bush-Reise zu Arabern / Peres in Washington: „Neue Ideen für Friedenslösung“

with Washington
Nur wenige Tage nach der bewaffneten Konfrontation mit Oberst Khatiafi vor der libyschen Küste startete die Reagan-Administration eine diplomatische Offensive im Nahen Osten. Vizepräsident George Bush bricht heute zu einer zehntägigen Nahostmission auf, die ihn nach Saudi-Arabien, Bahrain, Oman und dem Nordjemen bringen wird.
Bush wird bei seinen arabischen Gastgebern die Notwendigkeit und die Motive für die amerikanischen Manöver im Mittelmeer erklären und betonen, daß er gegenüber seinen arabischen Gesprächspartnern kein Blatt vor den Mund nehmen werde.
„Der Präsident und ich glauben, daß eine Mission in den Nahen Osten zu diesem Zeitpunkt sehr wichtig ist“, sagte Bush, „spiele jedoch mögliche Erfolgserwartungen mit Nachdruck herunter.“ Ich erwarte keine dramatischen Ergebnisse von meinen Gesprächen.“
Im Mittelpunkt seiner Gespräche in Saudi-Arabien wird das Thema amerikanischer Waffenlieferungen stehen. Die amerikanische Regierung hatte am 11. März ihre Absicht bekanntgegeben, Waffen im Werte von 354 Millionen Dollar an Saudi-Arabien zu liefern und war mit diesem Plan im Kongress auf starken Widerstand der pro-israelischen Fraktion in beiden Häusern aufgetroffen.
George Bush hatte unmittelbar vor seiner Abreise in die arabischen Länder ausgiebige Gespräche mit dem israelischen Premierminister Peres, der zu einem vierseitigen Besuch in den USA weilt. Peres erklärte in einer anschließenden Pressekonferenz, daß er mit der amerikanischen Administration „einige neue Ideen“ über die Wiederbelebung des Friedensplans im Nahen Osten diskutiert habe, daß es aber noch zu früh sei, darüber offen zu sprechen. Es sei wichtig, trotz der vergangenen Rückschläge in diesen Bemühungen die Tür für weitere Lösungen offen zu halten.
Peres meinte, daß sich die Probleme im Nahen Osten angesichts der

Franke wehrt sich gegen Vorwürfe

Transaktionen des Senators / Justiz: Keine Verdachtsmomente / Vorstand der CDU tagt

DIETER DOSE, Berlin
Berlins Bausenator Klaus Franke (CDU) hat gestern Vorwürfe zurückgewiesen, die in der neuesten Ausgabe des Hamburger Magazins „Stern“ veröffentlicht wurden. Franke, der sofort nach Kenntnisnahme der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen mit dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen telefonierte, soll laut „Stern“ über zehn eigene Konten rund 800 000 Mark laufen lassen haben, „deren Herkunft unklar ist.“
Das Magazin beruft sich auf Angaben aus der Sonderkommission der Berliner Kripo, die mit den Ermittlungen in der Berliner Bau- und Korruptionsaffäre betraut ist. Die „Soko Lietze“, so genannt, weil in der Lietzenburger Straße die ersten Hinweise auf den Baukandal entdeckt wurden, soll unter anderem Franke-Konten bei der Bank für Kredit und Außenhandel in Zürich und auf einer Bank in Luxemburg entdeckt haben. Über diese Bank habe die Familie Franke Goldgeschäfte abgewickelt. Die Transaktionen sollen in die Zeit

Länder fordern neutrales NH-Gutachten

Minister Schneider: Für die Sanierung des Baukonzerns ist der DGB verantwortlich

ARNULF GOSCH, Bonn
Bundesbauminister Oscar Schneider sieht sich durch die Mehrheit der Länder in seiner Auffassung bestätigt, daß Vorbedingung für weitere Sachgespräche über die Sanierung des Wohnungsbaukonzerns Neue Heimat (NH) die Anfertigung eines neutralen Gutachtens über das Vermögen der NH bleibt. Schneider sagte gestern, daß ihm bis Mittwoch tag schriftliche Reaktionen von sechs Länderkollegen auf sein Fernschreiben vom 25. März vorliegen. Weitere drei Amtskollegen hätten sich telefonisch gemeldet. Alle stellten – unabhängig von der parteipolitischen Zuordnung – einmütig fest, daß ein internes Papier der NH nicht ausreichend sei. Weitere Gespräche über die Zukunft des Konzerns hätten nur dann Sinn, wenn zuvor eine neutrale Prüfungsgesellschaft die wirtschaftliche Lage des Unternehmens untersucht habe. Lediglich von Nord-

DER KOMMENTAR

Schlechtes Bild

ENNO v. LOEWENSTERN

Für Chruschtschow war Berlin ein Hühnerauge: auf das nach Belieben treten könne, bestimmte Kreise im Westen haben ihm und seinen Erben gern dabei geholfen. Als er seine Offizianten gegen den freien Teil der Stadt proklamierte, wurde diesseits des Eisernen Vorhangs die Sorge geschürt, daß Berlin auf die Dauer nicht zu halten sei. Als die Gefahr sich im Inneren der Stadt breit machte und Gewalttäter sich in leerstehenden Häusern sammelten, wurde ihnen Sympathie zuteil im Namen der „Wohnungsnot“. Wo war die „Wohnungsnot“, wo ist sie geblieben?
Inzwischen ist Berlin unter neuer politischer Führung zu neuer Blüte gelangt. Aber die Stadt ist wieder ins Gerede gekommen, durch Skandale. Diesem Rauch liegt Feuer zugrunde, wie Maßnahmen der Berliner Justiz belegen. Die Stadt ist nicht tabu, weil sie prekär gelegen ist. Auch eine erfolgreiche Regierung muß im Falle hinreichenden Verdachts Rede und Antwort stehen. Es ist tragisch, wie der hochverehrte Innenminister Lummer, dessen Mut und Umsicht die Stadt die Wiederherstellung ihres Ansehens mitverdankt, ins Gerede kam. Geldgeschäfte mit Extremisten sind zwar nicht unbedingt strafbar. Aber man versteht nicht, wie Lummer sich die Instinktivlosigkeit von Kontakten zu einem Rechtsaußen-Gruppchen leisten konnte.
Wenn jedoch in Fernsehmagazinen aus spekulativen Erklärungen eines Verhafteten gegen Lummer zitiert wird, so ist das ebenso widerlich wie Illustrierten-„Enthüllungen“, die von der Staatsanwaltschaft längst als strafrechtlich irrelevant befundene „Konten des Herrn Senators“ (Franken) als Neuaufreiß hochzuspielen suchen. Die Betroffenen haben ein Recht auf faire Behandlung. Die Stadt Berlin hat es auch.

Erste Sitzung des Parlaments in Paris

DW, Paris
Ein Vertreter der rechtsextremistischen Nationalen Front hat gestern als zweitbesten Abgeordneter die Eröffnungsrede bei der konstituierenden Sitzung der französischen Nationalversammlung gehalten. Alterspräsident Marcel Dassault (94) war erkrankt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen Parlamentspräsidenten. Ministerpräsident Chirac hatte den ehemaligen Regierungschef Jacques Chaban-Delmas ins Rennen geschickt. Seite 4: Enger Kontakt mit Raymond

Bush: Schäden für unsere Wirtschaft

DW, Washington
Der Preis für Rohöl ist nach Ansicht der US-Regierung aus Gründen der nationalen Sicherheit tief genug gefallen. Vizepräsident George Bush erklärte, er wolle bei seinem bevorstehenden Besuch in Saudi-Arabien am Donnerstag auf die Notwendigkeit einer größeren Stabilität des Ölmarktes hinweisen. Der momentane Preisverfall schädige die amerikanische Wirtschaft. Er betrachte seine Reise jedoch nicht als Preissetzungsmission. Seite 5: Ölpreis-Sturz

Weniger Alkohol, weniger Unfälle

DW, Bonn
Die Zahl der Verkehrsunfälle, die durch Alkoholgenuß verursacht wurden, ist im vergangenen Jahr weiter zurückgegangen. Bundesjustizminister Hans Engelhard erklärte, daß sich der seit Jahren anhaltende Trend fortgesetzt und zu einem neuen Tiefstand geführt habe. 1985 hätten 36 497 alkoholisierte Personen Unfälle mit Personenschäden verursacht, das seien 11,1 Prozent weniger als im Vorjahr. 1970 habe die Zahl noch bei 56 576 gelegen.

Explosion tötet Flug-Passagiere

AFF, Athen
Bei einer Explosion in einer Liniemaschine der amerikanischen Fluggesellschaft TWA über Griechenland sind gestern mindestens drei Passagiere getötet worden. Ihre Leichen wurden durch die Explosion im Gepäckraum aus der Maschine geschleudert und in Argos (Peloponnes) gefunden. Ein Passagier wird noch vermißt, sieben weitere wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht, unter ihnen fünf Amerikaner, ein Grieche und ein Araber.

Neue Erkenntnisse zum Waldsterben

DW, Karlsruhe
Zwischenergebnisse des Projektes „Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinhaltung“ haben aufsehenerregende Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Waldsterben und Luftverschmutzung erbracht. Erste Begasungsexperimente an gekontrollierten Bäumen belegen eindeutig, daß Luftschadstoffe aus den Abgasen von Verkehr und Industrie „vorrangig“ an der Schädigung der Pflanzen beteiligt sind. Seite 6: Experimente

Verstärkung für die WELT

DW, Bonn
Harald Günther (35), erfahrener landespolitischer Beobachter in Baden-Württemberg, ist als Korrespondent der neuen WELT in Stuttgart. Der Journalist war bisher in der Landeshauptstadt Bielefeld der „Südwestpresse“. In der Bonner Zentralredaktion der WELT hat Paul F. Reitze (44), seit 1975 Feuilleton-Chef des „Rheinischen Merkur“, die Leitung des neu geschaffenen Ressorts Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften übernommen.

Boff: Vatikan akzeptiert die Befreiungstheologie

Brasilianischer Franziskaner-Pater darf wieder lehren

SAD, Rio de Janeiro/Bonn
Der brasilianische Franziskaner-Pater Leonardo Boff vertritt die Ansicht, daß er aus dem Konflikt mit dem Vatikan siegreich hervorgegangen ist. Nach dem Ende seiner zehnmündigen Schweigepflicht erklärte er: „Der Vatikan hat die Befreiungstheologie als ernste und notwendige Lehre akzeptiert.“ Er gelte in Rom nicht mehr als theologischer Einzelgänger. Boff will nun in wenigen Tagen in der texanischen Universität San Antonio wieder an die Öffentlichkeit treten – mit demselben Vortrag, den er im Juni vorigen Jahres wegen des Redeverbotes nicht halten konnte. Der Pater hatte am Ostermontag die Nachricht erhalten, er dürfe fortan wieder lehren und seine Werke publizieren.
Die Vertreter der brasilianischen Bischofskonferenz sprachen von einer „Kompromißlösung“, die in Rom ausgedrückt worden sei. Papst Johannes Paul II. und 21 Bischöfe Brasiliens hatten vor zwei Wochen in Rom Meinungsverschiedenheiten erörtert und offenbar überbrückt. Die meisten brasilianischen Kirchenführer sind Anhänger der Befreiungstheologie, die gelegentlich die marxistische Gesellschaftsanalyse übernimmt.
In vatikanischen Kreisen wird die „Amnestierung“ Boffs als eine veröhnliche Geste gewertet, die in Brasilien ein günstiges Klima für die Aufnahme des angekündigten zweiten Dokuments der Glaubenskongregation über die „Befreiungstheologie“ schaffen könnte. Der Präfekt der römischen Glaubenskongregation, Kardinal Joseph Ratzinger, erklärte dazu, daß das Dokument am Samstag der Öffentlichkeit vorgestellt werden soll. Die soziale Aufgabe der Kirche soll darin stärker denn je betont werden. Das neue Dokument soll die 1984 veröffentlichte erste, betont kritische Stellungnahme der Glaubenskongregation ergänzen und die positiven Seiten der „Befreiungstheologie“ herausstellen. In der neuen Schrift soll der bisher weitgehend auf die Dritte Welt beschränkten „Befreiungstheologie“ eine gesamtökologische Dimension gegeben werden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Schönwettertext

Von Günter Zehm

Der Text des innerdeutschen Kulturabkommens, der nunmehr vom Bonner Kabinett abgesegnet werden soll, ist ein mit schwammig formulierten „Erwartungen“ bis oben hin angefüllter Wackelpudding, den niemand an die Wand eindeutiger diplomatischer Abmachungen nageln kann. Es ist ein typischer Schönwettertext, der sofort in seine Bestandteile zerfällt, wenn es im innerdeutschen Klima hagelt (und es hagelt bekanntlich oft).

Die drei neuralgischen Punkte des Abkommens waren und sind: Erstens die Einbeziehung Berlins; zweitens der Affront des Ostens gegen die Stiftung Preussischer Kulturbesitz; drittens die bürokratische Reglementierung schon bestehender oder künftiger innerdeutscher Kulturbeziehungen. Keiner dieser neuralgischen Punkte wurde wirklich ausgeräumt. Alles bleibt vom guten Willen der östlichen Seite abhängig.

Was Berlin betrifft, so will man sich im Kabinett tatsächlich mit der Anfügung der sogenannten Falin-Formel begnügen. Diese Formel konnte die alte Reichshauptstadt in bisherigen Fällen aber noch nie vor bitteren Diskriminierungen schützen, und die neuerdings versprochene Aufnahme von jeweils zwei, drei Berliner Daten in den sogenannten „Ereigniskalender“ (der formell gar nicht zum Abkommen gehört) räumt die prinzipielle Schutzlosigkeit nicht aus. Dasselbe gilt von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz.

Bürokratische Reglementierungen, z. B. das Übergeben von unbenutzten Kunststücken und Schriftstücken (vor allem von solchen, die von drüben stammen) bei Einladungen, sind beim jetzigen Stand des Textes vorprogrammiert. Bonn nimmt solche „Schönheitsfehler“ offenbar in Kauf, weil es sich vom Abschluß des Abkommens insgesamt eine Verbesserung des kulturellen und des politischen Klimas verspricht.

Ob Honecker mitzieht, steht indessen gänzlich in den Sternen, und im Hintergrund lauert mißtrauisch der Krenl, immer bereit, sofort Eis auf eventuelle gesamtdeutsche Blütenstränge zu werfen, seien sie auch noch so zart. Hätte man da nicht doch besser auf das Prinzip Verantwortung statt auf das Prinzip Hoffnung gesetzt?

Rückzug vor dem Terror

Von Peter M. Ranke

Hauptmann Corvée stand im Hof der Pimien-Residenz, als er am 12. März hinterücks erschossen wurde. Die Villa war früher Sitz des französischen Botschafters und liegt nahe dem Moslem-Sektor von Beirut im Niemandsland. Corvée war der siebente französische Offizier der Überwachungsgruppe, der seit März 1984 von muslimischen Terroristen ermordet wurde. Paris hatte die Offiziersgruppe unter Oberst Avon geschickt, um den Waffenstillstand der Milizen zu sichern.

Aber es gibt nichts mehr zu sichern. Daher zieht Frankreich seine fünfundvierzig Offiziere zurück. Ein Zeichen der Resignation, wie schon der Abzug der Truppen aus den USA, Frankreich, Italien und England vor zwei Jahren. Die Schiebereien an der „grünen Linie“ zwischen christlichen und Moslem-Milizen nehmen täglich an Härte zu, die Lage in West-Beirut ist gekennzeichnet durch Bomben-Terror, Entführungen und neue Gefechte zwischen der schiitischen Amal-Miliz und den PLO-Milizen in den Lagern.

Seit Jahrhunderten hat Frankreich die Christen an der Levante-Küste geschützt, es war auch für den jungen Staat Libanon die Brücke nach Westen. Heute aber sind Franzosen Freiwill im moslemischen Teil Beiruts für die schiitischen Terroristen der Hizbollah-Partei, Khomeinis verlängerten Arm. Die Entführung der vier Journalisten von „Antenne II“ Anfang März, die Ermordung des Orientalisten Michel Seurat und die Verschleppung von drei Franzosen seit einem Jahr sind Operationen dieses Terror-Krieges. Zwei entführte englische Lehrer sind die jüngsten Opfer.

In „unserem“ Libanon haben Fremde und vor allem Christen nichts mehr zu suchen, lautet die Botschaft von Hizbollah. Das zeigt sich auch in Südlibanon, wo die israelischen und christlichen Milizen zunehmend unter Druck geraten. Noch steht dort auch seit 1978 die UNIFIL-Truppe mit siebentausend Soldaten verschiedener Länder. Jüngst wurden ein Ghana-Soldat und ein Fidschi-Korporal von Terroristen ermordet. Das Mandat dieser UNO-Schutztruppe muß jetzt verlängert werden. Aber es wäre nicht verwunderlich, wenn sie sich eines Tages auch vor dem Terror zurückzöge.

Was der DGB versäumt

Von Hans-Jürgen Mahnke

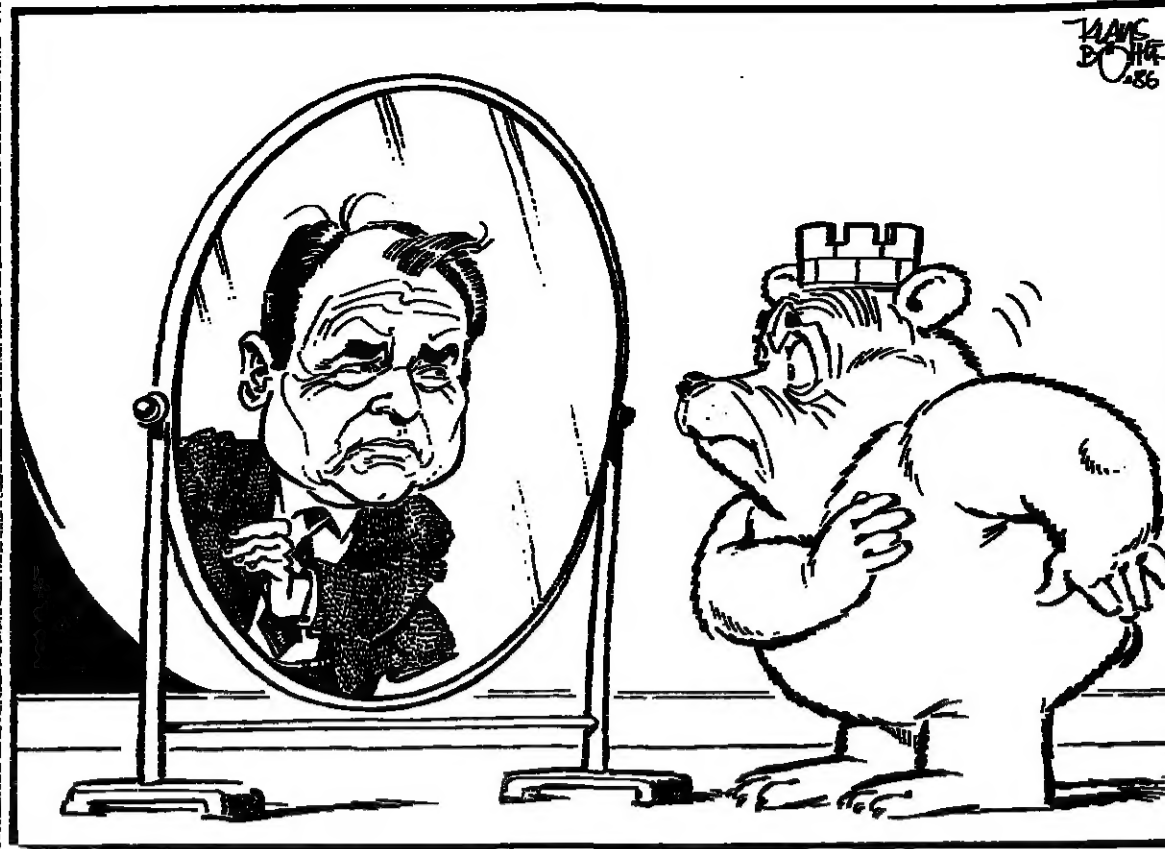
Wenn es um die Dauerarbeitslosigkeit geht, läßt sich nur etwas bewegen, wenn die Betroffenen mitziehen. Darauf hat Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble wieder einmal hingewiesen. Er mahnte die Betriebe, noch mehr Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen. Und der DGB dürfte bei seiner Polemik gegen die Bundesregierung nicht seine Aufgabe als Interessenvertretung der Arbeitnehmer vergessen, er müsse stärker dafür werben, daß Dauer-Arbeitslose ihre Chance der Fortbildung erkennen.

Immerhin verfügen 56 Prozent der Arbeitslosen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Für die berufliche Fortbildung und Umschulung stehen den Arbeitsämtern in diesem Jahr 5,1 Milliarden Mark zur Verfügung, 35 Prozent mehr als vor vier Jahren. Damit könnten vierhunderttausend Dauer-Arbeitslose nach Angaben Schäubles qualifiziert werden. Davon machten aber viel zu wenig Gebrauch.

Erschreckend ist das schon – vor allem vor dem Hintergrund, daß es in manchen Bereichen und Regionen einen Mangel an Facharbeitern gibt. Für die schulische Ausbildung wurden in den vergangenen Dekaden getrommelt, auch in den beruflichen Ausbildungen ist in den letzten Jahren einiges geschehen. Die Zahl der Lehrlinge erklimmt immer neue Höchststände. Aber die Einsicht, daß angesichts des raschen technischen Fortschritts ein lebenslanges Lernen auch zur Erhaltung des Arbeitsplatzes notwendig ist, sitzt noch nicht tief genug, leider auch nicht bei den Betroffenen.

Viel mehr als die Möglichkeit, Versäumtes nachzuholen, kann der Staat nicht anbieten. Er sollte auch nicht immer neue Aufgaben an sich ziehen – und schon gar nicht die Milliardenverschwendung der sechziger und siebziger Jahre wiederholen, als das Geld massenhaft für überbezahlte und völlig sinnlose Zusatzberufskurse hinausgeworfen wurde –; vielmehr sollte die Umschulung und Fortbildung in erster Linie dort erfolgen, wo der Bedarf am besten abgeschätzt werden kann, also in den Unternehmen selbst.

Bringen wird dieses aber nur etwas, wenn eine ausreichende Resonanz vorhanden ist. Dafür muß der Boden bereitet werden, und zwar gerade von den Arbeitnehmervertretern.



Lummerfalten

KLAUS BÖHLE

Hessisches Niveau

Von Paul F. Reitze

Es scheint, als würden die Richter zu Ersatz-Kultusministern für Hessen. Noch vor den Osterferien haben rund fünfzig Eltern den Versuch unternommen, mit juristischen Mitteln für ihre Kinder die Errichtung eines Gymnasiums in Wetzlar zu erzwingen. Mitte dieses Monats hat sich der Staatsgerichtshof mit einem Normenkontrollverfahren der CDU zu befassen. Wohl noch im September wird an gleicher Stelle eine von zweihunderttausend Bürgern angestrebte „Volksklage“ verhandelt. Die Städte Frankfurt und Fulda tragen sich mit der Absicht, das Bundesverfassungsgericht anzurufen, desgleichen der Main-Taunus-Kreis. Vor dem Verwaltungsgericht Wiesbaden schwebt ein von Eltern angestrebtes Verfahren. Erziehungsrechtliche aus der Wetzlarer, dem Kreis Marburg-Biedenkopf und aus Wiesbaden bereiten weitere juristische Schritte vor. Damit hat das Land Bremen schon experimentiert, als die Gesamtschule im freien Wettbewerb mit dem Gymnasium nicht reüssieren konnte. Hessen möchte den Fünft- und Sechstklässler nicht einmal den Besuch von Ausbildungsstätten im grenznahen Bayern, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg gestatten – wohl im Vertrauen darauf, daß danach ein Wechsel unmöglich ist. Zwei verlorene Jahre sind nämlich, zumal in der beginnenden Pubertät, nicht aufzuholen.

Auch die Klage der Wetzlarer Eltern hat – indirekt – mit dem „Förderstufen-Abschlußgesetz“ zu tun. Zehnneunhundert haben sie hineingemacht, daß nicht allein die Stadt, sondern der ganze zugehörige Altkreis seit Jahr und Tag nur noch über Gesamtschulen verfügt. Sie schickten ihre Kinder außerhalb aufs Gymnasium. Jetzt wird ihnen auch diese Möglichkeit verweigert. Das Gesetz sieht verbindliche Schulbezirke vor. Damit hat das Land Bremen schon experimentiert, als die Gesamtschule im freien Wettbewerb mit dem Gymnasium nicht reüssieren konnte. Hessen möchte den Fünft- und Sechstklässler nicht einmal den Besuch von Ausbildungsstätten im grenznahen Bayern, Rheinland-Pfalz oder Baden-Württemberg gestatten – wohl im Vertrauen darauf, daß danach ein Wechsel unmöglich ist. Zwei verlorene Jahre sind nämlich, zumal in der beginnenden Pubertät, nicht aufzuholen.

Stein des Anstoßes ist vor allem das von der rot-grünen Koalition im vergangenen Sommer durchgesetzte „Förderstufen-Abschlußgesetz“, das landesweit die Grundschule faktisch um zwei Jahre verlängern soll. Dabei ging es dem Kultusminister Schneider (SPD) noch nicht schnell genug. Die seit 1955 in immer neuen Anläufen versuchte „Förderstufe“, der mittlerweile um die sechzig Prozent der Kinder ausgeliefert sind, wird nach dem Buchstaben des Gesetzes bis zum 1. August 1987 verbindlich. Gleich nach der Verabschiedung richtete der Minister indes an die noch säugenden eine geradezu herzliche Einladung, die Frist nicht auszuschießen: Wer unvernünftig zu handeln wünschte, wurde eindringlich darauf hingewiesen, daß eine Rechtsverordnung dies ermöglichen werde, schon zum Schuljahresbeginn 1986. Die Hälfte reagiert prompt, die politischen Verhältnisse waren nun mal so.

Vergebens appellierten CDU und FDP an die Koalition, dem Urteil des Staatsgerichtshofes nicht vorzugreifen. Das wäre zumindest guter demokratischer Brauch gewesen. Vor allem aber wäre ein Quentchen pädagogischer Vernunft vielleicht noch durch die eine Richtersprüche werden mißachtet: Kinder im „Orientierungs“-Alter



Richtersprüche werden mißachtet: Kinder im „Orientierungs“-Alter

FOTO: ANTHONY

Das Blutvergießen im Pandschab und Gandhis Zögern

Der Premier sucht Zeit zu gewinnen / Von Peter Dienemann

Rajiv Gandhi, so heißt es plötzlich – sogar in Kreisen der Kongreß-Regierungspartei –, habe die Kontrolle verloren, er zögere, er wisse keine Lösung. Gemeint mit der Kritik an dem Ministerpräsidenten Indiens, der mit einundvierzig Jahren die Nachfolge seiner von Sikhs erschossenen Mutter angetreten hatte, ist vor allem die Situation in Pandschab.

Das Land der Sikhs wird augenscheinlich von Terroristen beherrscht, die jeden Tag zehn Menschen töten. Die Opfer sind moderate Glaubensbrüder, die ihren Wunsch nach dem Sikh-Staat „Khalistan“ nicht teilen, oder konservative Hindus wie jene RSS-Leute, die vergangene Woche bei Leibesübungen in einem Park niedergeschossen wurden. Oder Polizisten, die versuchen, für Ordnung zu sorgen.

Der Chefminister von Pandschab, S. S. Barnala, zeigt sich zwar besorgt, zögert aber, mit seiner völlig demoralisierten Polizei – in der die Sikhs kaum die Hand gegen Terroristen erheben, die Hin-

aus aber um so eifriger – scharf durchzugreifen. Zumal da er fürchtet, Sympathien seiner Sikh-Wähler zu verlieren. Hillos wie Barnala ist die gesamte indische Opposition. Die von ihr organisierten „Bandhs“, jene tageweisen Schließungen von Läden und Industrien, die jeden Monat irgendwo einmal in einem indischen Staat stattfinden und das Land nach Gandhis Rechnung am Tag eine Milliarde Mark an Produktionsausfall kosten, erfüllen schon gar keinen sinnvollen Zweck.

Warum weigert sich Gandhi, Barnala zu entmachten, das Pandschab-Parlament aufzulösen, den Staat unter Präsidenten Herrschaft (president's rule) zu stellen und jene indische Armee, die 1984 und 1985 in Pandschab bewiesen hat, daß sie mit dem Terrorismusproblem fertigwerden kann, dort wieder für Ruhe und Ordnung sorgen zu lassen?

Dies hat System. Das Pandschab-Papier vom August 1985, auch von der Opposition kurzzeitig als „Lösung aller Probleme

Pandschabs“ bejubelt, diente in erster Linie dazu, durch eine Befriedung des Staates Wahlen zu ermöglichen. Mit dem Ziel, die Macht in die Hände der Sikh-Partei Akali Dal zu legen. Ihr unterließ denn auch prompt mit der Entlassung aller mutmaßlichen Terroristen aus den Gefängnissen Pandschabs jene Fehler, der Neu-Delhi später Munition im Wahlkampf gegen die Sikhs liefern sollte.

Die Pandschab-Politik, die Rajiv Gandhi und seine Chefdenker betreiben, muß zum – erwünschten – Sturz der Akali-Dal-Regierung führen, und zwar zu dem Zeitpunkt, den Neu-Delhi zum Eingreifen wählt. Die Zeit ist dafür noch nicht reif, denn erst soll jedermann – und jedem Sikh insbesondere – die Unfähigkeit der Pandschab-Regierung deutlich vor Augen geführt werden. Und ganz nebenbei liefert die Krise in Pandschab Munition für die Außenpolitik gegenüber Pakistan, dessen „Hand“ in den Sikh-Unruhen nach indischer Regierungsmeinung zweifelsfrei erwiesen ist.

Politik, die Menschenleben kostet, ist nicht von Indien erfunden worden oder typisch für Indien, doch der Wert der Menschenleben wird hier weitaus geringer eingeschätzt als im westlichen Kulturkreis. Die Toten Pandschabs machen die von den Terroristen erwünschten Schlagzeilen, nicht aber jene weitaus höhere Zahl der Opfer, die monatlich bei Unruhen, Naturkatastrophen, Banditenüberfällen und Polizeieinsätzen ihr Leben lassen.

Die Vorwürfe von oppositioneller Seite, Rajiv Gandhi fördere die Destabilisierung des Landes durch sein Zögern in Pandschab, durch voreilige Versprechen wie im Pandschab-Papier oder Assam-Papier gegen die eingewanderten Bengalen und Nepalesen, durch Verströbung der gegen die Reservierungspolitik Demonstrierenden in Gujarat auf eine künftige gerechtere Bildungspolitik, die nicht in Sicht ist, können so nicht stimmen. Ebenso wenig wie der Vorwurf an den Ministerpräsidenten, er schüre die ohnehin bestehenden Gegen-

IM GESPRÄCH Izaak Mokoena

Gebete gegen die Gewalt

Von Monika Germani

Luthers Lehre von den zwei Reichen ist für Bischof Izaak Mokoena, Oberhaupt der vierzehnhunderttausend Gläubigen im Alter über fünfzehn Jahre umfassenden RICA-Kirche (Reformierte Unabhängige Christliche Gesellschaft), eine der wichtigsten Richtlinien seines Glaubens. Das gilt besonders für die derzeitige politische Situation Südafrikas. Der zweihundertzweiundzwanzigjährige Bischof ist überzeugt davon, daß nur ein kleiner Teil der schwarzen Bevölkerung („nur zweieinhalb Prozent“) für die Gewalttätigkeiten verantwortlich ist. Sie wollen seiner Meinung nach die Radikalisierung der Jugendlichen betreiben, um in der gesamten Bevölkerung ein revolutionäres Klima zu erzeugen und so den Sturz der Regierung zu erreichen.

Den Terror und das Chaos in den schwarzen Städten will die RICA-Kirche nun mit gemeinsamen Gebeten in allen Gemeinden beantworten. Im Gegensatz zur nur achtzehntausend Gläubigen umfassenden Johannesburg-anglikanischen Gemeinde Bischof Tutus sind diese Gebetsveranstaltungen nicht als politische Plattform gedacht. Der RICA-Bischof glaubt, Südafrikas Friedensnobelpreisträger befinde sich auf einem gefährlichen ideologischen Weg. So fordert Mokoena auch den weltberühmten Bischof auf, ebenso wie den südafrikanischen Kirchenrat und den Weltkirchenrat, sich endlich von den Gewalttätigkeiten nicht nur durch Worte, sondern in der Tat abzuwenden und sie nicht weiterhin zu dulden. Doch auch die Kirchenaustritte aus Tutus Gemeinde kritisiert Mokoena und fordert die Gläubigen auf, in ihrer Gemeinde eine Front gegen politischen Aktivismus zu bilden.

Der Bischof, der mit seiner Frau Miriam, einer Lehrerin, und seiner Familie, einem Sohn und sechs Töchtern, in Soweto lebt und mit einem japanischen Billigauto Besuche in



Fordert Tutu zur Umkehr auf: Bischof Mokoena

FOTO: DPA

seiner Gemeinde absetzt, äußert offen seine Unzufriedenheit über die Aufhebung des Ausnahmezustandes. Er wünscht vor allem Frieden in allen Teilen des Landes und fordert das Ende aller revolutionären Veranstaltungen unter dem Deckmantel friedlicher Beisetzungen. Auch wendet er sich gegen Wirtschaftssanktionen durch das Ausland, die seiner Meinung nach der schwarzen Bevölkerung nur neue Leiden brächten.

Was sich derzeit abspielt, ist nach Mokoenas Einschätzung keine schwarz-weiße Auseinandersetzung. „Schwarze Brüder töten sich gegenseitig“. Er kritisiert die Verzagtheit der weißen Regierung, weil sie die schwarz-schwarze Konfrontation nicht zu beenden vermag. Sie unternehme halbherzige Maßnahmen mit Rücksicht auf die Weltmeinung. Chester Crookes Bekenntnis zur „Majority Rule“ und Wahlen nach dem Modus „ein Mann eine Stimme“ lehnt er für den Vielvölkerstaat Südafrika ab, in dem acht verschiedene schwarze Nationen leben, jede mit einer eigenen Sprache und Kultur. „Ein Engländer ist kein Franzose – und ein Afrikaner kein Deutscher.“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALEN-BLATT

Die Westfälische Zeitung macht aus Passagen 126:

Der DGB zwingt mit seinem „Arbeitnehmer-Votum“ die abstimmenden Mitglieder zur Lüge. Denn die Teilnehmer dieser Abstimmung werden genötigt, davon auszugehen, daß es sich um das „Ja“ oder „Nein“ zu einem Paragraphen 116 handelt, den die Gewerkschaft ausnahmslos als „Streikparagrafen“ bezeichnet. Und das ist es nachweislich nicht. Tatsächlich regelt der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ausschließlich die Neutralität der Bundesanstalt für Arbeit. Und gegen diese kann niemand etwas haben.

BERLINER MORGENPOST

Die schreibt zum Senator Lummer:

Es ist ein wahrer Lummer um diese politische Vollstür. Lummer war allzeit ein unerschrockener Streiter für die Wehrhaftigkeit der parlamentarischen Demokratie. Er zog im Senat die Speerspitzen der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition auf sich. Die Gedächtniswörter von Lummer sind nicht nur peinlich, sondern peinigend. Über eine gemeinsame Reise nach Beirut, die Putsch gezählt haben will, enthält Lummer genauer Angaben. Das allein macht ihn so anfänglich, daß er ohne Säumen seine Ämter ruhen lassen sollte, bis die Vorwürfe gegen ihn geklärt sind. Dieppens Treue zu Lummer ist persönlich ehrenwert, aber eine Korruptionsaffäre ohne Ende kann nicht nur in Berlin, sondern

spätestens auch im Juni bei den Wahlen in Niedersachsen zum politischen Rotkreuz werden.

NEUE RUHR ZEITUNG

Auch die Ruhr-Zeitung beschäftigt sich mit dem Senator Lummer:

Lummer ist immer noch Innenminister in Berlin. Trotz seiner jetzt eingestanden Kontakte zu zweifelhaften Freunden, der undurchsichtigen Bekanntheit mit einem „offiziellen Kriminellen“ (so Dieppens). Und trotz der immer spürbarer werdenden Belastung für den Senat der Spreemetropole. Trotz alledem wird er (noch) gehalten im Amt, wie es einem ehrenwerten Mann geziemt. Aber wieviel Ehre ist es noch wert? Vermutlich ist das nur eine Frage der Verdienste. Heinrich Lummer hat viel getan für die Partei – und in deren Sinn.

LIBERATION

Die Pariser Zeitung geht auf den Libanon ein:

Was auch immer die offiziellen Gründe sein mögen, der Abzug der französischen Militärbesatzer ist eine wahrscheinlich recht verspätete Anerkennung der libanesischen Realität, daß dort die Legalität ebenso dem Bereich der Erfindung entspringt wie die Einheit oder Integrität des Libanon. Sie ist Grundlage der ersten bedeutenden Entscheidung der Cohabitation-Führung in Paris und bestätigt die Unmöglichkeit des Zusammenlebens in Beirut. Und sie ist sicherlich eine Botschaft an die Adresse von Damaskus, wenn nicht sogar ein Blanko-Scheck.

Der „Heinrich fürs Grobe“ ist müde geworden

Ist Heinrich Lummer zur politischen Last für den Berliner Senat geworden? Der „Regierende“ Eberhard Diepgen hat die Frage – zu schnell? – verneint. Lummer selbst stellt sich zur Disposition – und die Stadt kommt nicht aus den Schlagzeilen.

Von DIETER DOSE

Als Heinrich Lummer, Bürgermeister und Innensenator in Berlin, am Abend des Ostermontags nach seinem zweistündigen „Rapport“ beim Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen die Kneipe „Alt-Zehlendorf“ aufsuchte, traf er Bubi Scholz. Der ehemalige Box-Europameister hat seine Frau erschossen und verbüßt die gegen ihn verhängte 2½-jährige Freiheitsstrafe wegen fahrlässiger Tötung als Freigänger.

Lummer führt das zufällige Treffen mit dem alten Bekannten als Beispiel an: „Es ist doch zu viel verlangt, jeden Menschen zu überprüfen, den man irgendwann mal kennenlernt“, sagt der CDU-Politiker. „Man könnte mir ja auch vorhalten, daß ich viele Leute aus der Führungsspitze der Neuen Heimat kenne.“

Eine Bekanntschaft mit unangenehmen Folgen

Eine der „Zufallsbekanntschaften“ Heinrich Lummers hat ihn ins Zwielicht und eine insgesamt erfolgreiche Politik des Senats unter der Führung von Eberhard Diepgen in Verruf gebracht: die Bekanntschaft mit dem Wuppertaler Autobändler Otto Putsch. Damals, 1973, war Heinrich Lummer Fraktionschef der Berliner CDU. Fälschlicherweise wird oft behauptet, daß Lummer Putsch mit dem inhaftierten ehemaligen Charlottenburger Baustadtrat Wolfgang Antes zusammengebracht habe. Bei allen „Gedächtnisreden“ des Innensenators – eins hat er, seit die Berliner Korruptionsaffäre zum „Dauerbrenner“ der regionalen und überregionalen Medien wurde, stets bekräftigt: „Ich habe Putsch lediglich an die Fraktion verwiesen.“

Von dort wurde die Verbindung zu Antes hergestellt. Lummer bestreitet energisch, etwas davon zu wissen, daß Antes von Putsch für die Vermittlung des Kaufs von rund 2000 landeseigenen Wohnungen fünf Millionen Mark als Schmiergeld oder Parteispende gefordert haben soll.

„Benützungen“ nennt Diepgen, was Lummer konkret vorgeworfen wird: seine Libanon-Reise samt familiärem Anhang, die Putsch bezahlt haben will (wofür Lummer bisher nicht den Gegenbeweis antreten konnte) sowie die Zahlung von 2000 Mark aus der Parteischatulle an eine rechtsextremistische Organisation.

Der Heinrich Lummer der ersten Apriltage '86 wirkt müde. „Heinrich fürs Grobe“ wird er in seiner Partei genannt. Einer, der immer in der vordersten Front der Union kämpfte. Scharfzüngig, schlagfertig, auch unpopuläre Entscheidungen nicht scheuend. Doch in der „Monitor“-Sendung der letzten Woche, die Lummer und mit ihm zwangsläufig auch den Diepgen-Senat wieder in die Schlagzeilen brachte, und auch bei sei-

nem Auftritt vor der Presse am Dienstag wirkte Lummer nicht wie „Heinrich fürs Grobe“. „Er hat das Kessel-treiben gegen sich satt“, sagen Insider. „Wenn Diepgen ihm den Rücktritt nahegelegt hätte, er hätte seinen Hut genommen.“ Indirekt hat Lummer das bestätigt. Wenn Partei und Senat ihn als „Laci“ empfänden, würde er das Handtuch werfen. Schon seit Wochen wird gemunkelt, daß ihn die Berliner CDU dann in den Bundestag schicken will.

Denn Lummers Verdienste für die Partei und Berlin will man nicht einfach vom Tisch wischen. Bei der Lösung des Problems der Hausbesetzungen, das die SPD der Union als „Erbe“ hinterlassen hatte, war er erfolgreich, auch wenn manchem Parteifreund die Konsequenz Lummers zu radikal war. Unter Lummer als Fraktionsvorsitzenden brach die CDU die drei Jahrzehnte währende Vorherrschaft der Sozialdemokraten: Bei den Berliner Wahlen 1975 und 1979 wurde die CDU stärkste Partei, blieb allerdings angesichts der SPD-FDP-Koalition noch von der Regierungsverantwortung ausgesperrt.

Lummer, der „Tausendsassa“ der Brennholz- und Sozialhilfepfänger verteilt, als Partei-Rechter am linken Flügel einer Prominenten-Fußballmannschaft stürmt, der 1974 sogar eine Schallplatte („Die Kneipe an der Ecke, 'nen Korn, 'ne Molle Bier, 'n Schrank, 'n Tisch, 'n Bett und stets 'ne offene Tür“) besang und sich manchmal in Lederkleidung und Sturzhelm als Soziusfahrer an Fahrten von Motorradklubs beteiligte. Für seine und die Popularität der CDU hat der gebürtige Essener, der sich nach dem Studium in Berlin der Union anschloß, viel getan.

Ein Politiker zum Anfassen. Auf Partys und an Stammtischen ein gern gesehener Gast, kein Kind von Traurigkeit. Aber, unabhängig vom Skandal, nicht unumstritten in der Partei. Erst kürzlich ließ sie ihn beim angestrebten harten Lummer-Kurs in der Asylanfrage im Stich. Ein von ihm beabsichtigter Vorstoß zur Änderung des Grundgesetzes gelangte gar nicht erst bis nach Bonn. Senat



Ein Mann wirft Schatten: Heinrich Lummer vor einem Diepgen-Plakat FOTO: PAUL GLASER

und CDU bremsen seine Pläne. Und nun stellt er sich zur Disposition, wenn ihn die Partei als Last empfindet.

Berlins Skandal-Chronik reicht viele Jahre zurück. Die CDU, durch die verhassten Baustadträte Antes und Herrmann, durch dubiose Parteispenden, Verbindungen zu Bauträgern und Lummers Eskapaden am Rande des Skandals in den Verdacht des „schwarzen Filz“ geraten, war dabei lange Zeugniss. Die Affären gingen zu Lasten der SPD.

Von einer profitierten die Union: Der Stobbe-Senat stürzte 1981 über den Garski-Skandal. Rund 100 Millionen Mark kosteten den Steuerzahler die dem inzwischen verurteilten Architekten Dietrich Garski gewährten Bürgschaften.

Den Abgang des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz (SPD) im Jahre 1977 leitete sein Innensenator ein. Kurt Neubauer hatte Tante-men von der Berliner Bank, 56 000 Mark, erst mit mehrjähriger Verspätung der Landeskasse überwiesen. Er wurde zum Rücktritt gezwungen.

Berlins „Chronique scandaleuse“ war oft mit den „Spitzenmännern“ vom Bau verbunden. SPD-Bausenator Rolf Schwedler (Spitzname „Blausenator“) stolperte über eine Alkoholfahrt am Steuer des Dienstwagens. SPD-Finanzsenator Heinz Streik nahm 1977 den Hut in Verbindung mit dem

Plattentext „Steglitzer Kreisel“. Ganz unbeschädigt aber blieb auch die CDU in dieser Bilanz nicht: 1983, zu Zeiten von Richard von Weizsäcker als Bürgermeister, verschwand plötzlich Bausenator Ulrich Rastemborski – „black-out“ würde man es heute wohl nennen. Als er wieder auftauchte, kehrte er nicht mehr an seinen Schreibtisch zurück.

Positive Leistungen, negative Schlagzeilen

Die bis dahin weiße Weste der CDU im Vergleich mit der auch politisch verbrauchten SPD war ausschlaggebend, daß die Union – mit glänzenden Wahlergebnissen – die Führung im Rathaus Schöneberg übernahm und sich die Freien Demokraten vom Koalitionspartner SPD abwandten.

Es ging aufwärts in Berlin, zuerst mit Richard von Weizsäcker, dann mit Eberhard Diepgen – bis sich der zunächst im Stadtteil Charlottenburg schwelende Antes-Skandal zum Flächenbrand ausweitete. „Die Aufwärtsentwicklung wird in keiner Weise beeinträchtigt“, sagt Eberhard Diepgen. Schaden aber hat die Stadt genommen. Die negativen Schlagzeilen haben die positiven Leistungen – neue Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Aufschwung, Erfolge beim Ausbau als europäisches Kulturzentrum – klar in den Schatten gestellt. Einen Teil dieses Schattens wirft Heinrich Lummer.

Der in der Affäre integre Eberhard Diepgen aber ist wie im Falle Antes in Gefahr geraten, nicht zu erkennen, daß mit Sätzen wie „Verdienten Politikern mehr glauben als Kriminellen“ allein nicht zu überzeugen ist. Die Opposition, der Untersuchungsausschuß des Parlaments und Gerichte werden die Affäre am Kochen halten.

Schon – oder sollte man sagen, noch? – werden Witze gemacht. Der neueste: „Wissen Sie, warum Diepgen vor Lummer in die Knie geht? Weil der so klein ist.“ Lummer ist 1,61 Meter groß.

Giftmischer versetzen die Amerikaner in Schrecken

Eine absonderliche Terror-Welle überzieht die USA: In Medikamenten taucht Rattengift auf, in Baby-Nahrung finden sich Glassplitter. In Pizzas Rasierklängen. Die Täter stellen keine Geldforderungen. Wen wollen sie treffen: wahllos Namenlose oder gezielt bestimmte Firmen?

Von FRITZ WIRTH

Gary war am Telefon. Er sagte, er habe in Orlando, Houston, Chicago und St. Louis Zyanalkali und Rattengift unter drei Arzneimittel der Firma Smithkline geschmuggelt. Die drei Arzneimittel namens Contac, Teldrin und Dietac, so forderte er, müßten sofort und im ganzen Land aus den Regalen der Supermärkte und Drogerien entfernt werden.

Gary wählte als Telefonpartner den amerikanischen Nachrichtensprecher Peter Jenkins von der Fernsehgesellschaft ABC. Jenkins leitete das Gespräch an das FBI weiter. 24 Stunden später fand die Polizei in Houston und in Orlando tatsächlich in acht solcher Arzneipackungen Rattengift. Zwei Tage danach waren die Produkte in den gesamten USA vom Markt verschwunden.

Man weiß trotz einer landesweiten Fahndung von jenem Gary zur Stunde nicht mehr, als daß er akzentfrei spricht, einen überdurchschnittlichen Wortschatz hat und vermutlich Weiße ist. Wer immer sich hinter diese Stimme verborgen mag – dieser Gary verkörpert einen neuen Typus von Terrorist in diesem Land.

Lebensmittel- und Arzneimittelvergiftungen häufen sich seit einigen Monaten in alarmierender Weise. Im gesamten letzten Jahr erhielt die amerikanische „Federal Drug Administration“ (FDA) insgesamt 85 Berichte über derartige Vergiftungen. In diesem Jahr gingen bisher durchschnittlich täglich 300 solcher Alarmmeldungen bei der Behörde ein.

In diesem Land, in dem angeblich der Verbraucher König ist, herrscht die große Verunsicherung. Der Verbraucher traut sich in manchen Fällen buchstäblich nicht mehr, herzhafte zubeißen, was verständlich ist, seit vor 14 Tagen in einigen Pizzas Rasierklängen gefunden wurden.

Andere Fälle der letzten Woche: Im Staate Maryland ordnete Gouverneur Hughes an, daß Produkte der Babyernährungsfirma Gerber von den Regalen der Supermärkte entfernt werden, nachdem 259 Beschwerden bei der „Federal Drug Administration“ eingegangen waren, daß Glassplitter in dieser Nahrung gefunden worden seien. Im Staate New York zog die größte Ladenkette Corn Flakes aus dem Verkehr, nachdem in zwei dieser Packungen ebenfalls zentimeterlange Glassplitter entdeckt wor-

den waren. Im Staate Indiana hat Woodrow Myers, der Kommissar der Gesundheitsbehörde, die Bevölkerung gewarnt, sich sogenannte „Girl Scout Cookies“ sorgfältig anzuschauen, bevor sie in diese Kekse hineinbeißen. Es waren Stecknadeln und Glassplitter in diesem Gebäck getortet worden.

Und für die Schulkinder der Nation wurden „Tony's Pizzas“ vom größten amerikanischen Pizzalieferanten für das amerikanische Schul-Lunch erst wieder zum Verkauf freigegeben, nachdem Inspektoren des Landwirtschaftsministeriums elf Millionen dieser Pizzas mit Metalldetektoren auf Rasierklängen hin untersucht hatten.

Henry Wendt, der Präsident der Firma Smithkline, die mit ihren Produkten in den letzten 14 Tagen am härtesten von diesem neuartigen Terror getroffen wurde, hat keine Zweifel, was hier vorgeht: „Dies ist schiefer Terrorismus mit neuen Waffen. Ich sehe keinen Unterschied zwischen jenen Terroristen, die Geiseln nehmen oder Bomben in Flugzeuge schmuggeln, und den Männern, die hier am Werk sind.“

Die Frage ist: Terror gegen wen? Gegen König Verbraucher oder gegen die Holflieferanten dieses Königs?

Zu den Anschlügen kommt viel falscher Alarm

Die Frage ist schwer zu beantworten, da noch kein klares System in diesen Anschlügen am Latentsich zu entdecken ist und weil es bisher zu viel falschen Alarm gegeben hat. So wurden in Louisville zwei Frauen, die behauptet hatten, in Gerbers Babyernährung Glassplitter entdeckt zu haben, einem Lügendetektor-Test unterzogen. Sie gestanden schließlich, den Alarm aus Spaß an der makabren Freude inszeniert zu haben.

Die Firmen und die Behörden jedoch befinden sich in einer schwierigen Situation. Sie können es sich nicht mehr erlauben, eine Drohung mit Lebensmittel- oder Drogenvergiftung nicht ernst zu nehmen, seit vor fünf Wochen, wie berichtet, die 23jährige Diane Elstroth in New York starb, nachdem sie das Kopfschmerz-

mittel Tylenol genommen hatte, das mit Zyanalkali versetzt war. Vom Täter fehlt bisher ebenso jede Spur wie von jenem Verbraucherterroristen, der im Jahre 1982 auf gleiche Weise in Chicago sieben Menschen ums Leben brachte.

Während politische Terroristengruppen sich in der Regel zu ihren Taten bekennen und die Motive nennen, herrschte bisher mit Ausnahme des anonymen Gary tiefes Schweigen. Außerdem wurde bisher in keinem Fall von den betroffenen Firmen Geld erpreßt.

Ein hoher Verlust an Geld und Vertrauen

Diese Firmen sind jedoch auch ohne Erpressung finanziell hart genug getroffen. Der Arzneimittelhersteller Smithkline veranschlagt die Unkosten für die Entfernung seiner drei bedrohten Präparate aus den Ladenregalen auf 8 Millionen Dollar. Der finanzielle Verlust durch den Vertrauensverlust in ihre Produkte ist zur Stunde nicht abschätzbar.

Auffallend ist, daß die drei bedrohten Arzneien der Firma Smithkline ebenso in Kapselform verkauft wurden wie das Kopfschmerzmittel Tylenol der Firma Johnson & Johnson. Die Amerikaner schluckten bisher jährlich zehn Milliarden Präparate in Kapselform, weil sie glauben, daß sie schneller wirken. Sie werden jedoch ihre Schluckgewohnheiten ändern müssen. Nachdem die Pharma-Firma Johnson & Johnson den Verkauf ihrer Präparate in Kapselform gestoppt hat, erwägt nach den jüngsten Anschlügen gegen ihre Produkte die Firma Smithkline ähnliche Maßnahmen. Experten sagen voraus, daß es in spätestens einem Jahr in den USA keine Präparate mehr in Kapselform geben wird.

Die bedrohten Firmen und die Behörden haben in der letzten Woche die Belohnung für die Ergreifung der Täter auf 900 000 Dollar erhöht. Es war für Gary Anlaß, sich wieder telefonisch beim Fernsehen zu melden. Er fühlte sich beleidigt und in seinem zweifelhaften Stolz verletzt: „Für 900 000 Dollar kriegt ihr mich nicht.“ Es war bisher sein letztes Wort.



Aktion „Brennstoff für Bedürftige“: Holz vom Senator FOTO: DPA



Mißtrauen beim Griff ins Regal: Die Terror-Welle begann mit dem Fall „Tylenol“ FOTO: AP

Es ist ein gutes Gefühl, wenn aus Leistung Erfolg wird.

Erfolg zu haben ist sicher nicht nur eine Frage der Begabung. Voraussetzungen sind Fleiß, Beständigkeit – und vor allem der Wille zur Leistung.



Deutsche Bank



Genscher setzt auf engen Kontakt zu Raimond

Heute erstes Gespräch mit dem französischen Außenminister

BERNT CONRAD, Bonn

In Erwartung einer kontinuierlichen Fortsetzung der engen deutsch-französischen Beziehungen wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher heute seinen neuen Pariser Amtskollegen Jean Bernard Raimond zu einem ersten Gespräch in Bonn begrüßen. Beide Minister haben sich zuvor noch nie gesehen. Genscher hofft jedoch, mit Raimond – der bisher Botschafter in Moskau war – rasch einen ähnlich guten Kontakt wie mit dessen Amtsvorgänger Roland Dumas herstellen zu können.

Das wird nicht einfach sein, denn der Bundesaußenminister und der fließend deutsch sprechende Sozialist Dumas waren auf internationalem Parkett fast schon zu „Siamesischen Zwillingen“ geworden. Sie hatten gemeinsam an der Eröffnung der neuen Runde der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm teilgenommen; sie telefonierten mehrmals in der Woche und sprachen sogar Redetexte vorab.

Um auch nur annähernd in dieser Art harmonisieren zu können, müssen sich Genscher und der Berufsdiplomat Raimond erst einmal persönlich näher kennenlernen. Diesem Zweck soll das heutige zweistündige Gespräch im Gästehaus des Auswärtigen Amtes auf dem Bonner Venusberg dienen. Eine Reihe weiterer Treffen wird voraussichtlich bald folgen.

Kein Parteienstreit

Der Bundesaußenminister jedenfalls will nach Angaben aus seiner Umgebung alles in seinen Kräften stehende tun, um die Verzerrung der deutschen und der französischen Politik in allen Bereichen auch nach dem Pariser Regierungswechsel weiter zu entwickeln. Für ihn hat das Verhältnis zum westlichen Nachbarn, wie sich gerade im letzten Jahr mehr und mehr herausgestellt hat, im Rahmen des atlantischen Bündnisses „die Priorität“.

Als entscheidende Voraussetzung für einen Erfolg in dieser Richtung betrachtet es Genscher – ebenso wie Bundeskanzler Helmut Kohl –, daß an dem Willen der neuen bürgerlichen Regierung in Paris unter Premierminister Jacques Chirac zur Fortsetzung der deutsch-französi-

schen Freundschaft nicht zu zweifeln ist. Dafür spricht in Genscher's Augen schon die Tatsache, daß im zurückliegenden Wahlkampf die Notwendigkeit enger deutsch-französischer Zusammenarbeit zwischen den Parteien niemals umstritten war. Staatspräsident Francois Mitterrand ist nach Auffassung des Bundesaußenministers in diesem Zusammenhang ein besonderer Garant der Kontinuität.

Für Kanzler Kohl, der zur Zeit einen Diäturlaub in Hofgasteln verbringt, stellt sich die Lage noch positiver dar. Denn er fühlt sich mit dem neuen Regierungschef Chirac persönlich und parteipolitisch verbunden. Deshalb erwartet er von dem Wechsel in Paris nicht nur eine Fortsetzung, sondern eher noch eine Verstärkung der Partnerschaft.

Barzel im Gespräch

Auf einigen Gebieten, beispielsweise in der Frage der amerikanischen Weltraumverteidigung (SDI), stimmt er mit Chirac stärker überein als mit der bisherigen sozialistischen Regierung.

Dies alles ändert – wie im Kanzleramt betont wird – nichts daran, daß Kohl weiterhin mit Staatspräsident Mitterrand auf das engste kooperieren will. Auf Grund seines ausgezeichneten persönlichen Verhältnisses sowohl zu Mitterrand als auch zu Chirac glaubt er nicht, in eine Zwickmühle zwischen zwei politischen Konkurrenten geraten zu müssen.

Kohls Mitarbeiter wissen, daß die erfolgreiche Vermittlung zwischen verschiedenen Positionen und Personen zu den ausgeprägten Eigenschaften des CDU-Vorsitzenden gehört. Offensichtlich hat Chirac so großes Vertrauen zu ihm, daß er nicht befürchtet, von seinem Staatspräsidenten und dem Bundeskanzler bei künftigen Gipfeltreffen etwa „ausgetrickt“ werden zu können.

Dringlich geworden ist nach dem Pariser Regierungswechsel die Neubesetzung des seit dem Tod von Helga Wex verfallenen Postens eines deutsch-französischen Koordinators (WELT vom 30. 3.). Gesprächsweise ist in diesem Zusammenhang der Name des früheren Bundestagspräsidenten Rainer Barzel (CDU) zu hören. Der vom Auswärtigen Amt favorisierte ehemalige Botschafter Axel Herbst scheint wenig Interesse zu haben.

CSU spricht von „Anti-Wahlkampf“ bei der CDU

iz. München

In der CSU wächst der Unmut über Aktivitäten in der Schwesterpartei CDU, durch die der bayerische Koalitionspartner die Wahlchancen der Union beeinträchtigt sieht. In der jüngsten Ausgabe des CSU-Blattes „Bayernkurier“ schreibt CSU-Generalsekretär Gerold Tandler von einem „CDU-Anti-Wahlkampf“.

Es dränge sich, so Tandler, der Eindruck auf, es gäbe in den Reihen der CDU Politiker, die ihren Beitrag zum Vorwahlkampf in der „sehr eigenwilligen Weise“ leisten, nämlich „daß man nach immer neuen Bevölkerungs- und damit Wählergruppen Ausschau hält, die man noch nicht verprellt hat, was dann mit absurden Vorschlägen und schädlichen Ankündigungen offensichtlich nachgeholt werden soll“.

Tandler nennt drei Beispiele, wobei er seinen Ärger mehrfach in beißende Ironie kleidet. So habe der Postminister mit der Freudenbotschaft aufgewartet, das Telefonieren nach Amerika und Australien werde billiger, wovon „unendlich viele Millionen Wähler betroffen sind“. Gleichzeitig habe die Öffentlichkeit erfahren, nach dem Wahltag werde an der Gebührenschraube kräftig gedreht. Tandler: „Zu solcher Art von Öffentlichkeitsarbeit können sich die Unionsparteien nur gratulieren“.

Außerdem erwähnte der CSU-Politiker die Forderung des CDU-Haushaltsexperten Bernhard Friedmann, die bislang steuerfreien Zuschläge zur Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit künftig zu versteuern. Die Verwirklichung eines solchen leistungs- und arbeitnehmerfeindlichen Vorhabens werde es mit der CSU ebenso wenig geben wie den „steuerlichen Beutzug“ des CDU-Abgeordneten Paul Hoffacker, der eine Verfechtung der Tabaksteuer für Selbstbediener fordere.

Kritik an der Außenpolitik der Koalition übte gestern der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, indem er gegenüber dem Deutschlandfunk Außenminister Genscher vorwarf, die Akzente der Ost-West-Beziehungen nicht richtig zu setzen. Wenn Genscher versuche, negativen Auswirkungen des SDI-Abkommens auf die Deutschlandpolitik entgegenzuwirken, dann verfolge er in diesem Zusammenhang eine andere Politik als der Bundeskanzler und „vor allen Dingen“ als der CSU-Vorsitzende Strauß.

Im Fall der NH-Siedlung Farmsen gerät Hamburger SPD in Bedrängnis

CDU-Fraktionsführer Perschau: Versprechen an Mieter können nicht eingehalten werden

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der „heiße“ Bürgerschaftswahlkampf in Hamburg wird zwar erst nach der Sommerpause beginnen, doch die Auseinandersetzung zwischen der sozialdemokratischen Regierungspartei und der christdemokratischen Opposition ist bereits in vollem Gange. Das jüngste Indiz dafür hat soeben die CDU geliefert. Der Herausforderer des SPD-Spitzenkandidaten Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau, präsentierte der Öffentlichkeit einen Vorgang, der deutlich macht, wie schwer die Sozialdemokraten sich mit ihrer Parole tun, in Sachen „Neue Heimat“ trete die SPD mit Sicherheit jedenfalls für die Mieter und ihre Rechte ein.

4000 Menschen betroffen

Es geht um die Gartenstadt Farmsen, eine 1954 von der NH mustergültig errichtete Siedlung des sozialen Wohnungsbaus. In den überwiegend zweigeschossigen Reihenhäusern leben derzeit rund 4000 Menschen. Im vergangenen Jahr verkaufte die „Neue Heimat“ diesen Wohnungsbestand als „Paket“ an die gewerkschaftliche Beteiligungsgesellschaft für Immobilien (BGI). Unter den Mietern, die nachträglich von der

Stoiber sieht ARD „gefährdet“

iz. München

Der Leiter der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, sieht durch die Werbung im Dritten hessischen Fernsehprogramm und durch das ARD-Programm „Eins Plus“ die ARD „konkret und unmittelbar in ihrem Fortbestand gefährdet“. In einem Brief an den WDR-Intendanten Friedrich Nowotny betonte der CSU-Politiker, die ARD gehöre „nach wie vor zum deutschen Alltag“. Er beobachte jedoch die Entwicklung mit großer Sorge. Für den Fall, daß kein gemeinsamer Staatsvertrag zustande komme, kündigte Stoiber zur Sicherung der Entwicklungschancen privater Anbieter eigene Gebührenstaatsverträge der Unionsländer an. Nowotny hatte Stoiber in einem Interview des „Medienmagazin“ vorangeworfen, er wolle die Spaltung der ARD herbeiführen.

NH über dieses Geschäft informiert worden waren, entstand sogleich die Befürchtung, das alles sei der erste Schritt zu einem Weiterverkauf an einen oder mehrere Eigentümer – mit der Folge von Wohnungszusammenlegungen, „Luxusmodernisierungen“ und höheren Mieten. Viele Bewohner, die seit Jahrzehnten in der Gartenstadt leben und ihre Wohnungen durch Eigenleistungen modernisiert, sahen sich schon im Geiste zum Auszug genötigt.

In dieser Phase wurden die bisherigen NH-Mieter zum ersten Mal an der Nase herumgeführt: Der Verkäufer „Neue Heimat“ versicherte ihnen, an der Situation werde sich nichts ändern, ihre Rechte blieben gewahrt. Etwa zur gleichen Zeit räumte freilich NH-Chef Dieter Hoffmann ein, im Hinblick auf die Situation der Mieter nach dem Verkauf von bisherigen NH-Wohnungen gebe es „juristische Einschränkungen, die zur Sorge Anlaß geben. Es hat keinen Sinn, darum herum zu reden“.

Für den zweiten Grund zur Entrüstung in dieser Siedlung sorgten die örtlichen SPD-Funktionäre. Von den Mietern zur Rede gestellt, versicherten sie mit mehr oder weniger treuherrlichem Augenaufschlag, sie würden sich dafür einsetzen, daß die Stadt die gesamte Siedlung über-

nimmt. Zum selben Zeitpunkt allerdings ließ Bürgermeister Klaus von Dohnanyi keinen Zweifel daran, daß so etwas angesichts der leeren Kassen und der ungeklärten Verhältnisse in der Neuen Heimat nicht in Frage komme – jedenfalls bis auf weiteres.

Milieu-Schutz abgelehnt

Ergrimmt registrierten die Bewohner der Gartenstadt Farmsen überdies, daß einer ihrer Mitbürger, der langjährige SPD-Fraktionschef in der Bezirksversammlung Wandsbek, Harro Matthies, sich zu all diesen milieuhinweisenden Dingen monatelang aus-schwieg.

Den dritten Grund zum Zorn in der Gartenstadt steuerte die SPD-Bürgerschaftsfraktion bei, als sie den CDU-Antrag abstimmete, die gesamte Siedlung durch eine Verordnung des Senats nach dem Bundesbaugesetz unter sozialen Milieuschutz zu stellen. Die Christdemokraten wollten diesen Antrag – gestützt auf neues Datenmaterial – nun erneut im Landesparlament einbringen, um einen Weiterverkauf der Siedlung jedenfalls zu erschweren. Schon unterstellten die Christdemokraten der SPD, sie wolle der gewerkschaftseigenen BGI einen „Reibach auf dem Rücken der Mieter“ ermöglichen.

Wieder mehr Jobs für Studenten

DW. Köln

Die Chancen der Hochschule, sich mit einem Nebenjob etwas Geld zu verdienen, haben sich in vielen Universitätsstädten deutlich verbessert. Dies ergab eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Danach fanden 1985 Berliner Hochschul- am leichtesten eine Stelle für mindestens sieben Tage. Auf 100 arbeitssuchende Studenten kamen dort statistisch gesehen 96 Stellen. Nicht schlecht waren die Chancen auch in Hamburg und Stuttgart, wo jeweils 100 Arbeitssuchende 77 beziehungsweise 74 Stellen zur Auswahl hatten; ein Jahr zuvor waren es in Hamburg nur 47 und in Stuttgart 67. Die schlechtesten Aussichten nach den Ergebnissen hatten Hochschüler in Saarbrücken, wo sich 100 Bewerber um 16 Stellen stritten.

Grüne sehen keinen Bündnispartner

DW. Bonn

Auch nach der Bundestagswahl 1987 sehen die Grünen keinen politischen Bündnispartner für ihre programmatischen Überlegungen. Dies geht aus dem jetzt vorliegenden Entwurf des Wahlprogramms der Partei hervor. Darin wird nicht nur die Politik der Bundesregierung verurteilt, sondern auch die SPD scharf kritisiert. Beobachter in Bonn werten dies als eine Absage an eine Koalition mit den Sozialdemokraten, die die einzige Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung der Grünen darstellen könnte. Der SPD wird vor allem vorgeworfen, daß sie nach dem Regierungswechsel versucht habe, sich mit „opportunistischen und kurzweiligen Versprechungen als erneuerte Oppositionspartei herauszuheben“. Über den Entwurf wird auf dem Programm-Parteitag im Mai entschieden.

Ost-Berlin beharrt auf Berlin-Status

are. Bonn

Die „DDR“ will offenbar das Problem der über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt einreisenden Asylanter als Hebel für ihre Dreistaaten-Theorie benutzen. Nach Informationen der WELT hat der Volkskammerpräsident Horst Sindermann bei seinem Besuch Ende Februar in Bonn erklärt, die „DDR“ sei erst bereit, Westberlin in eine Vereinbarung über die Weiter- und Durchreise von Asylantern einzubeziehen, wenn Bonn Westberlin als „selbständige politische Einheit“ anerkennt. Bei dieser Forderung geht Ost-Berlin allem Anschein nach von der Überlegung aus, daß Bonn zur Eindämmung des Asylanterstroms von der „DDR“ erwartet, Zielland-Visa auch für Westberlin auszustellen.

Wie es hieß hält sich Ost-Berlin zwar an die am 1. Februar geschlossene Vereinbarung, nur Asylanter mit einem gültigen Zielland-Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen zu lassen, unterläßt aber die Abmachung dadurch, daß es Asylanter das Überwecheln nach Westberlin ermöglicht und dann ungehindert auf der Bahn nach Westen weiterreisen läßt. Nach der bisherigen Praxis werden den Zug-Reisenden Transit-Visa ausgestellt. Falls Bonn nun von der „DDR“ verlangen solle, Asylanter ein Zielland-Visum auszustellen, erhebe sich die Gefahr, daß Ost-Berlin generell für Reisende aus Westberlin solche Visa fordern könnte, da die „DDR“ sich auf den Standpunkt stellt, nicht zwischen Reisenden und Asylbewerbern unterscheiden zu können.

Ost-Berlin ist bestrebt, die Praxis der Weiterleitung von Asylantern nicht vor aller Öffentlichkeit stattdessen zu lassen. So werden die meisten aus Indien oder Pakistan stammenden Asylanter alle mit dem Nachtzug nach Helmstedt befördert.

Bonn liegen auch Daten über die Volksgruppe der Tamilen vor, die im vergangenen Jahr zu einem besonderen Problem für die Asylstellen der Bundesrepublik wurden. Es wird festgestellt, daß sich Ost-Berlin in weitem Maße an die Vereinbarung vom Juli 1985 hält, Angehörige dieser Volksgruppe nicht mehr in die Bundesrepublik weiterreisen zu lassen. Es gebe jedoch Fälle, in denen Familien per Bahn vom Flughafen Schönefeld nach Warschau gebracht wurden, von wo sie über Prag nach Bayern gelangten.

Wie wird Hotelreservierung zum Schlüssel-Erlebnis?

Mit Bildschirmtext. Schnell und aktuell Hotel-Vakanz abfragen oder anbieten – das ist einer der Gründe, warum immer mehr Reisebüros, Firmen und auch Hotels die kostengünstige Datenübertragung des BIX-Dienstes nutzen. Ein Beispiel aus der Praxis: Das BIX-Hotelreservierungssystem.

Das Programm bietet:

- Abruf von gespeicherten Hotelinformationen, Vakanzen der Hotels mit Reservierungsmöglichkeiten und sofortiger Bestätigung
- Möglichkeit des Ausdrucks aller Daten wie Adresse des Hotels, Zimmer, Anreise, Abreise, Preis usw.
- Abruf von eingegangenen Reservierungen, Aktualisierung und Kundenpflege durch das Hotel selbst.

So profitieren alle Beteiligten von einem System. Daß Sie Bix auch privat vielfältig nutzen können, ist Ihnen sicherlich bekannt. Möchten Sie noch mehr über den Bix-Dienst der Post wissen? Rufen Sie an: 0130 0190 – bundesweit zum Nachruf.

Post

Umweltprobleme in der „DDR“ (III.): Bestandsaufnahme und Ausblick

Im letzten Teil der Serie zieht der Berliner Agraringenieur Karl Hohmann ein Fazit der Umweltschäden in der „DDR“ und beschreibt die Versuche, mit denen man die Folgeschäden in den Griff bekommen will. Dennoch wird es Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte brauchen, bis die in Mitteleuropa gezogenen Gewässer und Böden sich wieder einigermaßen regenerieren.



Drohende Gefahr für das Grundwasser FOTO: JÜRGENS

„Die Kultur hinterläßt Wüsten“

Von KARL HOHMANN

Infolge des durch überhöhte Stickstoffdüngung verursachten höheren Nitratgehaltes der pflanzlichen und tierischen Nahrungsmittel (Harnstoffdüngung von Wiederkäuern zwecks Ablösung beziehungsweise Minderung der dezentralen Eiweißdüngung, der höheren Gemüseernteleistung und des gestiegenen Nitratgehaltes im Trinkwasser ist in der DDR die Aufnahme von Nitraten mit Lebensmitteln und Getränken von 78 mg/Kopf und Tag (1970) über 138 mg/Kopf und Tag (1979) auf 150 mg/Kopf und Tag (1983) gestiegen, wie auf Tagungen der „Chemischen Gesellschaft der DDR“ von Lebensmittelchemikern ausgeführt wurde. Nachdem bis vor wenigen Jahren der Einfluß von Nitraten auf den menschlichen Organismus nur mit der als „Blausucht“ bekannt gewordenen (Brunnenwasser-Methämoglobinämie bei Säuglingen in Verbindung gebracht wurde, stehen sie jetzt im Verdacht, zumindest potentiell, auch kanzerogene Wirkungen aufzuweisen. So könnten die aufgenommenen Nitrate im Verdauungstrakt mit den in der Nahrung vorhandenen Aminosäuren zu Nitrosaminen synthetisiert werden, die wiederum als krebserregend eingestuft werden.

Mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten hat die DDR versucht, ihre Landwirtschaft industriemäßig zu gestalten. Ohne dabei den nach dem Kriege eingetretenen Produktivitätsrückstand gegenüber der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland verringern zu können, sind (zumindest regional) durch die

Landwirtschaft Umweltschäden verursacht worden, die offensichtlich weit über das hinausgehen, was in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern der Landwirtschaft an Umweltbelastungen zum Vorwurf gemacht wird.

Zwar haben Initiatoren der industriemäßigen Agrarproduktion und die von ihnen dominierten Wissenschaftler inzwischen eingesehen, daß „es bei Großtieren teuer ist, Tiere für technologische Lösungen zu züchten als umgekehrt“. Ebenso daß in der DDR tatsächlich „die Zeiten längst vorbei (sind), wo viele glaubten, mit Chemie geht alles, Hauptsache viel Dünger, dann wird es schon wachsen“ (Ansätze, die bereits in den 70er Jahren von kritischen DDR-Schriftstellern in ihren Erzählungen äußerst nachdenklich betrachtet wurden). Trotzdem fehlt der DDR derzeit der zur Beseitigung der eingetretenen Schäden notwendige finanzielle Rückhalt, so daß auch (oder gerade) im Agrarsektor nur solche Maßnahmen möglich sind, die nichts oder nur wenig kosten.

Insofern ist die Erkenntnis, daß bei der Industrialisierung der Landwirtschaft in den letzten 15 Jahren an vielen Stellen das agrarische Biosystem überfordert wurde, zwar bemerkenswert, aber in der aktuellen Situation mangels Finanzmasse wenig nutzbringend. Die in Mitteleuropa gezogenen Gewässer brauchen – selbst bei hohen Investitionen im Umweltschutz und gezielten Maßnahmen bzw. der strikten Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften – Jahre, wenn nicht Jahrzehnte,

um sich wieder einigermaßen zu regenerieren.

Jedoch hat die SED, wie es scheint, noch rechtzeitig erkannt, daß Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Umweltauswirkungen der industriemäßigen Agrarproduktion erforderlich sind, und sich anscheinend daran erinnert, daß Marx formuliert haben soll: „Die Kultur, wenn unwürdig fortgeschritten und nicht vom Menschen beherrscht, läßt Wüsten hinter sich zurück“. Die eingeleiteten Maßnahmen (verstärkte Anpflanzung von Baumschutzstreifen, Bereitstellung von mehr Geräten zur Unterbodenlockerung, Verkleinerung der Schläge, Ausweitung der Lagerkapazitäten für Gülle, Jauche und Stalldung sowie Erhöhung des Trockensubstanzgehaltes der Gülle, Einschränkung der finanziellen Förderung von Stallanlagen auf Güllerbasis und nicht zuletzt die ausgleichende bedingte Reduzierung der Mineraldüngereinsatzes in den Jahren 1982–1984) dürften dazu beitragen haben, daß die Belastungen der Umwelt und der eigenen Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft durch die Landwirtschaftsbetriebe in den 80er Jahren zumindest nicht weiter angewachsen sind.

Ende der Serie

Die Untersuchung von Karl Hohmann, die wir gekürzt in drei Teilen abgedruckt haben, erscheint im Frühjahr 1986 in wesentlich erweiterter Fassung in: „Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands“ (Jahrbuch 1985 der Gesellschaft für Deutschlandforschung), Hrsg.: Maria Hoendicke-Hoppe und Konrad Meisel, Duncker & Humblot, ca. 160 Seiten, Preis ca. 22 Mark.

Warschauer Signal vor Besuch des Außenministers

BERNT CONRAD, Bonn
Wenige Tage vor dem Besuch des polnischen Außenministers Marian Orzechowski in Bonn hat Warschau den Wunsch nach „guten, partnerschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland“ ausgedrückt. In der letzten Zeit seien Anzeichen dafür aufgetaucht, daß die nach den Worten des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski „verlorene Zeit“ in den Beziehungen aufgehört werde, erklärte die polnische Botschaft in einer Pressemitteilung.

Damit sollen offensichtlich die Weichen für einen positiven Verlauf der Außenminister-Visite gestellt werden. Zu den Gesprächspartnern Orzechowskis, der am kommenden Montag in Bonn erwartet wird, werden neben seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl gehören. Für Genscher verschobene Polen-Reise gibt es noch keinen Termin.

Bilaterale Wirtschafts- und Kreditprobleme waren Anfang März in Gesprächen zwischen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und dem stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Zbigniew Szlachetka weitgehend geregelt worden. Jetzt will Warschau auch die in der Zeit des Militärregimes abgekühlte Atmosphäre der politischen Beziehungen wieder erwärmen.

Ein partnerschaftliches Verhältnis liege im Interesse beider Staaten und ganz Europas, betonte die polnische Botschaft. In ihrer Pressemitteilung zollte sie „Mitbegründern“ des Warschauer Vertrages wie Willy Brandt und Walter Scheel „Achtung und Anerkennung“. Gleichzeitig registrierte sie jedoch „mit wohlwollendem Interesse“ und „gebührender Aufmerksamkeit“ positive Ausführungen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers über die Bedeutung des deutsch-polnischen Vertrages „als Grundlage zur Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Staaten“.

Kurz nach dem Orzechowski-Besuch will die Europäische Konferenz für Menschenrechte und Selbstbestimmung am 12. April im Bonner Konrad-Adenauer-Haus eine Symposium über die Verletzung von Menschenrechten im polnischen Machtbereich veranstalten.

Der Rückzug der „Weißhelme“ gibt Chirac mehr Spielraum in Libanon

Paris will Geiselnahmen und eine Konfrontation mit schiitischen Fanatikern meiden

PETER RUGE, Paris
In Libanon setzt Frankreich durch den Rückzug seiner Waffenstillstandsbeobachter ein deutliches Zeichen: Die fünfte Republik gibt eine Schiedsrichterrolle im Nahen Osten auf, die sie in den letzten Jahren immer weniger ausfüllen vermochte. Seit dem Geiseldrama in Beirut ist zudem der Ruf der alten Pariser Regierung angeschlagen, so daß Jacques Chirac, der neue Premierminister, handeln muß.

Chirac will mit dem Abzug der 45 „Weißhelme“, die seit 1985 als Militärbeobachter an der grünen Linie zwischen dem christlichen Ostteil der Stadt und dem muslimischen Westviertel für die Einhaltung von Waffenstillstandsbereichen sorgen sollten, nicht die Verbindungen zu Libanon abbrechen.

Das Engagement bleibt

In Paris wird betont, daß das traditionelle Engagement Frankreichs im Nahen Osten davon unberührt bleibe. Dann nämlich hätte man auch die französischen Staatsbürger zurückbeordern müssen, die in verschiedenen humanitären Diensten in Beirut zwischen den Kampfparteien agieren, oder die Kaufleute, Diplomaten und Lehrer, die in Libanon leben. Ihre

Zahl wird auf etwa 6000 Personen geschätzt. Paris nimmt diese Militäreinheit gewissermaßen aus der Schußlinie. Sie wird verlegt, so heißt es offiziell, weil Frankreich bereits einen zu hohen Blutzoll für seine Schutz- und Beobachterrolle gezahlt habe: In den zwei Jahren wurden sieben „Weißhelme“ getötet, der letzte Anschlag geschah vor nicht ganz drei Wochen.

Jacques Chirac will aber mit dieser Maßnahme, die am Ostersonntag mit Staatspräsident Mitterrand abgestimmt wurde, etwas ganz anderes bewirken: Er will einmal eine direkte Konfrontation mit fanatischen Schiiten vermeiden, zum anderen aber terroristische Geiselnahmen dieser Soldaten, in die dann die französische Staatsführung sofort hineingezogen wäre, als politisches Druckmittel unbrauchbar machen.

So gewinnt die neue bürgerliche Regierungsmannschaft den nötigen Spielraum, um sich dem Problem zuwenden zu können, das ihr die sozialistischen Vorgänger hinterlassen haben: die bisher nicht zustande gekommene Befreiung von acht französischen Staatsbürgern, von denen zwei sich seit über einem Jahr in den Händen von Khomeini-Anhängern befinden.

Hier hat es vor allem vor den französischen Parlamentswahlen gerade zu entwürdigenden Druck, aber auch nahezu skandalöse Zustände der Regierung Fabius gegeben – sowohl in Richtung Beirut wie Bagdad und Teheran.

Waffen für Irak und Iran

Frankreich gilt nicht nur als einer der größten Waffenlieferanten Iraks. Nach der Aufdeckung von verdeckten Munitionstransporten auch nach Iran – es handelte sich um die „Granaten von Cherbourg“ – glaubten die Sozialisten, beide Seiten durch Zugeständnisse beschwichtigen zu müssen: Paris lieferte zwei irakische Oppositionelle an Bagdad aus. Das veranlaßte angeblich die Beirut-Terroristen, eine ihrer französischen Geiseln, Michel Seurat, zu ermorden.

Die unter der Empörung der Öffentlichkeit einsetzende, febrilhafte diplomatische Tätigkeit scheiterte, wohl auch, weil sie zu überstürzt angelegt war. Paris wurde zum Schauplatz mehrerer Attentate. Chirac hat die Chance eines Neubeginns im Nahen Osten – er scheint sie zu nutzen, mit der nun gebotenen Diskretion.

Vereinbarung mit Sowjets über Großprojekte?

RMB, Moskau

Zur Teilnahme an der 14. Sitzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission ist Bundeswirtschaftsminister Bangemann gestern in Moskau eingetroffen. Schwerpunkt der heute beginnenden zweitägigen Verhandlungen wird die Zusammenarbeit im Maschinenbau, im Eisenhüttenwesen und bei NE-Metallen sowie im Konsumgüterbereich sein.

Die in der vergangenen Woche zwischen der Bundesrepublik und den USA getroffenen SDI-Vereinbarungen werden nach den stellvertretenden sowjetischen Außenminister Korotkiw von sowjetischer Seite nicht zur Sprache gebracht werden. Korotkiw fügte jedoch hinzu: „Unsere Reaktion ist negativ, egal um welches Land es sich handelt, daß sich an dem amerikanischen Projekt beteiligt.“

Die sowjetische Delegation wird von dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow geleitet. Zur deutschen Vertretung gehören neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow geleitet. Zur deutschen Vertretung gehören neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Antonow geleitet.

Die UdSSR bleibt trotz des 1985 um vier Prozent auf 24,2 Milliarden Mark geschrumpften Handelsvolumens größter Ost-Handelspartner in der Bundesrepublik. Nach dem neuen Fünf-Jahres-Plan und den Zielrichtungen der sowjetischen Wirtschaft bis zum Jahr 2000 rechnen sich deutsche Firmen gute Chancen aus, an der Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft beteiligt zu werden.

Nicht ausgeschlossen wird, daß auf der Moskauer Tagung vier noch ausstehende Großprojekte zur Sprache kommen: Eine Polyesteranlage bei Ufa über die die Hoechst-Tochter Friedrich Ude verhandelt, eine Polylefinanlage im Norden des Landes, an der die Linde-Lurgi-Gruppe interessiert ist, sowie der Bau eines Stahlwerks bei Tula, für das Krupp Offerten abgegeben hat, und eines Motorenwerks durch Volkswagen.

Das Werk in der Nähe von Moskau soll Mittelklassewagen für 12 000 Rubel herstellen. Als mögliche Partner von VW werden Saabgitter und Liebherr genannt.

Ölpreis-Sturz durchkreuzt Moskaus Wirtschaftspläne

Starke Verluste auf dem Weltmarkt / Druck auf Verbündete

CARL GUSTAF STRÖM, Wien
Der rapide Verfall der Ölpreise hat die Sowjetunion als größten Erdölproduzenten der Welt besonders betroffen. Um so mehr dürfte sich das sowjetische Augenmerk jetzt auf die anderen Ostblockstaaten richten, die von sowjetischen Öllieferungen abhängig sind und diese zu Sonderkonditionen beziehen.

Auf die Gestaltung der internationalen Erdölpreise hat Moskau wenig oder gar keinen Einfluß. Es muß zum jeweiligen Weltmarktpreis verkaufen. Durch den jüngsten Preistrutsch haben die sowjetischen Erdölexporte nach Westen einen Wertverlust von 30 bis 40 Prozent durchgemacht. Die UdSSR müßte bei anhaltendem Preisniveau also mindestens um ein Drittel mehr Erdöl nach Westen exportieren, um die erwarteten Einnahmen an „harter“ Währung – bislang stammten 60 Prozent aus dem Ölgeschäft – zu erzielen.

Hier aber stellt sich bereits die Frage, ob Moskau überhaupt in der Lage ist, seine Rolle als „unbegrenzter Exporteur von Energieträgern und Rohstoffen“ weiterzuspielen. Auf dem jüngsten Parteikongress der KPdSU war immer wieder davon die Rede, man müsse von der extensiven zur intensiven Wirtschafts- und Produktionsform übergehen, zumal den sowjetischen Führern bewußt sein dürfte, daß auch die sowjetischen Ressourcen nicht unerschöpflich sind.

Förderung rückläufig

Zwar hat die Sowjetunion 1985 von den 11,8 Millionen Barrel Erdöl, die sie täglich produzierte, noch 1,4 bis 1,5 Millionen Barrel an westeuropäische Abnehmer geliefert. Der größte Teil ist aber für den Binnenmarkt und die Partner Moskaus im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bestimmt. Seit 1983 jedoch ist die Förderung rückläufig: 1984 wurden 616 Millionen Tonnen, 1985 nur noch 595 Millionen Tonnen Erdöl gewonnen.

Verringerte Fördermengen, fallende Weltmarktpreise, gleichzeitig aber ein verstärkter Erdölhunger der osteuropäischen Staaten – das alles schafft für den neuen Parteichef Gorbatschow zusätzliche Schwierigkeiten. Die Frage ist, ob Moskau seine Deviseneinnahmen aufbessern kann, indem es statt Erdöl mehr Gold auf

den Weltmarkt wirft. Oder ob Gorbatschow Importrestriktionen verfügt. Sie würden sich negativ auf den ohnedies nicht üppigen Lebensstandard der Bevölkerung auswirken und gleichzeitig die sowjetischen Investitionspläne und vor allem die Ausstattung mit dringend benötigter Hochtechnologie in Frage stellen.

Schon seit langem blicken die Sowjets mit mehr als gemischten Gefühlen auf einige RGW-Mitgliedsstaaten, die von Moskau bisher gegenüber dem Weltmarktpreis verbilligtes Erdöl bezogen haben, mit dessen Hilfe sie dann Waren erzeugten, die sie – wenn auch nicht immer mit großem Erfolg – auf westlichen Märkten gegen harte Valuta zu verkaufen trachteten.

Tauschhandel im RGW

Die UdSSR hat den osteuropäischen Staaten, die jährlich 85 Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl erhalten, bisher nicht den Weltmarktpreis berechnet, sondern einen Preis, der jährlich aufgrund des Durchschnitts der Weltmarktpreise der vergangenen fünf Jahre berechnet wurde. Solange die Preisstabilität auf dem Weltmarkt steigt, profitiert der Osteuropäer, denn die Preise, die Moskau von ihnen verlangt, hinken hinter den Weltmarktpreis her. Allerdings bezahlen Moskaus Partner das Erdöl nicht in Dollar, sondern mit Verrechnungsrubeln – das heißt durch Export von Waren in die Sowjetunion.

Bei sinkenden Preisen auf dem Weltmarkt zahlen die Osteuropäer jedoch drauf. Die bereits laut gewordene Forderung, Moskau möge der neuen Situation Rechnung tragen, wird von den Sowjets mit der kühlen Bemerkung quittiert, die osteuropäischen Länder produzierten zu wenig Waren, die auf westlichen Märkten konkurrenzfähig sind. Nach sowjetischen Berechnungen müßten die RGW-Mitglieder, um mit ihrer Erdölversorgung teilweise auf westliche Märkte ausweichen zu können (und damit in den Genuß des verbilligten Erdöls zu kommen), ihre Exporte in die konvertiblen Währungsgebiete beinahe verdoppeln. Die Sowjets ihrerseits aber haben kein Interesse daran, die „Ausschüttware“ aus Osteuropa geliefert zu bekommen.

Chinas Armee entläßt Offiziere

tr, Peking

Die chinesische Armee wird nach Auskunft des stellvertretenden Generalstabschefs das Ziel erreichen, ihren Personalbestand bis Ende 1986 um eine Million Soldaten zu vermindern. In einem Interview der englischsprachigen Zeitung „China Daily“ teilte Han Huozhi mit, zahlreiche Offiziere seien schon entlassen worden, ohne daß dies zu dienstlichen Problemen in der Armee geführt habe. Der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping hatte die Maßnahme im Mai 1985 angekündigt.

Der Darstellung des Generalstabschefs widerspricht eine Aussage des Vizevorsitzenden der Militärkommission, Yang Shangkun, der im Januar noch einige Jahre bis Abschluß des Personalabbaus veranschlagt hatte.

Australien veragt SDI-Entscheidung

AFF, Canberra

Die australische Regierung hat ihre endgültige Entscheidung über eine Teilnahme an dem amerikanischen SDI-Programm verschoben. Das wurde gestern offiziell in Canberra bekanntgegeben. Australien sollte seine Antwort ursprünglich am 7. April, einen Tag vor Beginn eines dreitägigen Besuchs des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger, in Australien fällen. Wie es jetzt heißt, soll die Entscheidung nach dem Weinberger-Besuch und nach der Reise des australischen Regierungschefs Bob Hawke Ende des Monats nach Washington getroffen werden. Die australische Regierung hatte bislang vor dem Parlament eine SDI-Teilnahme abgelehnt, doch nie eine offizielle Weigerung ausgesprochen.

Manila greift nach Marcos-Vermögen

tr, Manila

Die philippinische Regierung hat ehemalige Minister und Mitarbeiter des gestürzten Staatschefs Ferdinand Marcos gestern beschuldigt, Vorauszahlungen in Höhe von 150 Millionen Dollar nicht abgerechnet zu haben. Außerdem wurden 34 Unternehmen, die engen Marcos-Freunden gehört hätten, unter treuhänderische Zwangsverwaltung gestellt. Zu diesen Firmen gehört auch die von Eduardo Cojuangco, einem Vetter der Präsidentin Aquino, der mit Marcos das Land verlassen hatte. Eine Regierungskommission zur Wiederherstellung der Marcos-Besitztümer erklärte unterdessen, sie sehe gute Chancen, wesentliche Teile des Marcos-Vermögens aus den USA und der Schweiz freizubekommen.

„Gastarbeiter“ kämpfen auf Golf

tr, Kairo/Bagdad

Zum ersten Mal hat Kairo offiziell bestätigt, daß Ägypter auf irakischer Seite im Golfkrieg kämpfen. Präsident Muḥarab sagte in einem Interview, diese Männer seien als Gastarbeiter im Irak gebeten worden, sich zur Verfügung zu stellen. Neutrale Beobachter in Bagdad gehen davon aus, daß etwa 15 000 Ägypter die irakische Armee unterstützen.

Vorgestern meldete Radio Teheran einen Luftangriff auf irakische Stellungen vor dem unbesetzten Hafen Fao am Stett el-Arab, den die Perser am 10. Februar eroberten. Von irakischer Seite gibt es dafür keine Bestätigung. Die Iraker versuchen, die Stimpfe dort mit Pumpen zu entwässern, um einen Panzer-Einsatz zu ermöglichen. Die Perser pumpen ihrerseits Wasser in diesen Frontabschnitt, berichten Diplomaten in Bagdad.

Von Schirow nur Kritik

Mängel in Wirtschaft und Wissenschaft / Parteitag eröffnet

dpa, Sofia
Scharfe Kritik an Wirtschaft, Wissenschaft und Partei hat den Auftakt des 13. Parteitages der bulgarischen Kommunistischen Partei gestern in Sofia bestimmt. „Nicht wenige Vorgesetzte, Angestellte und Verkäufer scheitern ruhig schlafend zu können, obwohl sie einfache Bürger betrogen (oder) sich an gesellschaftlichen Eigentümern vergriffen haben“, erklärte Staats- und Parteichef Todor Schirow in seinem Eröffnungsvortrag. Die Wirtschaftsprobleme, nach Angaben der Behörden werden ein Drittel aller Diebstähle und die Hälfte aller finanziellen Betrügereien im Handel und in der Lebensmittelversorgung aufgedeckt.

Schirow prangerte auch Versäumnisse oder gänzliches Fehlen am Arbeitsplatz an, die „durchaus keine Einzelfälle“ seien. Für die Betriebe kündigte Schirow ein Ende der durch staatliche Planungen verursachten „Treibhausbedingungen“ zugunsten von mehr Konkurrenz untereinander an.

Besonders scharf griff Schirow die Wissenschaft an: Wenn es nicht zu einer intensiveren Nutzung der Forschung für die Produktion komme, „werden wir einen großen Reifall erleben“.

Der Akademie der Wissenschaften warf er mangelnden Praxisbezug vor. Selbst die Partei verschonte der Parteichef nicht. Das „innerparteiliche Leben“ sei oft starr und langweilig und von Passivität geprägt. Die im Voraus arrangierten Diskussionsbeiträge hätten den Mitgliedern das Vertrauen genommen.

Schon in den Monaten vor dem Parteitag hatte Schirow immer wieder erklärt, Bulgarien müsse sich radikalen Reformen unterziehen, um zu einem Staat mit moderner Technik zu werden. An dem viertägigen Kongreß nehmen mehr als 2 000 Delegierte aus allen Teilen Bulgariens teil. Außerdem sind etwa 130 Gastdelegationen anwesend. Aus Moskau ist Ministerpräsident Nikolai Ryschkow angereist.

Schirow, der am längsten amtierende Parteichef eines Landes des Warschauer Paktes, wurde von Beobachtern ein enges Verhältnis zu Brezhnev und Tschernenko nachgesagt. Als der sowjetische Parteichef Gorbatschow 1985 Bulgarien besuchte, sprach man von eher kühlen Beziehungen zwischen den beiden Politikern. Immer wieder waren auch Gerüchte von einer Ablösung Schirows aufgetaucht.

Wer finanziert z.B. das Haus der chinesischen Küche?



Erstklassiges Chinesenrestaurant im Zentrum von Bonn. In dem neu geschulzten Haus innen und außen neu gestaltet. Mit einer Finanzierung von uns

Die Frankfurter.

Da sehen Sie, was man heute mit einer Hypothek von uns alles unternehmen kann. Unsere Kunden finanzieren damit Stadthäuser, Ländhäuser oder Kaufhäuser, Rechenzentren und Einkaufszentren, Renovierungen und Sanierungen.

Mit uns können Sie über jede Planung reden, die wirtschaftlich sinnvoll ist. Gewerblich oder privat. Über Alt- oder Neubau. An- oder Ausbau. Über Kaufen oder Modernisieren. Über kleine Beträge oder Millionenbeträge.

Die Finanzierungen, die wir Ihnen vorschlagen, sind ideenreich wie Ihre eigenen Pläne. Wir garantieren Ihnen langfristig feste Zinssätze – bis zu 30 Jahren – ganz wie es sich für Sie am besten rechnet. Unsere Berater helfen Ihnen, steuerliche Vorteile und staatliche Zuschüsse voll auszunutzen.

Nutzen Sie die Erfahrung, die Beweglichkeit und die Finanzkraft der Frankfurter.

Rufen Sie uns an. Zu einem ersten Gespräch. Sie erreichen uns in Frankfurt über den Anschluß (069) 2 98 98-0. Oder über unsere Geschäftsstellen Berlin, Bielefeld, Braunschweig, Düsseldorf, Essen, Hamburg, Mannheim, München, Stuttgart, Wiesbaden.

Frankfurter Hypothekenbank
Wir geben Ihren Ideen Kredit.

Taiwan wehrt sich gegen die Isolation

JOCHEN HEHN, Hongkong

Taiwan hat eine Offensive gestartet, um der drohenden Einkreisung und Isolation durch Peking entgegenzusteuern. Auf der dritten Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kuomintang, der Inselrepublik, die am kommenden Sonntag die Regierungsgeschäfte des Staatspräsidenten Chiang Ching-kuo, kündigte Außenminister Chu Fung-shan an, die taiwanische Regierung werde künftig ihre Anstrengungen verstärken, die De-facto-Außenbeziehungen zu anderen Staaten zu intensivieren.

Taiwan unterhält derzeit nur noch zu 23 Staaten offizielle diplomatische Beziehungen, während die Volksrepublik China von immer mehr Staaten – mittlerweile von 123 – als der einzige Repräsentant Chinas anerkannt wird. Auch in internationalen Organisationen, deren Mitglieder auf Regierungsebene miteinander verkehren, befindet sich Taiwan auf dem Rückzug. Nur noch zehn führen die Inselrepublik als Mitglied.

Jüngstes Beispiel für diese Entwicklung ist die Aufnahme der Volksrepublik China als 46. Mitglied der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB). Während Peking dort jetzt unter seiner offiziellen Staatsbezeichnung figuriert, soll Taiwan, das 1966 als „Republik Taiwan“ sogar Grün-

dungsmitglied der ADB war, nun seinen Namen ändern und als „Taipeh, China“ quasi zu einer Provinzregion Chinas degradiert werden.

Als Beispiel für das mögliche Ausmaß „nichtoffizieller“ Beziehungen nannte Chu das Verhältnis zu den USA. Beide Staaten unterhielten vielfältige Kontakte auf kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene. Die enge Zusammenarbeit auf politischem und militärischem Gebiet, die Peking in regelmäßigen Abständen gegenüber der amerikanischen Regierung anmahnt, vergaß Außenminister Chu jedoch zu erwähnen.

Taiwans Anstrengungen, der Isolation zu entkommen, richten sich jetzt vornehmlich auf die chinesische Bevölkerung in Hongkong und Macao, wo die kommunistische Regierung Pekings ihrerseits sehr darum bemüht ist, gerade die dort lebenden und arbeitenden taiwanischen Landsleute für ihre Wiedervereinigungspolitik zu gewinnen.

In Hongkong und Macao, die beide 1997 der Volksrepublik eingegliedert werden, versucht Taiwan, das von der Regierung in Peking propagierte Konzept „ein Land, zwei Systeme“, das nach Auflösung Pekings auch auf Taiwan angewendet werden soll,

als falsche Versprechung zu demaskieren.

Ideale Zielgruppe für Taiwan sind vor allem jene Menschen, die schon einmal vor dem kommunistischen Regime geflüchtet sind und sich im wesentlichen eine antikommunistische – was nicht heißen muß: pro-taiwanische – Haltung bewahrt haben. Sie versucht Taiwan davon zu überzeugen, daß sein Konzept einer Wiedervereinigung immer noch das attraktivere sei. Chiang Chingkuo beschwor denn auch in seiner Rede vor dem 2K seine Landsleute, auf die Wiedervereinigung hinzuwirken.

Auf die Modernisierungsbemühungen Pekings anspielend fügte er hinzu, daß man dort jetzt in eine Sackgasse geraten sei. Unterliege sich die kommunistische Regierung nicht grundlegenden Reformen, so münde dies direkt ins Chaos. Entschiede sie sich aber dazu, dann führe dies automatisch zur Selbstzerstörung.

Der Optimismus Chingkuos, die Volksrepublik könnte auf die eine oder andere Weise von Taiwan zurückgewonnen werden, entbehrt jedoch jeder Realität. Durch eine Politik der Nicht-Beziehungen zu Peking bleibt dieses erst recht unerreichbar.

Scholz: Berlin ist zufrieden mit dem Kulturabkommen

DIETHART GOOS, Bonn

Der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam, und der stellvertretende „DDR“-Außenminister Kurt Nier werden Anfang Mai nach mehrjährigen Verhandlungen das deutsch-deutsche Kulturabkommen in Ost-Berlin unterzeichnen. In seiner nächsten Sitzung am kommenden Mittwoch wird das Bundeskabinett den ausgehandelten Text letztendlich beraten und verabschieden. Das Kulturabkommen als Folgevereinbarung des Grundlagenvertrags vom 21. Dezember 1972 regelt den Austausch von künstlerischen und wissenschaftlichen Vorhaben beider Seiten. Die lange Verhandlungsdauer ergab sich aus Schwierigkeiten mit der Einbeziehung Berlins in den Vertrag.

Der Berliner Bundesdeputat Professor Rupert Scholz sagte gestern der WELT: „Wir sind zufrieden mit dem ausgehandelten Text.“ Mit gedämpftem Optimismus gehe man jetzt in die Praxis des Kulturabkommens. Man habe der anderen Seite umständlich zu verstehen gegeben, daß ohne die praktische Einbeziehung West-Berlins in das Abkommen keine Zustimmung zu erhalten sei. „Das hat Ost-Berlin verstanden.“ In ersten abgestimmten Arbeitsplänen sind bereits jetzt 22 Vorhaben fest vereinbart, darunter Berlin mit drei Terminen.

Auch der deutschpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, bewertet gestern das Kulturabkommen positiv. Lintner sagte der WELT: „Es wurde erreicht, was erreicht werden konnte. Mehr war nicht möglich.“ Fortschritte sieht der Unionspolitiker besonders durch die Zusage Ost-Berlins, den bisherigen Boykott der Stiftung Preussischer Kulturbesitz aufzuheben.

An den weltberühmten Kunstschatzen der Stiftung in den Westberliner Museen hat die „DDR“ immer wieder Besitzrechte geltend gemacht. Im Abkommen heißt es dazu: „Die unterschiedlichen Auffassungen in der Frage kriegsbedingt verlagert Kulturgüter bleiben unberührt. Die Abkommenspartner erklären ihre Bereitschaft, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Lösungen in den Bereichen kriegsbedingt verlagert Kulturgüter zu suchen.“

Rabin wünscht engeren Kontakt mit Bundeswehr

Zurückhaltung in Bonn vor dem Besuch Wörners

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Zurückhaltend hat Bonn auf den Wunsch des israelischen Verteidigungsministers Rabin reagiert, der wenige Tage vor Beginn des Israel-Besuchs seines deutschen Amtskollegen Wörner von einem besonderen Interesse Israels an einem Ausbau der militärischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland gesprochen hatte. Rabin hatte betont, Israel sei neben einer Vertiefung der Forschungs- und Entwicklungskooperation und einem verstärkten Austausch von militärischen Daten und Erkenntnissen auch am Export deutscher Waffen gelegen. In Bonn war man, wie zu erkennen war, über die in den öffentlichen Äußerungen des israelischen Ministers gesetzten Akzente nicht sonderlich erfreut. Die Bundesregierung strich heraus, der Wörner-Besuch diene der Bekräftigung der freundschaftlichen Beziehungen. Wenn die israelische Seite darüber hinaus danach verlange, auch die Möglichkeit der Rüstungsköoperation anzusprechen, so werde die deutsche Delegation dem nicht ausweichen. Ihr vorrangiges Ziel sei dies aber nicht.

Neuer Akzent

Mit der am kommenden Sonntag beginnenden Reise von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner nach Israel werden die von beiden Ländern als freundschaftlich betrachteten Beziehungen mit einem neuen Akzent versehen. Wörner ist der erste deutsche Verteidigungsminister, der Israel offiziell besucht. Seine Reise findet auf Einladung von Rabin statt. Sie dient, wie vom Bundesverteidigungsminister erklärt wurde, der Information für Wörner. Er will den sicherheitspolitischen Dialog ausbauen und vertiefen, den er vor gut einem Jahr in der nahöstlichen Region mit seinem ersten Aufenthalt in Ägypten begann.

Der deutsche Verteidigungsminister wird mit führenden israelischen Politikern zusammentreffen. Vorgegeben sind unter anderem Gespräche mit Staatspräsident Herzog, Ministerpräsident Peres und Außenminister Schamir.

Bei seinem Besuch dürfte der deutsche Minister von Rabin auch auf die Bonner Absichten zu Rüstungs-

lieferungen an arabische Länder, vor allem Saudi-Arabien, angesprochen werden. Bisher hat es nach israelischen Kenntnis noch keine größeren Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik an arabische Staaten gegeben. Mit dieser Politik sei Israel bisher zufrieden gewesen. In Bonn ist diese Bemerkung Rabins als indirekte Kritik an den deutschen Plänen nach Export einer Munitionsfabrik nach Saudi-Arabien verstanden worden. Bundeswirtschaftsminister Bangemann war über Ostern in Riad. Es ist allerdings bisher nicht bekannt geworden, ob zwischen ihm, dem für die Genehmigung von Rüstungsexporten zuständigen Ressortchef, und der saudischen Seite neue Absprachen zur Erweiterung möglicher deutscher Lieferungen getroffen worden sind.

U-Boot-Auftrag

In Israel konkretisieren sich unterdessen die Wünsche nach bestimmten deutschen Waffenexporten. Rabin sagte, sein Land werde voraussichtlich „beträchtliche Teile“ von Kriegsschiffen in der Bundesrepublik bauen lassen. Das Projekt hat seinen Angaben zufolge einen Wert von 100 bis 150 Millionen Dollar und soll im Rahmen der von den USA gewährten Militärlieferungen für Israel abgewickelt werden. In Bonn wurde lediglich bestätigt, Israel sei an der Lieferung von U-Boot-Rumpfplanen interessiert. Wie Rabin weiter erläuterte, ändern sich israelische Experten seit längerem in der Bundesrepublik mit der Vorbereitung des Auftrages beschäftigt. Da aber die Genehmigung aus Washington noch ausstehe, sei das Projekt noch nicht angelaufen, sagte Rabin.

Minister Wörner wird in Israel unter anderem die Produktion des Panzers „Merkava“ besichtigen und Einrichtungen der Streitkräfte besuchen. Dazu gehört auch ein militärisches Ausbildungslager für Frauen und ein Hubschrauberflughafen für die Verteidigung des Landes strategisch wichtigen Punkten im Norden. Wörner verläßt Israel wieder am Donnerstag der nächsten Woche und wird auf dem Rückweg in Rom Station machen, wo er beim „NATO-Defense College“ einen Vortrag halten will.

Argentinien will seine Offiziere nach Bundeswehr-Modell ausbilden

Neue Struktur der Streitkräfte / WELT-Gespräch mit dem Verteidigungsminister aus Buenos Aires

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Offiziersausbildung der Bundeswehr soll bei der im demokratischen Argentinien beabsichtigten Neustrukturierung der Streitkräfte zum Vorbild werden. Der neue argentinische Verteidigungsminister German Osvaldo Lopez – seit Februar dieses Jahres im Amt – erklärte in einem Gespräch mit der WELT, Hauptzweck seines fünftägigen Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland sei ein Meinungsaustausch über die „Wiedereingliederung“ der Armee in die demokratische Gesellschaft. Lopez hatte gestern eine Unterredung mit Verteidigungsminister Manfred Wörner, in der von deutscher Seite die Bereitschaft signalisiert wurde, die Ausbildungshilfe für argentinische Offiziere in Zukunft zu verstärken.

Keine Führungsrolle

Konkret soll über diese Zusammenarbeit beim Besuch von Verteidigungsminister Wörner in Argentinien Ende Mai in Buenos Aires gesprochen werden. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, wurde gestern zu Beginn eines dreitägigen Besuchs in Buenos Aires von Präsident Alfonsín zu einem Meinungsaustausch empfangen.

USA warnen Ostblock-Staaten

tr. New York

Die USA haben die Ostblockländer vor personeller Aufstockung ihrer UNO-Vertretungen gewarnt. Es geht um mögliche Versuche, durch mehr Vertretungen den von den USA verlangten Abbau des sowjetischen diplomatischen Corps wettmachen zu wollen. Unter der Vermutung der Spionageaktivität einiger Diplomaten hatten die USA im vergangenen Monat verlangt, daß das UNO-Personal der Vertretungen der UdSSR, der Ukraine und Weißrusslands innerhalb von zwei Jahren von derzeit 275 auf 170 abgebaut wird. Aus sowjetischer Sicht stellt die Forderung der USA einen Verstoß gegen ihre vertraglichen Pflichten als Gastgeber der Weltorganisation dar.

Bischof Kruse für Trauung in Uniform

mj. Berlin/Hannover

Die Entscheidung, ob ein Soldat der Bundeswehr in Uniform vor dem Altar treten kann, soll nach Ansicht des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Martin Kruse, allein dem Brautpaar überlassen bleiben. „Das Pro und Kontra um den Wehrdienst im Zeitalter der atomaren Bedrohung“ sei „nicht beim Kirchgang evangelischer Soldaten“ auszutragen, schreibt Kruse im „Berliner Sonntagblatt“ zu den jüngsten Weigerungen evangelischer Pfarrer, Soldaten in Uniform zu trauen (WELT v. 7. 3.). Wenn dies „jemand unbedingt will“, solle er die Möglichkeit haben. „Ohne Gezeiherheit“ sei zu erörtern, „ob das heute noch zeitgemäß ist“.

Absage an eine „Weltrevolution“

AP, Berlin

Für eine Zusammenarbeit von Ost und West anstelle einer sozialistischen Weltrevolution hat sich der SED-Ideologe Otto Reinhold ausgesprochen. Der Direktor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED schrieb jetzt in der Monatszeitschrift „Horizont“. Das beiderseitige Ziel müsse sein, eine solche gegenseitige Abhängigkeit zu schaffen, die es immer schwerer möglich macht, zu einer Politik der Konfrontation überzugehen. „Unter der atomaren Bedrohung geht es, die Kunst zu erlernen, miteinander zu leben, miteinander auszukommen.“ Von westlichen Diplomaten wurde der Artikel als „aufsehenerregend“ bezeichnet.

Peres nennt die Vorwürfe gegen Waldheim ernst

DW, Washington/New York

Als „sehr ernst“ hat der israelische Premierminister Shimon Peres die neuen vom Jüdischen Weltkongress (JWC) gegen den früheren UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim erhobenen Vorwürfe bezeichnet. Waldheim, der sich um das Amt des österreichischen Staatspräsidenten bewirbt, müsse nun auf die gestellten Fragen antworten, und dann werde sich zeigen, was an den Anschuldigungen dran sei, sagte Peres während seines Privatbesuchs in Washington.

Der österreichische Bundespräsident Rudolf Kirchschläger wird die vom Jüdischen Weltkongress erneut gegen Waldheim vorgebrachten Anschuldigungen wegen angeblicher Kriegsverbrechen prüfen. Die Kanzlei Kirchschlägers bestätigte dies.

Der Jüdische Weltkongress hatte Waldheim vorgeworfen, an Geheimdienstoperationen der Wehrmacht gegen die griechischen Widerstandskämpfer und späteren Ministerpräsidenten George Papandreu, den Vater des derzeitigen Regierungschefs Andreas Papandreu, beteiligt gewesen zu sein. Nach Ansicht des JWC bestätigten die vorgelegten Dokumente, daß der frühere UNO-Generalsekretär kein einfacher Dolmetscher gewesen sei, sondern ein Geheimdienstoffizier von so hohem Rang, daß er persönlich dem zuständigen Generalstabchef morgens und abends Geheimberichte überbrachte.

Weiter teilte die Organisation mit, Waldheim sei als Mitglied des Operationsstabes der Kozara-Offensive, bei der im Juli 1942 von deutschen Einheiten in Bosnien 5000 Jugoslawen getötet worden waren, mit einem Orden ausgezeichnet worden. Ein Sprecher von Waldheims Wahlkampfbüro sagte gestern in Wien, die neuen Vorwürfe enthielten genauso wenig Wahrheit wie frühere.

Ein Mitglied des US-Repräsentantenhauses, der Abgeordnete Ted Weiss, hat aufgrund dieser Anschuldigungen die Einbringung eines Initiativgesetzes angekündigt, wonach der US-Justizminister entscheiden soll, ob Waldheim künftig Besuche in den USA verweigert werden. Falls sich die vom Jüdischen Weltkongress bebrachten Dokumente als echt erweisen sollten, „dann war Waldheim an Kriegsverbrechen der Nazis beteiligt, und man sollte ihm die Einreise verweigern“, sagte Weiss.

Das aktuelle Fachbuch

Planspiel für den Ernstfall

Flucht- und Rettungspläne werden in vielen Unternehmen eher halbherzig erstellt; die Wahrscheinlichkeit eines Ernstfalles wird heruntergespielt. Aus ästhetischen Gründen werden die nötigen Hinweise leider versteckt angebracht, als an zentralen Punkten zur Information der Beschäftigten und der Bewohner ausgehängt.

Auch die Gebäuderäumung zu Übungszwecken wird noch immer als Luxus, ja, oftmals als störend und völlig überflüssig empfunden. Doch allein aus Gründen rechtzeitiger und vernünftiger Vorsorge ist es geboten, geeignete Maßnahmen zur Minderung des Risikos im Katastrophenfall zu treffen.

Die Verfasser, zwei erfahrene Fachleute aus dem Gebiet des betrieblichen Katastrophenschutzes, bieten erstmals eine komplette Zusammenfassung der bisher bekannten Probleme bei einer Gebäuderäumung an. Unterteilt wird in Bürobauten, Hotels, Krankenhäuser, Schulen, Kaufhäuser und Super-Hochhäuser, die höher als 120 Meter sind.

Der Vorteil des Handbuchs: Für jeden Betriebs- oder Verwaltungsleiter finden sich leicht verwertbare Informationen. Denn neben Sicherheitsvorkehrungen und baulichen Vorkehrungen sind insbesondere organisatorische Maßnahmen zu treffen. Panikreaktionen in Gefahrensituationen kann dadurch wirksam begegnet werden. Die Autoren gehen auch auf „Sonderfälle“ ein, wie sie bei Räumungen aufgrund von Bombendrohungen auftreten.

Das mitgelieferte Muster eines Flucht- und Rettungsplanes kann den Verantwortlichen Anregungen zur Erstellung eines eigenen, gebäudespezifischen Planes geben. Aber auch bei Feuerwehr- und Polizei-Einsätzen können die Einsatzleiter, die bei ihren Aktionen Gebäudeevakuierungen anzuordnen, bzw. zu beaufsichtigen haben, von dem Ratgeber profitieren.

„Handbuch für die betriebliche Praxis – Gebäuderäumung in mehrgeschossigen Gebäuden und Hochhäusern – Flucht- und Rettungsplan“ von Willy Haas und Bernd Bull, Richard Boorberg Verlag GmbH & Co., Stuttgart 1985, 137 S., 60 Mark.

Nur Experimente können Klarheit bringen

Interdisziplinäres Statuskolloquium korrigiert jetzt zahlreiche Arbeitshypothesen zur Erforschung der Waldschäden

Von D. GURATZSCH

Mit aufsehenerregenden Erkenntnissen über den Forschungsstand zum Waldsterben wartete jetzt das Kernforschungszentrum Karlsruhe auf. In einem Statuskolloquium wurden Zwischenergebnisse des Projektes „Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinhaltung“ (PEF) vorgestellt, das von der baden-württembergischen Regierung mit 50 Millionen Mark und von der EG mit 2,1 Millionen Mark ausgestattet worden ist. Das vor drei Jahren gestartete Projekt läuft bis 1992 und umfaßt bisher 32 Einzelprojekte, die in internationaler, interdisziplinärer Zusammenarbeit angegangen werden.

Die auffälligsten Erkenntnisse wurden bei Begasungsexperimenten in sogenannten Open-Top-Chambers (OTC) gewonnen. In diesen Begasungskammern werden geklonte Bäume ausgewählten Umwelteinflüssen ausgesetzt. Ziel dabei ist es, die immer noch weitgehend unbekannten Ursachen der Waldschäden experimentell zu ermitteln. Erst wenn ein im Freiland beobachtetes Schadbild auch im Experiment hervorgeufen werden kann und wenn es umgekehrt bei Ausschaltung jener Einflüsse, die es hervorruft, in der Gaskammer ausbleibt, ist für die Wissenschaftler die Ursachenklärung abgeschlossen.

Versuchsreihen als Beweis umstrittener Vermutungen

Die ersten Begasungsexperimente im Rahmen des PEF belegen nun eindeutig, was bisher für viele Forscher lediglich eine Hypothese war: Luftschadstoffe aus den Abgasen von Verkehr und Industrie sind „vorrangig“ an der Schädigung der Pflanzen beteiligt. Sie lösen in den Experi-

menten alle jene Symptome aus, die auch für das Waldsterben verantwortlich gemacht werden: vorzeitige Nadel- und Blattfall, Vergilbung an Blattorganen, Beschleunigung von Alterungsprozessen, erhöhte Frostempfindlichkeit, erhöhte Anfälligkeit gegen Bakterien und Nadelpilze, verminderte Pollenkeimfähigkeit.

Alle diese Symptome stehen nach den Experimenten in engem Zusammenhang mit Veränderungen in den Lebensprozessen und in der Struktur der Pflanzen, die durch Immissionswirkungen hervorgerufen werden, wie: Absterben von Zellen und Geweben, Störungen des Schließmechanismus in den Spaltöffnungen der Blattoberfläche, Störungen im Wasser- und Nährstofftransport, Störungen im Assimilattransport, im Elektronen- und Ionenstrom, Hemmung wichtiger Enzyme, Aktivierung von Stresshormonen, Abnahme des Chlorophyllgehaltes, verringerte Kohlendioxidassimilation, verringerte Photosyntheseleistung.

Zum unterschiedlichen Anteil einzelner Luftschadstoffe an der Schädigung der Versuchspflanzen wurden auf dem Karlsruher Symposium zwar keine neuen Forschungsergebnisse vorgetragen, doch wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß auch im Experiment Schwefeldioxid und Ozon „synergistisch“ auf die Pflanze einwirken. Das bedeutet: Zwischen den hauptsächlich aus Industrieabgasen gebildeten sauren Schadstoffen und dem Ozon kommt es offensichtlich zu einer Kombinationswirkung, die die Aggressivität dieser Pflanzengifte erheblich verstärkt.

Hinzu tritt eine neue Erkenntnis, durch die den Autoabgasen eine noch wichtigere Rolle bei der Entstehung von Waldschäden als bisher zugewiesen wird. So hatte man angenommen, daß sich Photooxidantien und ihre Leitsubstanz Ozon in bedeutenden Mengen nur bei hoher Sonnenein-

strahlung bilden könnten. Nun aber ist mit pflanzlichen Bioindikatoren, vor allem Tabak, Buschbohne und Rotklee, nachgewiesen worden, daß es auch in relativ sonnenarmen Jahren wie 1984 oder 1985 „zu teilweise erheblicher Ozonbildung mit nachfolgenden Pflanzenschäden“ kommt.

Dagegen wurde die Virenhypothese weiter entkräftet. Die in weiten Teilen der Bundesrepublik in Blattoberflächen, Böden und Gewässern nachgewiesenen Viren konnten im Leitgewebe von Bäumen bisher nicht gefunden werden.

Keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse

Ob sie überhaupt fähig sind, Baumkrankheiten hervorzurufen, ist nach Meinung der PEF-Forscher bis heute nicht bewiesen. Nadelpilze wurden in Karlsruhe als „primäre Schadfaktoren“ ausgeschlossen.

Auch zu anderen Forschungshypothesen äußerten sich die Wissenschaftler des PEF eher skeptisch. Für Radioaktivität, kosmische Strahlung, Triethylblei oder Störungen der Magnetosphäre als hauptsächliche Ursachen der Waldschäden gebe es „keine wissenschaftlich gesicherten Erkenntnisse“.

Wie sehr die konzentrierte interdisziplinäre Waldschadenforschung die botanische Wissenschaft fördert und fordert, das wurde in Karlsruhe deutlich, als die mehr als 500 versammelten Wissenschaftler aus dem In- und Ausland auf Forschungslücken verwiesen, die im Zeitalter von Raumfahrt, Elektronik und Biotechnologie anachronistisch und grotesk wirken. Selbst für gesunde Bäume fehlten Tages- und Jahresgänge von Stoffwechselabläufen sowie Nährstoffbilanzen. Aber auch klimatische und waldbauliche Einflüsse auf den Zustand der Wälder sollten nach Meinung der

PEF-Projektleitung noch genauer erforscht werden. So hätten bisher weder mittel- und langfristige Änderungen der Grobwetterlage noch Verschiebungen im Baumartenspektrum in der wissenschaftlichen Diskussion größere Beachtung gefunden.

Ein Fragezeichen hat das Karlsruher Symposium hinter Therapieversuche gesetzt, wie sie besonders aus dem politischen Raum immer wieder an die Wissenschaftler herangetragen werden: Können die Waldschäden nicht durch gezielte Düngemaßnahmen bekämpft und sogar behoben werden? Tatsächlich – so wurde in Karlsruhe dokumentiert – haben südwestdeutsche Versuche gezeigt, daß wenigstens vorübergehend eine Revitalisierung der Bestände erreicht werden kann – aber nur unter erheblichen ökologischen Risiken.

Auch der Züchtung resistenter Bestände stehen die Forscher des PEF eher skeptisch gegenüber. Sowohl Resistenzzüchtung als auch Erhaltung des Genpools aller Waldbaumarten sind nicht möglich, heißt es in einem Schlusssumme. An dieser Stelle tauchte in den Diskussionen des Symposiums auch ein verhängnisvoller Begriff auf: der von „erhaltungswürdigen Pflanzenherkünften“, die eine besonders hohe Toleranz gegenüber Immissionen zeigen und die deshalb in „Genbanken“ aufgenommen werden sollten. Auf diese Weise solle versucht werden, „im Schwarzwald inzwischen schon seltener gewordene optimal standortangepasste, naturverjüngte Herkünfte der Hauptbaumart Fichte auszuwählen und zu erhalten“.

Was aber, wenn die Fichte für das Überleben in künftiger Zeit, unter heute noch gar nicht abzusehenden Umwelteinflüssen, gerade Eigenschaften braucht, die heute als nicht „erhaltungswürdig“ erscheinen? Der Gedanke einer Arche Noah für den Wald, für die der Mensch den Zutritt regelt, hat etwas Erschreckendes.

Personal-Computer auf Erfolgskurs

Von IBM und dem Heer der Kompatiblen wurde 1985 eindeutig die Szene am Markt der Personal-Computer beherrscht. Mit einer Absatzzunahme von über 26 Prozent auf etwa 185 000 Einheiten wurde im Markt für professionelle PCs (Kaufpreis über 5000 Mark) ein Wachstum gegenüber 1984 erreicht, das deutlich über dem anderer Teilmärkte der Informationstechnik liegt. Für das laufende Jahr wird eine Absatzzunahme von mehr als 30 Prozent erwartet. Als „geradezu erschreckend“ bezeichnen Marktforscher der Diebold GmbH den Mut, mit dem Apple, Atari und jetzt auch Commodore (Amiga) mit ihren 68 000-Systemen eigene Wege gehen. Auch wenn Apple mit dem Macintosh und Atari mit seinem 520 bzw. 1040 ST mehr als ein Achtungserfolg gelungen ist, wird der Durchbruch dieser benutzerfreundlichen Systeme mehr als bisher von der Verfügbarkeit kommerzieller Softwarepakete abhängen.

D.T.

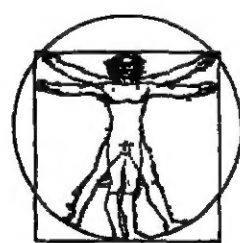
AUS LABORS UND INSTITUTEN

Sowjet-Shuttle?

New York (W. W.) – Ein Sowjet-Shuttle, einem amerikanischen Raumflugzeug des Typs „Columbia“ sehr ähnlich, steht vor seinem ersten Probeflug. Der entsprechende Erst-Start wird nach Ansicht amerikanischer Geheimdienstkreise noch für dieses Jahr, spätestens aber Anfang 1987 erwartet, was bedeuten könnte, daß das sowjetische Raumflugzeug noch vor Wiederaufnahme der entsprechenden US-Flüge im Einsatz ist. Amerikanische Aufklärungssatelliten haben sowohl das sowjetische Raumflugzeug, das über kein eigenes Haupttriebwerk verfügt, als auch die Rakete des Typs SL-X-16 fotografiert, die bereits fluggetestet worden ist.

Strände verschmutzt

Vannes (AFP) – Ölteppiche haben auf der bretonischen Halbinsel Quiberon mehrere Strände ver-



schmutzt, wie gestern in der nord-westfranzösischen Stadt Vannes bekannt wurde. Die lokalen Behörden nehmen an, daß die Verschmutzung auf illegale Tankreinigungen von Schiffen in der Nähe der Küste zurückzuführen ist.

Auf großer Fahrt

Hamburg (dpa) – Das deutsche Fischereiforschungsschiff „Walther Herwig“ läuft heute zu einer zweimonatigen Reise in die Gewässer westlich von Spanien und westlich von Madeira aus. Wie der wissenschaftliche Leiter der Forschungsreise, Prof. Werner Feldt von der Bundesforschungsanstalt für Fischerei, mitteilt, nimmt die „Walther Herwig“ an einem internationalen Forschungsprogramm teil, in dem das Strahlenrisiko der Bevölkerung durch die in der Tiefe versenkten radioaktiven Abfälle untersucht wird.

Raupenplage in Rio

Rio de Janeiro (AFP) – In der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro herrscht seit einer Woche eine wahre Raupenplage. Übersät von den grünen Kriechern sind vor-

Schadstoff-Datenbank

Frankfurt (drr) – Der Umlandverband Frankfurt, zu dem neben den beiden Städten Frankfurt und Offenbach 41 weitere Städte und Gemeinden zählen, kontrolliert regelmäßig die Abwässer von 1800 Betrieben, die in die öffentliche Kanalisation einleiten. Mit den Analysen von zusätzlich 40 Kläranlagen ergibt sich eine jährliche Summe von über 100 000 Meßergebnissen. Zur Verwaltung hat der Verband die Computer-Datenbank „Schadstoffkatalog“ eingerichtet, die alle Ergebnisse aufnimmt und verarbeitet. Das Projekt ist so angelegt, daß eine hohe Flexibilität und damit eine Übertragbarkeit auf andere Regionen der Bundesrepublik gewährleistet ist.

Umwelt-Urteil

Strasbourg (DW) – Ein britisches Untermehmen wurde zur Zahlung von 1000 £ Geldstrafe und 300 £ Unkosten verurteilt, weil es den Lebensraum von Zauneidechsen (Lacerta agilis) zerstört hatte. Diese Art ist durch den „Wildlife and Countryside Act 1981“ streng geschützt.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

Bei der Bekämpfung der Infektionskrankheit Onchocerca, auch Flußblindheit genannt, zeigen sich erste Erfolge – von Annette Tuffs.

Die Sintersteintechnik eröffnet neue Anwendungsgebiete – von Rudolf Weber.

„Klangvolle Täuschungsmaschinen“ – Matthias Glaubrecht über den Imitationsgesang bei Singvögeln.

Das Unternehmen hatte den Standort zerstört, obwohl es über die Anwesenheit der Eidchsenart informiert war. Dieses – so das europäische Zentrum für die Erhaltung der Natur – ist die erste gerichtliche Verfolgung der Lebensraumzerstörung eines seltenen Reptils, die von Erfolg gekrönt war.

Blockbildung

Nach wie vor dunkelrot sind die Spuren, die sich durch die Bilanzen der Unterhaltungselektronik-Branche ziehen. Auf rund eine halbe Milliarde Mark summieren sich die von den europäischen Produzenten von Audio- und Videogeräten im vergangenen Jahr eingeleiteten Verluste.

Diese schwierige Konstellation hat inzwischen die Produzenten auf dem europäischen Kontinent zum Zusammenrücken veranlaßt. Zwei große Blöcke kristallisieren sich dabei heraus:

Auf der einen Seite steht ein über Kapitalverflechtung oder Kooperationsverträge miteinander verbundener Block Bosch/Siemens/Philips/Grundig. Der große Widerpart

ist der französische Thomson-Konzern, der sich im Laufe der vergangenen Jahre so namhafte deutsche Firmen der Branche wie Dual, Nordmende, Saba und Telefunken einverleibt hat. Diese Gruppe macht jetzt dadurch von sich reden, daß sie in den deutschen Werken insgesamt über 1200 Arbeitsplätze einsparen will. Betroffen sind die beiden Montagewerke in Bremen und Hannover und das Chassiswerk in Villingen. Allerdings denken die Franzosen ganz offensichtlich nicht an Produktionsbeschränkungen, denn den Ruf des Betriebsklienten fürchten sie.

Die Personal-Maßnahme mag zwar zunächst eine kostenmäßige Entlastung bringen. Sie nährt aber die Zweifel, daß eine Strategie der propagierten weitgehenden operativen Freiheit der einzelnen Firmen auf längere Sicht durchzuhalten ist.

Atlantisches Gewitter

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Schon wieder macht das Wort vom transatlantischen Handelskrieg die Runde, obwohl die Allianz gerade nach heftigen Auseinandersetzungen über Teigwaren, Zitronen, Walnüsse, Stahl und beiderseitige Exportsubventionen Frieden geschlossen hat. Diesmal landete US-Präsident Ronald Reagan von seiner kalifornischen Himmelsinsel aus den viel leichteren Schlimmsten Schlag, weil er sich in der Essenz gegen die Erweiterung der EG um Spanien und Portugal richtet. Aber daran hat im Weißen Haus wohl niemand gedacht.

Dafür spricht das stets wache Interesse der USA an einem größeren Westeuropäer. Nicht verstanden wird jedoch, daß zum funktionierenden Zusammenschluß auch die Übernahme der Brüsseler Prinzipien gehört. Vielmehr sieht Washington in den Madrid-Gerechtigkeiten und den Lisaboner Sojaquoten, wie Larry Speakes sagte, „eine Gelegenheit der EG, neue Handelsstrukturen zu errichten“. Es dürften aber nicht die Amerikaner sein, die für die Veränderungen bezahlen.

Am Potomac nicht gesehen werden die politischen Vorteile der Erweiterung wie auch die für die amerikanische Industrie positiven Terms of Trade, da Spaniens und Portugals Zölle auf weiterverarbeitete Importwaren zurückgenommen werden. Was allein zu zählen scheint, ist die Fortsetzung der vor sechs Monaten begonnenen Kampagne gegen unfähige ausländische Verkaufspraktiken. Anders ausgedrückt: Reagan will die Protektionisten im Kongreß zum Schweigen bringen und im desolaten Farmgürtel Stimmen für die Zwischenwahlen im November sammeln.

Es ist also ein mehr mechanisches Vorgehen, nachdem sich die Fair-Trade-Strategie bereits als ein nützliches Werkzeug erwiesen hat. Dabei wirkt auch mit, daß die US-Agrarwirtschaft im vergangenen Jahr um 9,1 auf 28,2 Milliarden Dollar gesunken ist. Es war das niedrigste Niveau seit 1977. Was ebenfalls schmerzt, ist das auf 6,2 Milliarden Dollar gestiegene amerikanische Defizit im Gesamtmarkt mit Westeuropa.

Hier taucht jedoch die Frage auf, ob die Amerikaner fair spielen. Denn der Rückgang ihrer Agrarexporte war 1985 hauptsächlich auf die um 40 Prozent geschrumpften Weizenlieferun-

gen zurückzuführen, wobei vor allem die Sowjets nach höheren Ernten die Bezüge kürzten. Außerdem verändert sich weltweit die Angebotsstruktur. So beliefern heute Indien und China, die gestern noch in großem Umfang Getreide importierten, ehemalige US-Kunden. Außerdem ist die EG für Washingtons verfehlte Wechselkurspolitik gewiß nicht verantwortlich zu machen. Hinzu kommt, daß die USA im reinen Agrarhandel gegenüber der EG immer noch einen Überschuss von fast zwei Milliarden Dollar erwirtschaften.

Im Streit um möglichst hohe Marktanteile wird in den USA die Gemeinschaft gern zum Buhmann gemacht. Das raubere Verhandlungsklima kündigte sich schon im Juli an, als der Ernährungsausschuß des Bundestages mit der Administration Gespräche führte. Zu Tage traten damals aber auch die enormen Vermögensverluste, die Brüssel den US-Farmern gewährte, während es den Europäern in Amerika sehr schwer gemacht wird, ihre Produkte abzusetzen.

Außerdem lassen sich viele Details, die zum Beispiel, daß die US-Lieferungen in die Gemeinschaft kaum Grenzüberschreitungen unterliegen. Überdies konkurriert die EG direkt nur mit einem Viertel des globalen amerikanischen Angebots. Während sich der US-Anteil an der Weizenexport von 49 auf 38 Prozent verringerte, erhöhte sich der Westeuropäische nur von 14 auf 15 Prozent. Mit Hilfe hoher Subventionen gelang es den USA ferner, ihren Anteil für Molkeerzeugnisse am Weltmarkt von 15 auf mehr als 25 Prozent anzuheben.

Anderserseits sind die Amerikaner bei Fleisch, zuckerhaltigen Waren und Molkeerzeugnissen die größten Protektionisten. Verarbeitete Agrargüter, wie sie von der Bundesrepublik geliefert werden, stoßen auf schärfere veterinärpolizeiliche Vorschriften, Quoten und andere Hemmnisse als Rohware. Mit Recht klagt niemand so laut wie die Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) über diese Praktiken. Aber wie es aussieht, gelten die Regeln des „Give and Take“ nicht mehr. Eines ist jedoch sicher: Die USA drohen zwar, aber eine Neuaufgabe des Hähnchen- oder Kisekrieges wollen sie auch nicht.

FRANKREICH / Privatisierungspläne legt die neue Regierung vermutlich im Mai vor

Chiracs Wirtschaftsminister Balladur will die Wahlversprechen einhalten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die neuen französischen Regierungsparteien wollen sich an ihre Wahlversprechen halten. Doch den ursprünglichen Zeitplan werden sie in einigen Bereichen nicht einhalten. Dies ging aus der ersten Pressekonferenz des Staatsministers der Wirtschaft, Finanzen und Privatisierung, Eduard Balladur, hervor. Einzelheiten nannte der Minister nicht.

Allgemein wird jedoch erwartet, daß beispielsweise weder die Preise noch der Devisenverkehr sofort freigegeben werden. Bei den Sozialversicherungen hat die Regierung schon zurückgesteckt. Für die Aufhebung des beherrschenden Genehmigungszwangs für Entlassungen, die unmittelbar nach dem Wahlsieg erfolgen sollte, ist jetzt ein „progressives“ Verfahren vorgesehen, nachdem sich Staatspräsident Mitterrand einer schnellen Regelung durch Verordnungen widersetzt hatte.

Das schließt allerdings nicht aus, daß die bestehenden Gesetze über den Entlassungsschutz sowie über die Preis- und Devisenkontrolle durch einfache Regierungsverordnungen (ohne Zustimmung des Parlaments) weiter gelockert werden. So hatte auch die letzte Regierung überlässt. Ein überstürztes Vorgehen könnte mehr Schaden (soziale Unruhen, Inflation, Kapitalflucht) als Nutzen (Vertrauen in die Regierung) bringen, heißt es in der Umgebung Balladurs.

Sein Schweigen begründete Balladur selbst damit, daß er Premierminister Chirac nicht vorgehen wolle, der am nächsten Mittwoch vor der Nationalversammlung nähere Einzelheiten

über die neue französische Wirtschaftspolitik bekanntgeben würde. Außerdem wolle er den Bericht des von ihm mit der Untersuchung des Zustands der französischen Staatsfinanzen beauftragten früheren Notenbankgouverneurs Renaud de La Genière abwarten. Auf der Grundlage dieses Berichts soll der Gesetzentwurf zum Nachtragshaushalt für 1986 erstellt werden.

Fest steht, daß die wichtigsten von der Regierung versprochenen Steuerreformen erst im Haushaltsgesetz für 1987 verankert werden sollen. Dazu gehört die Besteuerung der von den Sozialisten eingeführten Vermögenssteuer, die Verminderung der Einkommensteuer-Höchstgrenze von 65 auf 60 Prozent sowie verschiedene Steuererleichterungen für die Unternehmen. Vorgezogen werden könnte dagegen die steuerliche Entlastung der Aktionäre.

Finanziert werden sollen diese Erleichterungen aus dem Ertrag der Denationalisierungsaktion. Nachdem Premierminister Chirac zunächst von der Privatisierung aller staatlichen Unternehmen, die im Wettbewerb mit privaten stehen, gesprochen hatte, ist jetzt nur noch von „bestimmten“ Unternehmen die Rede. Näheres

dazu wird man wohl erst im Mai bei der Regierungsvorlage zu einem entsprechenden Ermächtigungsgesetz wissen. Als sicher gilt, daß die vor 1981 verstaatlichten französischen Großbanken (BNP, Societe Generale und Credit Lyonnais) nicht privatisiert werden. Die Präsidenten der neuverstaatlichten Banken und der beiden Finanzinstitute Paribas und Suez warnte Balladur schon kurz vor Ostern davor, auf eigene Faust die Denationalisierung zu betreiben.

Auf eiserner Disziplin besteht Balladur gegenüber den ihm direkt zugeordneten Ministern Alain Juppé (Budget), Michel Noir (Außenhandel), Camille Cabana (Privatisierung) und Georges Chavannes (Handel und Handwerk), die er auf seiner Pressekonferenz vorstellte, aber nicht zu Wort kommen ließ. „Sie arbeiten unter meiner Autorität; ihre Kabinette stehen mir zur Disposition.“ Vor fünf Jahren hatten die neuen sozialistischen Minister die Öffentlichkeit mit oft widersprüchlichen Erklärungen überschüttet.

Sich selbst und seine Aktion bezeichnete Balladur als „gemäßigt und vernünftig, aber entschlossen“. Er wies darauf hin, daß er sich hier und da geäußerten Auffassung, daß die neue französische Wirtschaftspolitik zu lange auf sich warten lasse. Allerdings hatte Balladur das Wahlprogramm der Regierung in ihren ultraliberalen Punkten wesentlich abgeschwächt.

BAUMASCHINEN-INDUSTRIE

Wegen guter Konjunktur mit Optimismus zur Bauma 86

DANKWARD SEITZ, München

Angesichts der allgemein positiven Konjunkturlage in diesem Jahr und erster Anzeichen dafür, daß auch über 1986 hinaus gute Chancen für ein Anhalten der verstärkten Investitionstätigkeit bestehen, beurteilt die deutsche Baumaschinen-Industrie ihre Aussichten recht zuversichtlich. Sicherlich werden davon vor allem wegen der Krise im Wohnungsbau nicht alle Sparten der Branche in gleichem Maße profitieren können. Aber dennoch sieht der Vorsitzende der Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im VDMA, Peter Jungen, insgesamt durchaus gute Möglichkeiten einer kontinuierlichen Erholung. Entsprechend optimistisch sieht denn auch die Branche der bevorstehenden 21. Internationalen Fachmesse für Bau- und Baustoffmaschinen in München (7.-13. 4.) entgegen.

„Bei aller gebotenen Vorsicht“ kann nach Ansicht von Jungen die Baumaschinen-Industrie für 1986 mit einem nochmaligen Produktionswachstum von real bis zu fünf Prozent rechnen. Gesichert erscheint dabei allerdings nur ein „mögliches“ Plus von etwa zehn Prozent im Inlandsgeschäft. Ob dagegen im Export das erwartete Wachstum in den Industrieländern ausreichen werde, die Rückschlüsse in den Opec-Staaten und anderen Ländern aufgrund der Öl- und Rohstoff-Preisentwicklung auszuweichen, lasse sich noch nicht übersehen. Die ersten beiden Monate

1986 hätten jedenfalls ein Auftragsplus aus dem Inland von real etwa 22 Prozent gebracht, während die Auslandsbestellungen um sieben Prozent zurückgingen.

Mit dem Jahr 1985 kann die deutsche Bau- und Baustoffmaschinen-Industrie recht zufrieden sein. Erstmals seit 1980 gelang es ihr, wieder ein reales Produktionswachstum von zehn Prozent auf fast sieben Mrd. DM zu erzielen. Der Umsatz erhöhte sich gar um 11,9 Prozent auf über 8,7 Mrd. DM, wovon auf das Inland fast 3,1 Mrd. DM (plus 6,8 Prozent) entfielen. Bei einer Kapazitätsauslastung von 83 (73) Prozent hat sich, so Jungen, im Durchschnitt die Ertragslage der Firmen teilweise erheblich verbessert. Dies dürfte auch ein Grund dafür sein, daß der jahrelange Personalabbau zum Stillstand gekommen ist. Per Ende Oktober 1985 beschäftigte die Branche 46 886 Mitarbeiter - 0,15 Prozent weniger als Ende 1984.

Bemerkenswert ist, daß die Baumaschinen-Industrie 1985 trotz einschneidender Veränderungen der Exportströme ihr Auslandsgeschäft um 14,8 Prozent auf über 5,6 Mrd. DM ausweiten konnte und die Exportquote mit 61 (77) Prozent einen neuen Rekordstand erreichte. Flossen 1982 noch 35 Prozent der Exporte in die Opec-Länder, so waren es 1985 nur noch knapp 13 Prozent. Einen Ausgleicher fand man in den USA, die mit einem Volumen von über 600 Mill. DM (plus 36 Prozent) erneut größter Absatzmarkt für die Branche waren.

AUF EIN WORT



„Die deutschen Börsen müssen sich nach außen als leistungsfähige Einheit darstellen. Auch daran wird die Ernsthaftigkeit unserer Bemühungen um die Stärkung des Finanzplatzes Bundesrepublik gemessen.“

Dr. Wolfgang Röllner, Vorstandspräsident der Dresdner Bank AG, Frankfurt.

PRODUKTION

Weiter aufwärts gerichtet

Mit Bonn

Der Produktions-Trend bleibt leicht aufwärts gerichtet. Zwar nahm die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes im Februar gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt um ein Prozent ab. Aber nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums sind die Produktionszahlen des Februars durch die ungewöhnlich strengen Frostperioden überhöht. Innerhalb sank die Bautätigkeit um 18,5 Prozent. Das Verarbeitende Gewerbe meldete nach einer Ausweitung der Produktion um 3,5 Prozent im Januar für den Februar einen leichten Rückgang um 0,5 Prozent.

Der Zwei-Monats-Vergleich Januar/Februar gegenüber November/Dezember weist für das Produzierende Gewerbe ein Plus von 0,5 Prozent aus. Eine Rate, die auch vom Verarbeitenden Gewerbe erreicht wurde. Während dabei das Produktionsniveau bei den Herstellern von Investitionsgütern unverändert blieb, konnten der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit zwei, das Verbrauchsgütergewerbe mit 2,5 und auch das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe plus ein Prozent ihre Ausbringung steigern. Den entsprechenden Vorjahresstand übertraf die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes im Januar/Februar insgesamt um vier Prozent. Auch das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete ein Plus von vier Prozent. Dabei lagen die Hersteller von Investitionsgütern mit plus sechs Prozent an der Spitze.

HWWA

Belebung im gewerblichen Bau

dpa/VWD, Hamburg

Eine verstärkte Investitionsneigung und eine Zunahme der Binnen-nachfrage werden in diesem Jahr zu einer deutlichen Belebung auch in Wirtschaftssektoren führen, die bisher hinter der Konjunkturerholung herhinkten. Selbst im gewerblichen und öffentlichen Bau ist nach Angaben des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg wieder eine Zunahme der Produktion zu erwarten. Eine kräftige Erholung steht jedoch nicht in Aussicht.

Im gesamten Baubereich sei 1986 nur mit einer Zunahme der Investitionen um ein bis zwei Prozent zu rechnen, nach einem Rückgang 1985 um sechs Prozent. Dabei sei die Investitionsbelebung im gewerblichen Bau um etwa fünf Prozent bereits berücksichtigt. Als Gründe nennt das HWWA in einer Konjunkturanalyse die ungünstigen Strukturbedingungen. Dazu gehöre der relativ hohe Sättigungsgrad im Wohnungsbau bei leicht schrumpfender Bevölkerung. In den anderen Branchen hat sich der Analyse zufolge die Investitionsneigung seit einiger Zeit kräftig verstärkt. Die Ausrichtung der Investitionen seien zum stärksten Konjunkturmotor in der Bundesrepublik geworden. Wichtige Branchen, die lange hinter der allgemeinen Konjunkturerholung zurückgeblieben sind, wie etwa der Handel und die Konsumgüterproduzenten, würden aufgrund der zunehmenden inländischen Nachfrage wieder Anschluss gewinnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG bereitet nun Gegenmaßnahmen vor

Brüssel (dpa/VWD) - Die EG-Kommission hat gestern mit der Vorbereitung von Gegenmaßnahmen für den Fall begonnen, daß die USA wie angedroht ihre Agrareinfuhren aus der EG begrenzen. Unter dem Vorsitz von Kommissionspräsident Jacques Delors beauftragte das Exekutivorgan der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel Experten mit der Ausarbeitung von Listen mit US-Produkten, deren Einfuhr als Vergeltungsmaßnahme eingeschränkt werden könnte. Nach Angaben aus Kommissionkreisen sollen die Listen bis Ende der Woche vorliegen.

Notprogramm gefordert

Berlin (dpa/VWD) - Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr von Heereman, hat ein nationales Notprogramm für die deutschen Bauern für den Fall gefordert, daß die Brüsseler Agrarpreisverhandlungen keine befriedigenden Ergebnisse bringen. Er sagte, der gefährlichen Einkommensentwicklung in den bäuerlichen Betrieben müsse ein Ende gemacht werden, sonst seien Resignation und Verbrüderung die Folge.

Dollar und Pfund steigen

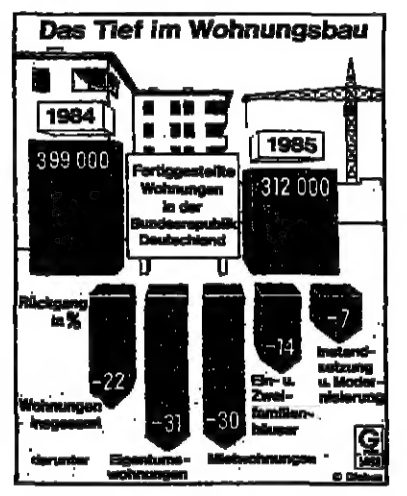
Frankfurt (rt) - Der US-Dollar hat gestern an den europäischen Devisenmärkten erneut Boden gefunden. In Frankfurt wurde der amtliche Mittelkurs bei 2,3678 DM festgesetzt und lag damit um gut drei Pfennig über dem Vortagsfixing von 2,3363 DM. Kräftig zulegte hat auch das Pfund Sterling. Die britische Währung wurde um über fünf Pfennig fester mit 3,477 (3,420) DM bewertet. Grund dafür seien Hoffnungen auf eine leichte Erholung der Ölpreise, sagten Devisenhändler.

Verfahren eingestellt

Gießen (rt) - Die Staatsanwaltschaft Gießen hat nach einjährigen Ermittlungen das Verfahren gegen die Biedinger Akkumulatorenfabrik Sonnenschein wegen des Verdachts der Luftverunreinigung und des Betriebs ungenehmigter Anlagen eingestellt. Oberstaatsanwalt Joachim Müller teilte gestern mit, die umfangreichen Ermittlungen hätten keinen Hinweis auf strafbare Handlungen ergeben. Ausgelöst worden war das Verfahren durch eine Anzeige der hessischen Grünen gegen das Unternehmen, das sich im Besitz der Familie von Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling befindet.

Mikroelektronik fördern

Bonn (A.G.) - Technische Neuerungen verbessern die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähig-



Der Wohnungsbau in der Bundesrepublik Deutschland ist auf den tiefsten Stand seit 1949 zurückgefallen. Nur noch rund 312 000 Wohnungen wurden 1985 fertiggestellt; das entspricht einem Minus von 22 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Noch schlechter war mit einem Rückgang von 31 Prozent das Ergebnis bei den Eigentumswohnungen; offenbar deshalb, weil die steuervergünstigten Baureihen-Möbelle stark an Attraktivität eingebüßt haben.

Die Bundesregierung hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände veranlaßt, einen Ratgeber „Mikroelektronik und Arbeit - Chance und Herausforderung“ herauszugeben, der den Unternehmen Anregungen für eine wirtschaftliche und sozialverträgliche Gestaltung technischer Innovationsprozesse geben soll.

Texaco und BP ziehen nach

Hamburg (rt) - Die Deutsche Texaco AG und die Deutsche BP AG wollen ihre Preise für Normal- und Superbenzin ebenfalls regional um bis zu vier Pfennig anheben. Die beiden Mineralölunternehmen teilten am Mittwoch mit, sie folgten damit dem Schritt der Aral AG, der sich am Dienstag bereits die Esso AG und die Deutsche Shell AG angeschlossen hatten.

Kernenergieanteil steigt

Bonn (A.G.) - Der Anteil der Kernenergie an der öffentlichen Stromerzeugung hat sich seit 1975 mehr als verdreifacht. Waren es in jenem Jahr erst rund neun Prozent, so wurden zehn Jahre später 36 Prozent des Stroms aus Uran erzeugt. Wie der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) mitteilte, gab es Ende vergangenen Jahres 13 Kernkraftwerke mit einer Bruttoleistung von zusammen knapp 17 000 Megawatt. Außerdem lieferten zwei Versuchsanlagen und der Thorium-Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop Strom.

WELLPAPPE

Verknappung des Rohstoffes führt zu Preiserhöhungen

Wb. Frankfurt - Die deutschen Wellpappenhersteller sind dabei, ihre über lange Jahre hinweg sehr dürtige Ertragslage wieder aufzubessern. 1985 gelang es ihnen, im Branchenumsatz zu schneiden. Robert Sieger, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Wellpappenindustrie, schätzt die Umsatzzunahme vor Steuern auf etwa ein Prozent.

Bislang hat sich 1986 für die 38 Verbandsunternehmen (mit 85 Werken) gut angelassen. Die ersten beiden Monate brachten eine Produktionssteigerung um vier Prozent, fürs Gesamtjahr stehen etwa drei Prozent auf dem Plan.

Im vergangenen Jahr hat die Branche ihren Umsatz um gut neun Prozent auf 3,9 (3,5) Milliarden Mark ausgedehnt. Die Steigerung stammte

zum größten Teil aus Preiserhöhungen - die produzierte Menge nahm nur um gut zwei Prozent auf 2,3 Millionen Tonnen zu. Weitere Preiserhöhungen um insgesamt etwa fünf Prozent sind für 1986 geplant. Hauptgrund wird die Wiederbelebung des US-Marktes sein, die für eine Verknappung und damit auch Verteuerung des Wellpappenvorprodukts Kraftliner sorgen wird.

Vom Rückgang der Rohstoffkosten, in erster Linie eine Folge des schwächeren Dollars, konnte die 13500-Mitarbeiter-Branche im vergangenen Jahr erst mit zeitlicher Verzögerung profitieren, nicht zuletzt wegen der hohen eigenen Bestände an teuer eingekauften Rohpapieren. 70 Prozent oder 1,8 Millionen Tonnen dieser Papiere werden auf der Basis von Altpapier hergestellt.

SCHALLPLATTEN / Industrie hat wieder zum Optimismus zurückgefunden

Compact Disc brachte Wachstum

J. BRECH, Hamburg

Nach drei Jahren sinkender Absatz- und Umsatzzahlen hat die deutsche Schallplatten-Industrie für 1985 wieder Grund, ein Stimmungsbild aufzuheben. Wie der Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft in seinem Jahresbericht schreibt, habe sich die angespannte wirtschaftliche Lage am Tonträgermarkt verbessert. Zwar sei das Umsatzniveau der guten Jahre 1980/81 noch nicht wieder erreicht, doch in Verbindung mit erheblichen Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen habe das 1985 erzielte Wachstum wieder vorsichtigen Optimismus ausgelöst.

Der Umsatz der Industrie mit Schallplatten, Musikkassetten und Compact Discs erhöhte sich im Berichtsjahr um 10,2 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Dies entspricht etwa 90 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche. Weitere 275 Mill. DM wer-

den mit Direktimporten des Handels und mit illegal hergestellten Tonträgern umgesetzt. Der Verband schätzt, daß auf Fälschungen 60 bis 70 Mill. DM entfallen.

Getragen wurde das Wachstum 1985 von den Compact Discs, die sich inzwischen zur dritten Stütze des Marktes entwickelt haben. Von ihnen wurden 6,7 Mill. Stück abgesetzt; das entspricht einem Zuwachs von 131 Prozent. Am Umsatz der Branche haben CDs einen Anteil von zehn Prozent erreicht. Der Vormarsch der CDs ist für die Branche insofern von besonderer Bedeutung, als deren Reichweite bei älteren Käuferkreisen weiter steigt. Gerade diese Musikliebhaber, die in den vergangenen Jahren durch Repertoire-Politik und Darbietungsformen aus dem Fachhandel vertrieben worden sind, muß die Branche aufgrund der demographischen Veränderungen in der Bevölkerung zurückgewinnen. Die CDs

helfen dabei, indem sie ein neues Qualitätsbewußtsein für Tonträger schaffen, heißt es in dem Bericht.

Ein Absatzplus von 3,3 Prozent auf knapp 66 Mill. Stück brachten zum erstenmal seit mehreren Jahren auch wieder Langspielplatten. Dabei dominierten die LPs im Niedrigpreisbereich. Dies gilt entsprechend für die Musikkassetten, deren Verkauf um 15,3 Prozent auf 45 Mill. Stück zunahm. Die MCs im Niedrigpreisbereich erreichten einen Zuwachs von 25 Prozent, die in der Normpreislage dagegen ein Minus von rund fünf Prozent. Das in diesem Preisbereich angebotene Repertoire ist durch Mitschnitte nicht so sehr gefährdet wie das aktuelle Hit-Programm, das aus Kosten- und Lizenzgründen fast ausschließlich in den Normalpreislagen angeboten wird. Ein unverdächtig Absetzergebnis von knapp 50 Mill. Stück erreichte die Branche mit Singles.

MARRIOTT HOTELS: EINFÜHRUNGS-ANGEBOT

Um unsere europäischen 5-Sterne-Hotels vorzustellen, bieten wir diese speziellen Preise an, gültig pro Nacht und Zimmer jeweils Freitag-, Samstag- und Sonntagabend (maximal 2 Personen pro Zimmer) bis 1. Juni 1986.

Zudem bieten wir ebenfalls Sonderpreise in unseren Hotelrestaurants an. Das Angebot gilt nicht für Gruppen und ist limitiert. Bitte reservieren sie rechtzeitig.

AMSTERDAM DM.183 (inkl.)

PARIS DM.239 (plus 15%)

LONDON DM.216 (plus 15%)

Fragen Sie bei Reservierungen nach dem speziellen Einführungsangebot der Marriott Hotels unter der Nummer 0130 - 44 22 gebühren frei

Marriott
HOTELS & RESORTS

Die Erde bewegen – jetzt mit O&K und FAUN.



Ernten Sie die Früchte unserer Kooperation.

Auf die Anforderungen des Marktes von morgen hat O&K wieder die passende Antwort. Bauunternehmen und Tagebaubetriebe profitieren jetzt von der fruchtbarsten Zusammenarbeit der beiden starken Partner O&K und FAUN.

Die führende Position von O&K wird durch das breitere Geräte- und Systemangebot weiter untermauert, z.B. durch die FAUN-Muldenkipper, die mit den O&K-Hydraulikbaggern eine leistungsstarke Gewinnungs- und Förderkette bilden.

Oder durch das Radlader-Programm von FAUN, das die O&K-Laderpalette in idealer Weise nach oben abrundet. Vom kleinen Dumper über

Grader, Bagger, Radlader, Muldenkipper, Stapler und Krane bis zu Brecheranlagen, Schaufelrad- und Schwimmbaggern bieten O&K und FAUN weltweit das breiteste Programm für Bauwirtschaft und Tagebau. Diese Basis und die Größe von fast 2 Milliarden DM Umsatz schaffen neue Chancen für eine erfolgreiche Zukunft.

Die Stärke der neuen Kooperation liegt in der Bündelung hochkarätigen Entwicklungspotentials, im weltweit flächendeckenden Vertriebs- und Servicenetz sowie in dem sich ideal ergänzenden Programm.

Von dieser Stärke profitieren unsere Kunden. National und international.

O&K und FAUN. Ein starkes Team.

Qualität ohne Kompromisse.

O&K

O&K Orenstein & Koppel
Aktiengesellschaft
Postfach 17 0218
4600 Dortmund 1

FAUN AG
Aktiengesellschaft
Postfach 8
8560 Lauf a.d. Pegnitz 1

IM BLICKPUNKT / Cornelius Herkströter, Deutsche Shell, glaubt nicht an Prognosen

„Der Markt muß das Öl-Problem lösen“

Keiner weiß, wohin die Reise geht, sicher sei lediglich, daß auch in den kommenden Monaten am Markt für Mineralöl große Unsicherheit herrschen wird. „Die Lage ist komplizierter, als wir glauben“, gesteht Cornelius A. J. Herkströter, seit Juli vorigen Jahres Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Shell AG, Hamburg. Schon für August/September 1985 hatte er den Preisverfall bei Rohöl erwartet, doch dann kam der erst im Dezember.

Und was sagt der Shell-Mann, der seit 1980 für sein Mischelhaus kreuz und quer durch Europa zieht (was eine Parallele in seiner privaten Ambition des Joggens zu haben scheint), zur Zukunft des Marktes? „Ich bin pessimistisch.“ Nachdem die Organisation der Erdölproduzierenden Länder (Opec) ihre Politik der freiwilligen Selbstbeschränkung bei der Ölförderung aufgegeben hat und den Weltmarkt überschwemmt, sieht er nun eine Möglichkeit, Dämme zu bauen: „Der Markt muß das Problem lösen.“ Dabei schließt er nicht aus, daß es politische Beruhigungsphasen geben kann, die er aber nicht schätzt, da eben politischer Einfluß, von welcher Seite und mit welchen Mitteln auch immer, „die Unsicherheit nur noch vergrößern wird“.

Großes Überangebot

Ist es denn nicht denkbar, daß die Ölförderländer, die nicht der Opec angehören (Mexiko, Nordsee-Länder, Ägypten zum Beispiel), ihre Förderung drosseln, um den Druck vom Markt auf die Preise zu nehmen und die Opec zur Rückkehr zu ihrem Quotensystem zu verleiten? „Da herrscht freier Markt“, lautet die Antwort des im August 49-jährigen Holländers, der in Venlo geboren wurde, und der dann zurückfragt: „Wie sollen die kürzen?“ Und da es auch für die Opec schwer sein dürfte, zum Quotensystem zurückzukehren, eben weil es in der Vergangenheit versagt, wird die Ölfutur wahrscheinlich anhalten.

Auch hier hat Herkströter gleich Zahlen bei der Hand. Er rechnet mit einem Überangebot über das ganze Jahr 1986 hinweg von rund 2,5 Mill. Faß (158 Liter) pro Tag, was einer Jahres-

menge von rund 100 Mill. Tonnen Rohöl (ohne Ostblock) entspricht. Im ersten Quartal wird das Überangebot 1,3 Mill. Faß pro Tag betragen, im zweiten wird es auf 3 Mill. Faß springen, was den Ölmärkten der Vereinigten Arabischen Emirate, Manas, Saudi Arabien, selbst Rohölpreise von 5 Dollar je Faß nicht ausreichen lassen, obwohl sie heute noch zwischen 12 und 16 Dollar schwanken. Im dritten Quartal 1986 wird dann eine Beru-



ZEICHNUNG: BÖHLE

higung auf 2,5 Mill. Faß Überangebot eintreten, das sich dann im letzten Quartal schlagartig auf 0,4 Mill. Faß ermäßigt. Insgesamt errechnet sich aus den einzelnen Quotienten ein Überangebot für 1986 von 1,8 Mill. Faß pro Tag bei einem Gesamtangebot von 44,5 Faß pro Tag (= 2,225 Mrd. Tonnen im ganzen Jahr), wovon 17,5 Mill. Faß pro Tag auf die Länder entfallen, die Öl fördern, aber der Opec nicht angehören.

Und für wie realistisch hält Cornelius Herkströter, der seinen Ursprung bei der Stammesforschung in Halle in Westfalen fand, dieses Rechenwerk? „Das sind alles Schätzungen. Und deswegen sind sie falsch“, kommt es beinahe unberührt zurück. Und da es keine gesicherten Daten gibt, an denen man seine Unternehmensstrategie im Ölmarkt ausrichten könnte, will Herkströter nach dem

Motto arbeiten: „Anpassen und am Markt reagieren.“ Dabei wird es für sein Haus keine „großen Reduzierungen“ geben. Schließlich weiß er für 1986: „Wer sein Geschäft versteht, der kann auch unsichere Lagen nutzen.“

Und das Geschäftsjahr 1985 „ein sehr gutes Jahr für die Deutsche Shell war“, was die Gesamtgeschäfte angeht, die Ölsparte aber „nicht unbedingt gut“, kann man den weiteren Weg bei weiterer Rationalisierung zur Erhöhung der Flexibilität im Markt unverdrossen gehen. „Wir haben die feste Absicht, im deutschen Markt tätig zu bleiben. Er ist schließlich der größte Europas“, sagt Herkströter. Dabei werde man wohl etwas mehr in der Chemie tun, „weil wir hier verhältnismäßig bescheiden dastehen.“ Aber man werde auch „in Beteiligungen am Markt“ investieren.

Wanderung durch Europa

Helft das nicht auch, daß keine großen Mittel mehr in die Exploration fließen? Das ist für Herkströter sicher, nachdem die Exxon ihre Explorations-Investitionen „drosselt“. „Andere werden folgen“, da ist Herkströter sicher, und zwar nicht nur in der Mineralölwirtschaft, sondern ebenso in allen anderen Sparten der Energiewirtschaft.

Da hat er es also, die ständig neuen Aufgaben, die ihm die Arbeit so reizvoll machen, die ihn auf Manager-Wanderschaft durch Europa gehen lassen. 1982 machte er Examen als Volkswirt und Buchprüfer, kam dann zum Metallkonzern Bilfinger International B.V., der später von Shell übernommen wurde, womit Herkströter dort landete, von wo aus er bald seine Shell-Karriere starten sollte, in der Schweiz mit Sitz in Luzern, in London, wo er als Regionalkoordinator für Südostasien tätig war, in Paris schließlich, wo er Vorstand für Finanzen und Verwaltung bei der Shell France war, und seit Juli letzten Jahres schließlich in Hamburg, wo er gern länger bleiben möchte, obwohl er weiß, daß „die Arbeit als Vorstandsvorsitzender“ ungewohnt „wichtig“ ist. „Aber man sollte nie denken, ohne mich geht es nicht.“

HANS BAUMANN

Stork: Die magere Rendite bessert sich

J. G. Düssel

Seine nach einem Hunger-Jahrzehnt für 1984 wieder aufgenommene Dividendenzahlung will Hollands führender Maschinenkonzern Verengde Machinefabrieken Stork N.V. (VMF), Amsterdam, für 1985 auf 8 (6) Gulden je 100-hl-Aktien aufstocken. An diesem weiteren Erfolg der Genesungskur partizipieren deutsche Aktionäre mit einem Zehntel des auf 140,5 (120,5) Mill. hfl erhöhten Aktienkapitals.

Gegenüber zum auf 2 (2,24) Mrd. hfl (knapp 1,8 Mrd. DM) gesunkenen Umsatz, der offenbar immer noch Straffungen der Produktlinien spiegelt, hat der Konzern seinen Auftrags- und Umsatzrückgang 1985 um weitere 5,2 (9,5) Prozent auf 2,13 Mrd. hfl mit 70 (71) Prozent Auslandsanteil verbessert. Eine Fortsetzung dieser Aufstiegslinie erwartet der Vorstand für 1986 auch beim Ertrag. Das ist auch nötig. Denn mit 54,6 (48,2) Mill. hfl Betriebsergebnis und 39,2 (30,8) Mill. hfl Nettogewinn blieb die Rendite im Vergleich zum Geschäftsvolumen noch recht mager. Erklärt wird das hauptsächlich mit dem Saldo aus sonstigen Aufwendungen und Erträgen, der diesmal vor allem durch Wechselkursdifferenzen 7,3 Mill. hfl Verlust (nach 17,4 Mill. Überschuss) brachte.

Unter den drei Hauptsparten des Konzerns arbeiteten Beschäftigungs-/Druckmaschinenbau und industrielle Dienstleistungen mit Gewinn, der Anlagenbau für Nahrungsmittelverarbeitung und Verpackung trotz „guter Erträge im Gefüßesektor“ mit Verlust. Die Belegschaft wurde auf 12 067 (11 986) Leute aufgestockt.

Selbst ein vergleichsweise einfaches Produkt wie der Bleistift, die historische Basis des 1855 gegründeten Unternehmens, blieb nicht verschont: Einem pakistanischen Wettbewerber gelang die täuschend ähnliche Kopie eines besonders erfolgreichen Stifts. Doch nicht nur aus Schwellenländern kommen die kleinen Übergriffe auf Markenrechte – die jüngste Boss-Kopie stammt aus Japan.

Ob rechtliche Maßnahmen nötig sind oder die friedliche Einigung gelingt: „So etwas stellt zusätzliche Anforderungen an die Unternehmensorganisation“, stellt Schwanhäuser bedauernd fest. Freilich ist man an derlei Kummer gewöhnt. In den Firmearchiven finden sich noch Unterlagen über Schutzrechts-Prozesse aus den dreißiger Jahren. Nur aus dem Kosmetik-Bereich, einem jüngeren, doch wachstumsstarken Produktionszweig („Wir fertigen für fast alle gro-

SCHWAN-STABILO / Kapazität wird erweitert

Markenpiraten sind eine Plage

JOACHIM WEBER, Nürnberg

„Das muß eine Marke ausstrahlen“, kommentiert Günter Schwanhäuser, geschäftsführender Gesellschafter der Schwan-Stabilo Schwanhäuser GmbH & Co., Nürnberg, die vielfältigen Bemühungen der internationalen Konkurrenz, die Produkte seines Hauses zu kopieren. Vornehmlich aus Fernost stammen die Markenpiraten, die sich der erfolgreichen Schreibgeräte so liebevoll annehmen. So wurde der 15-jährige Dauer-Renner der Nürnberger, der Markierstift „Boss“, in Indonesien mitsamt der Verpackung präzise abgeklippt.

Selbst ein vergleichsweise einfaches Produkt wie der Bleistift, die historische Basis des 1855 gegründeten Unternehmens, blieb nicht verschont: Einem pakistanischen Wettbewerber gelang die täuschend ähnliche Kopie eines besonders erfolgreichen Stifts. Doch nicht nur aus Schwellenländern kommen die kleinen Übergriffe auf Markenrechte – die jüngste Boss-Kopie stammt aus Japan.

Ob rechtliche Maßnahmen nötig sind oder die friedliche Einigung gelingt: „So etwas stellt zusätzliche Anforderungen an die Unternehmensorganisation“, stellt Schwanhäuser bedauernd fest. Freilich ist man an derlei Kummer gewöhnt. In den Firmearchiven finden sich noch Unterlagen über Schutzrechts-Prozesse aus den dreißiger Jahren. Nur aus dem Kosmetik-Bereich, einem jüngeren, doch wachstumsstarken Produktionszweig („Wir fertigen für fast alle gro-

ßen Marken“) ist noch nichts dergleichen zu berichten.

Der Expansionskraft des Unternehmens haben solche Zusätze-Lasten offenbar keinen Abbruch getan. Nach einem Wachstum der weltweiten Gruppenumsätze um acht Prozent auf 205 (190) Mill. DM im Geschäftsjahr 1984/85 (30.6.) stehen in diesem Jahr wieder „mindestens“ zehn Prozent Zuwachs auf dem Plan, die in den ersten acht Monaten auch erreicht wurden. Eine derartige Ausweitung erfordert entsprechende Investitionen: Den weltweit 12 Mill. DM von 1984/85 soll in diesem Jahr ein ähnliches Volumen folgen.

Fast zwei Drittel davon fließen allein in Werksneubauten zur Erweiterung der Markierstift-Kapazitäten am bayerischen Standort Weiden. Aber auch in den USA (Umsatzvolumen: rund 10 Mill. DM) wird ein neues Vertriebszentrum in der Nähe von Atlanta, Georgia, aufgebaut. Und schon im vergangenen Jahr wurde die Produktions- und Verwaltungsfläche bei der malaysischen Tochtergesellschaft für 3 Mill. DM rundweg verdreifacht.

Eine weitere Auslandsproduktion (für den Kosmetik-Bereich) befindet sich in Mexiko, und eine Lizenzfertigung in der Türkei wurde im vergangenen Jahr aufgenommen. Insgesamt macht das Auslandsgeschäft mehr als 80 Prozent der Schwan-Gruppenumsätze aus – 75 Prozent entfallen aber nach wie vor auf Exporte aus dem Stammhaus. Von den insgesamt 1650 Beschäftigten arbeiten 500 im Ausland.

HONIG / Importe gleichen die schlechte Ernte der deutschen Imker aus

Exotische Spezialitäten sind begehrt

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Von einer Überproduktion, ansonsten in der EG-Landwirtschaft eher die Regel als die Ausnahme, kann bei der deutschen Imkerei nicht die Rede sein. Ernteergebnisse, die in Spitzenjahren bei 18 000 bis 22 000 Tonnen lagen, wurden in jüngster Vergangenheit nicht mehr erreicht. Schon die 12 000-Tonnen-Ernte von 1984 mußte als mager bezeichnet werden, der verregnete Sommer 1985 zeigte dann das ausgesprochen katastrophale Ergebnis von nur noch 5000 Tonnen. Da jedoch der weitaus größte Teil der heimischen Imker diese Tätigkeit nur als Hobby oder als Nebenbeschäftigung betreiben, bedrohte die Mißernte kaum wirtschaftliche Existenzen.

Der deutsche Honigmarkt hatte im vergangenen Jahr auf der Basis der Endverbraucherpreise ein Volumen von 500 Mill. DM. Pro Kopf essen die Deutschen nach Angaben des Honig-Verbandes der Bundesrepublik Deutschland in Bremen 1,3 Kilogramm Honig. Der Gesamtverbrauch an Honig in der Bundesrepublik, der 1985 bei rund 80 000 Tonnen lag, von

denen 32 000 Tonnen über den Lebensmittelhandel abgesetzt wurden, konnte durch Importe abgedeckt werden.

Die 50 Mitgliedsfirmen des Honig-Verbandes importierten 1985 knapp 79 000 Tonnen, 500 Tonnen mehr als im Vorjahr. Größte Lieferanten waren Mexiko, die Sowjetunion, Argentinien und die Volksrepublik China, die vor allem den sogenannten Mischhonig lieferten, mit dem etwa zwei Drittel des deutschen Bedarfs abgedeckt wird. Dabei sind regional durchaus unterschiedliche Ansprüche zu erkennen. In Norddeutschland wird Honig in kristalliner Form bevorzugt, im Süden, vor allem in Bayern, dagegen mehr die zähflüssige Art.

Steigende Nachfrage verzeichnet der sogenannte Trachtenhonig, der überwiegend nur aus den Blüten einer bestimmten Pflanze zusammengetragen wurde. Die deutsche Honigverordnung verlangt, daß diese Sortenreinheit zumindest zu 50 Prozent hergestellt sein muß, einzelne Anbieter garantieren bis zu 70 Prozent,

was als absolute Obergrenze gilt. Bienen naschen nun einmal an den Blüten am Wegesrand, auch wenn sie von ihrem Imker auf die großflächigen Rapsfelder der Ostseeeinsel Fehmarn angesetzt sind. Auch der Kleehonig aus Kanada und sonstige Spitzenarten, die aus Mexiko oder aus Südamerika importiert wurden, sind absolut nicht „reiner“.

Wie stark die Nachfrage nach solchen Exoten ist, demonstriert derzeit Honig Langnese, Bargteheide, mit dem Abstand Marktführer unter den Honigabnehmern. Das zur Oetker-Gruppe gehörende Unternehmen offeriert jetzt Honigspezialitäten seltener Provenienzen, eine Palette, die vom argentinischen Sonnenblumen-Honig über solchen aus mexikanischen Mimosen bis zu dem australischen Eukalyptus-Blüten reicht. Auch griechischer Wald-Honig, von fleißigen Bienen in Pinien- und Kastanienhainen zusammengetragen, fehlt nicht im Sortiment. Er dürfte besondere Chancen haben, denn Trachtenhonig aus heimischen Wäldern ist gegenwärtig ausgesprochene Mangelware.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

ITALIEN

Privatisierungen gehen weiter

ds. Mailand
Die Staatsholding IRI wird Erklärungen ihres Präsidenten Romano Prodi zufolge die Teilprivatisierungen von Konzernunternehmen weiter fortsetzen. Dazu sollen die Beteiligungen an den sogenannten strategischen Tochtergesellschaften schrittweise auf höchstens 51 Prozent vermindert und die an den nichtstrategischen nach Möglichkeit abgestoßen werden. Zum Verkauf steht in diesem letzten Fall derzeit bereits das Zementunternehmen Cementir.

Die vorläufig letzte unter den sogenannten strategischen Töchtern, die in letzter Zeit teilprivatisiert wurden, ist das Flugzeugbauunternehmen Aeritalia. Rund 16 Prozent des Kapitals wurden in diesen Tagen im Wege eines Publikumsangebots von 50 000 Kleinsparern gezeichnet. Eine Verdoppelung dieses Anteils im Rahmen der Börseneinführung ist vorgesehen. An der Mailänder Börse werden gegenwärtig insgesamt zwölf Konzerngesellschaften der Staatsholding IRI gehandelt.

Der Verkauf nichtstrategischer Beteiligungen brachte 1985 in die Kassen der Staatsholding 341 Mrd. Lire, die Teilprivatisierung weitere 2200 Mrd. Lire. Dazu gehörte auch die Erweiterung des Publikumsanteils der Luftfahrtgesellschaft Alitalia.

Die IRI hat 1985 den konsolidierten Konzernverlust gegenüber dem Vorjahr von 2380 auf 1100 Mrd. Lire halbiert. Für diese Verbesserung war in erster Linie verantwortlich, daß im Industriebereich der Verlust auf 1537 (2724) Mrd. Lire sank und durch Schuldenkonsolidierungen die Zinskosten vermindert werden konnten. Der Umsatz stieg 1985 um 9,7 Prozent auf 45 21 Mrd. Lire.

NEUSEELAND / Energiepolitisches Neuland betreten - Von der Mobil Oil entwickelter Katalysator eingesetzt

Benzin aus Erdgas eine Alternative zum Öl?

JAN BRECH, Auckland
Neuseeland betritt energiepolitisches Neuland: Die erste kommerzielle „Gas to Gasoline“-Anlage ist seit kurzem in Betrieb. Als historischer Augenblick wurde der Start beschrieben. Das „technische Wunder“, von dem in so hohen Tönen geredet wird, ist ein Industriekomplex, der für etwa 1,2 Mrd. Dollar von dem Generalunternehmer Bechtel erstellt worden ist und Erdgas erst in Methanol und dann in Benzin umwandelt. Seit gut sechs Monaten werden täglich etwa 4 Mill. cbm Erdgas in 4400 Tonnen Methanol umgewandelt und daraus 1,654 Tonnen Benzin produziert. Im Jahr summiert sich der Ausstoß auf 570 000 Tonnen unverbleites, 92 oktanhaltiges Benzin.

Euphorisch stimmt die Betreiber der Anlage einmal, daß die geplanten Baukosten, zu 20 Prozent aus Eigenmitteln und zu 80 Prozent über den Kapitalmarkt finanziert, um gut 250 Mill. Dollar unterschritten worden sind. Zum anderen arbeitet die Anlage mit hoher technischer Effizienz.

Hohe Ölpreise beeinflussen die Entscheidung

Die technologische Neuheit bei dem an sich nicht neuen Verfahren ist der Einsatz eines von der Mobil Oil entwickelten Katalysators, der die Methanol-Moleküle zu Benzin umformt. Die Entwicklung des „Zeolite Socony Mobil 5“ (ZSM-5) hat den Mobil-Forschern Charles J. Plank und Edward J. Rosinski die Aufnahme in die Halle der US-Erfinder beschert.

Die Entscheidung, diese Anlage zu bauen, fiel 1980, wobei die Vorgesichte bis zum Ende der sechziger Jahre reicht. 1969 hatte Neuseeland in

einem Konsortium mit Shell, BP und Todd vor der Westküste der Nordinsel ein riesiges Erdgasfeld entdeckt, dessen Reserven auf 180 Mrd. cbm Erdgas und rund 23 Mrd. t Kondensat geschätzt werden. Die neuseeländische Regierung beschloß 1973 in einem über 30 Jahre laufenden Vertrag mit den Konsortialpartnern, jährlich rund 8 Mrd. cbm Erdgas aus dem Feld Maui abzunehmen.

Die Ölkrise von 1973/74 und von 1978/79, die Neuseeland Versorgungsunsicherheit und enorme finanzielle Belastungen bescherte, führte zu neuen Überlegungen. 1980 schloß man mit Mobil den Vertrag über die Errichtung der „Gas to Gasoline“-Anlage. Er reicht bis zum Jahr 2003 und kann bis zum Jahr 2008 verlängert werden. In der Anlage sollen rund 20 Prozent der Neuseeland zustehenden Menge aus dem Maui-Feld in Benzin umgewandelt werden.

Die „Gas to Gasoline“-Anlage gehört zu den letzten „think big“-Projekten der damaligen konservativen Regierung. An der eigens gegründeten Gesellschaft New Zealand Synthetic Fuels Corp. (Synfuel) beteiligte sie sich mit 75 Prozent und räumte dem Know-how-Geber Mobil einen Anteil von 25 Prozent ein. Synfuel, der die Anlage gehört, wandelt das Gas im Lohnauftrag für die Regierung in Benzin um. Die Gebühr, die sie dafür erhält, deckt die Produktionskosten, Tilgung der Fremdmittel, Zinsen, Steuern und Dividenden. Sowohl das Erdgas als auch die aus der Umwandlung entstehenden Produkte bleiben Eigentum des Staates.

Ob sich Neuseeland und auch Mobil heute noch einmal für den Bau einer Synfuel-Anlage zu den gleichen Bedingungen wie 1980 bereit erklären würden, ist fraglich. Nicht nur hat

eine Labour-Regierung das Ruder in Neuseeland übernommen, die erstaunlicherweise gegen staatliches Engagement in der Wirtschaft ist; auch haben sich die Bedingungen an den internationalen Ölmärkten verändert. Bei der Entscheidung vor sechs Jahren war man von stetig steigenden Ölpreisen ausgegangen. Deren Verfall führt dazu, daß die Anlage für den Staat ein erhebliches Zusatzgeschäft ist. Schätzungen gehen davon aus, daß der Barzinspreis wieder über 25 Dollar steigen müßte, um die Anlage rentabel zu machen.

Rentabilität ist nicht entscheidend

Die Rentabilität spielt bei der Beurteilung des Projekts jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Auch die neue Regierung sieht in Synfuel ein langfristiges Projekt, das zwei Ziele erreichen soll. Einmal wird durch die Benzinproduktion aus Methanol die Selbstversorgung Neuseelands mit Treibstoff auf gut 56 Prozent gebracht. Die steigende Selbstversorgung hilft zum anderen, die stark defizitäre Handelsbilanz zu entlasten. Solange der Preis pro Barrel im Durchschnitt der Jahre bis 2003 nicht unter 11 Dollar sinkt, spart Neuseeland durch Synfuel Devisen ein.

Das Projekt Synfuel paßt noch aus einem anderen Grund in die energiepolitische Landschaft Neuseelands. Der Mineralölmarkt des Inselreichs ist staatlich streng reguliert, die Preise für alle Mineralölprodukte von der Regierung festgelegt. So zahlt der Neuseeländer zur Zeit an jeder Tankstelle des Landes 90 Cent je Liter Benzin. Auch das Synfuel-Benzin wird zu einem festgesetzten Preis an

die Mineralölindustrie des Landes abgegeben, deren Repräsentanten wie überall in der westlichen Welt in erster Linie die internationalen Multis sind. Der Preis für Synfuel-Benzin richtet sich nach den Kosten, die bei der Verarbeitung von Rohöl zu Mineralölprodukten in der größten Raffinerie des Landes entstehen.

Die Rentabilität der Synfuel-Anlage ist somit nicht nur von den Weltmarktpreisen abhängig, sondern letztlich von den Preisen, zu denen die Regierung das Benzin an die Gesellschaften verkauft. Für Mobil Oil als finanzieller Partner der Synfuel spielt das gleichwohl keine Rolle. Der Konzern ist lediglich ein technologisches Risiko eingegangen. Unter der Voraussetzung, daß ihr Katalysator reibungslos arbeitet, die Kosten und die Mengen eingehalten werden, erhält sie eine Garantie-Dividende von 16 Prozent auf das von ihr eingesetzte Eigenkapital.

Für den Mobil-Konzern, der zehn Jahre intensiv an dem von der Konkurrenz zunächst nicht sonderlich ernst genommenen Verfahren gearbeitet hat, ist die Neuseeland-Anlage gleichsam die Meisterprüfung. Die Vorteile des Verfahrens, das keine Rückstände hinterläßt und nach Meinung von Mobil umweltfreundlich ist (was neuseeländische Umweltschützer bestreiten), sollen das Interesse anderer Staaten wecken. Potentielle Kunden für Mobil sind im Prinzip alle Länder, die Erdgas im Überfluß haben. Dem Vernehmen nach haben Südafrika, Argentinien, Brasilien und auch Australien Auskünfte angefordert. Vorerst begnügt sich Mobil damit, Lizenzen zu vergeben. So arbeitet in der Bundesrepublik UK Wessling an der Verfeinerung des Verfahrens.

GROSSBRITANNIEN / Geplantes Gesetz belebt Finanzwelt

Bausparkassen im Umbruch

WILHELM FURLER, London
Das britische Bausparkassenwesen bekommt einen neuen Anstrich. Die Building Societies sind entschlossen, sich ein neues Image zu geben, das Tradition und Zukunft einbezieht. Um dies zu erreichen, sind tiefgreifende Reformen des Bausparkassenwesens erforderlich; die Regierung Thatcher legt nach der ersten Lesung im Unterhaus gerade letzte Hand an. Noch vor den Sommerferien soll der Gesetzentwurf die letzten parlamentarischen Hürden genommen haben, damit das Reformgesetz wie geplant zum Beginn nächsten Jahres in Kraft treten kann.

Den Building Societies kann es damit gar nicht schnell genug gehen. Denn mit dem unaufhaltsamen Vordringen der Bankenwelt in ihre beiden Domänen - Angebot verschiedener Sparformen und Vergabe von Hypothekendarlehen - hat sich die Lage für die Bausparkassen verschärft. Denn ihre Tätigkeit ist im Gegensatz zu den Banken im wesentlichen auf diese beiden Bereiche beschränkt. Für die stark wachsende Nachfrage nach Hypothekendarlehen in Großbritannien sind die Refinanzierungsmöglichkeiten der Building Societies (zum Beispiel Aufnahme von Mitteln an den internationalen Geldmärkten zu günstigeren Konditionen) zu stark eingeschränkt. Darüber hinaus müssen sie auch andere Dienstleistungen anbieten können, um gegenüber den Banken zu bestehen.

Nicht von ungefähr hat im britischen Bausparkassen in letzter Zeit ein Konzentrationsprozeß eingesetzt, um auf dem Wege größerer Bilanzsummen, günstigerer Kosteneffizienzen und ausgedehnter Zweigstellennetze über die ursprüngliche Region hinaus zu überleben. Gab es um 1900 noch gut 2300 Building Societies, schrumpfte die Zahl bis 1982 auf 400. Heute gibt es nur noch 145 Building Societies, von denen einige wie die Halifax oder die Abbey National in ihren Ausmaßen Großbanken kaum nachstehen.

Mit der Gesetzesreform wird den Bausparkassen künftig gestattet, sich am Geldtransfersystem (Giro) zu beteiligen, den Devisenhandel, als Dienstleistung anzubieten, Scheckkarten auszustellen, als Immobilienmakler und Versicherungsagenten aufzutreten und über allerdings limitierte Beteiligungen an Notarfirmen notarielle Immobilienübertragungen für ihre Mitglieder auszuführen.

Doch die wichtigste Neuerung betrifft die Möglichkeit, sich an den Geldmärkten Mittel zu beschaffen: sei es durch die Ausgabe von Eurobonds, was seit Oktober 1985 schon gestattet ist, und wovon die größeren unter ihnen großen Gebrauch machen, sei es über herkömmliche Geldmarkt-Mittelaufnahmen.

Doch den Building Societies wird nur genehmigt, bis zu 20 Prozent ihrer Passiva auf diesem Weg aufzunehmen. Diese Beschränkung könnte sich in Einzelfällen als unfair Wettbewerbsbeschränkung erweisen; zumal anzunehmen ist, daß ohne dieses Limit das traditionelle Einlagengeschäft im allgemeinen die wichtigste Finanzierungsquelle bliebe.

So muß den britischen Bausparkassen zum Trotz gereichen, künftig auch nachrangige Hypotheken beliehen, im EG-Ausland tätig werden und ungesicherte Kredite bis zu einem Höchstbetrag von 8000 Pfund vergeben zu dürfen; oder die Rechtsform einer Aktiengesellschaft anzunehmen. Über allem wird die Building Societies Commission wachen.

Engagement beim Daueremittenten: Als Emissions- und Handelsadresse führend. Helaba Frankfurt.



Breite Wertpapierpalette und aktive Kurspflege sind die Vorzüge unseres Hauses.

Als einer der größten Daueremittenten am führenden deutschen Bankplatz bietet Ihnen die Helaba Frankfurt nach individuellen Ausstattungserfordernissen und Laufzeitvorstellungen eigene Pfandbriefe, Kommunalschuldverschreibungen, Kassensobligationen, Sonstige Bankschuldverschreibungen und Schuttscheindarlehen. Eine marktnahe Kurspflege sichert die Liquidität und Fungibilität Ihres Portfolios. Eine sichere und flexible Anlage.

Arbeiten Sie mit einer ersten Handelsadresse am Börsenplatz Frankfurt.

Die Palette an eigenen Produkten wird durch ein aktiv betriebenes Handels- und Konsortialgeschäft ergänzt. Die Tiefe und Breite des Angebots an Festverzinslichen und Aktien ermöglicht



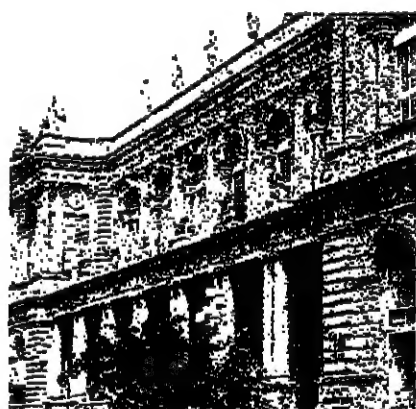
Im Zentrum des internationalen Wettbewerbs: Helaba Frankfurt.

maßgeschneiderte, auf individuelle Kundenwünsche ausgerichtete Anlagekonzepte.

Das breite Angebot an „klassischen“ Festverzinslichen wird durch neue Anlageinstrumente ergänzt.

Null-Kupon- und Zinssammel-Anleihen zählen zu unserem Produktangebot. Commercial Papers der Helaba Frankfurt erhielten am US-Domestikmarkt das bestmögliche Rating durch Standard & Poor's und Moody's. Die Bank verwaltet und verwahrt Ihr Portfolio. Das eigene Wertpapier-Informationssystem (WIS) und das EDV-gestützte Depot-Management-System „RentSys“ geben die notwendige Transparenz über Ihren Bestand und machen Anlagestrategien bei unterschiedlichen Szenarien rechenbar.

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank - Girozentrale



Der Standort verpflichtet zu Leistung.

Der Standort in der Frankfurter City, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd. DM sowie über 68 Mrd. DM Geschäftsvolumen, mehr als 50 Mrd. DM Kreditvolumen und über 27 Mrd. DM Gesamtumlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Hessische Landesbank - Girozentrale - Jungbühlstraße 18-26 6000 Frankfurt 1
Niederlassungen in Darmstadt und Kassel
Auslandsstützpunkte in London, Luxemburg und New York

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

800 neue Arbeitsplätze

Köln (dpa/VWD) - Die Kaufhof AG, Köln, will 1986 für Umstrukturierungsmaßnahmen und den Ausbau der Tochtergesellschaften etwa 200 Mill. DM in Sachanlagen investieren, fast doppelt soviel wie in den Vorjahren. Durch Filialerweiterungen sollen 700 bis 800 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Interesse an Hom

Marseille/München (dpa/DW) - Der führende deutsche Mieder- und Wäschehersteller, die Münchner Triumph International AG, hat die Aktienmehrheit an dem französischen Herrenunterwäsche-Unternehmen Hom-Ipen, Marseille, übernommen. Dies gab gestern der Chef und Hom-Gründer Charles Bepaume bekannt. Dagegen bestätigte die Geschäftsführung von Triumph International gestern in München lediglich ihr Interesse an dem französischen Unternehmen, doch die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Hom hatte 1985 bei einem Umsatz von 200 Mill. F einen Verlust von 25 Mill. F erlitten. Wegen eines drohenden Konkurses war die Notierung der Hom-Aktie an der Börse von Marseille vor kurzem ausgesetzt worden.

Werften-Kooperation

Rendsburg/Büdeland (VWD) - Die Ahlmann GmbH und Co KG, Büdeland, und die Werft Nobiskrug, Rendsburg, kooperieren. Wie die Unternehmen mitteilen, sei das Ziel der Zusammenarbeit, Schiffbaukapazitäten besser zu nutzen und Arbeitsplätze zu sichern. Die Nobiskrug-Werft beschäftigt 1230 Mitarbeiter, während bei Ahlmann 750 Personen tätig sind.

„Ballantines“ übernommen

London (dpa/VWD) - Der vorwiegend im Brauerei- und Spirituosenbereich aktive britische Mischkonzern Allied-Lyons will für 1,25 Mrd. Pfund (4,3 Mrd. DM) den Getränkebereich

der kanadischen Firma Hiram Walker übernehmen. Wie in London bekannt wurde, sind die Verhandlungen in Toronto erfolgreich abgeschlossen worden. Hiram Walker vertreibt unter anderem die Marken „Ballantines“ und „Courvoisier“. Mit der Übernahme wäre Allied-Lyons nach Seagram der zweitgrößte Wein- und Spirituosenkonzern der Welt mit einem Gesamtumsatz von über vier Mrd. Pfund (13,7 Mrd. DM).

Kaufhaus wiedereröffnet

Oldenburg (dpa/VWD) - Die Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, Frankfurt/Berlin, hat in den alten Räumen ihres geschlossenen Kaufhauses in Oldenburg ihr erstes Selbstbedienungs-Warenhaus eröffnet. Das „Preisland City SB“ hat 160 Mitarbeiter. In dem alten Hertie-Kaufhaus waren zuletzt 371 Menschen beschäftigt gewesen.

Beteiligung an RTL

Paris (J. Sch.) - Die französische Moët-Hennessy-Gruppe will von dem Verlagshaus Hachette dessen 8,2prozentige Beteiligung an der Compagnie Luxembourgeoise de Télédiffusion (CLT) erwerben, in deren Besitz sich die Rundfunkanstalt RTL befindet. Als Kaufpreis werden 230 Mill. Franc genannt.

Ermittlungen gegen Bakola

Mannheim (dpa/VWD) - Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Mannheim ermittelt gegen die Badische Kommunale Landesbank (Bakola/Mannheim) wegen des Verdachts strafbarer Handlungen. Wie die Staatsanwaltschaft bestätigte, stehen die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Theuermeier Immobiliengruppe. Das Spitzeninstitut der badischen Sparkassen war Hausbank der im Juli 1985 in Konkurs gegangenen Firmen-Gruppe und Treuhänder einer durch den Zusammenbruch geschädigten Bauberengemeinschaft.

FRANKREICH / OECD-Studie zur Innovationspolitik

Hochtechnologie erfolgreich

J. Sch. Paris
Zwischen 1963 und 1981 ist Frankreich im Technologiebereich vom dritten auf den fünften Platz der westlichen Industriestaaten abgestiegen. Seitdem aber wurden wesentliche Fortschritte erzielt, stellt die OECD in einer von der letzten (sozialistischen) Regierung in Auftrag gegebenen Untersuchung über die französische Innovationspolitik fest. Jedoch sei bei der Entwicklung neuer Technologien den internationalen und vor allem europäischen Marktgegebenheiten nicht genügend Rechnung getragen worden, heißt es in dem Bericht.

In der Hochtechnologie, insbesondere Kernkraft, Rüstung und Raumfahrt, beschneigt die OECD Frankreich zum Teil überragende Erfolge. Dies sei auch dem Umstand zuzuschreiben, daß hier eine geringe Anzahl von Unternehmen einem sehr kleinen Kundenkreis gegenübersteht. Diese „brillante Fassade“ dürfe aber nicht über das Zurückfallen anderer Technologien hinwegtäuschen, die einer breiten internationalen Konkurrenz ausgesetzt sind. Hier sei das französische Angebot trotz seiner technischen Qualität oft außerstande,

den Platz zu belegen, den es eigentlich verdienen würde.

Das gilt insbesondere für die Elektronik, wo sich das Fehlen einer umfassenden Marktpolitik sehr nachteilig bemerkbar macht. Die Strategie des „nationalen Herstellers“ sei den Erfordernissen des sich in diesem Bereich besonders schnell wandelnden Weltmarktes immer weniger gerecht geworden. Gerade hier kommt es aber auf eine organisatorische und kaufmännische Infrastruktur an, die es erlaubt, das Ergebnis der Innovation auf den Weltmarkt zu bringen und dort zu verteidigen.

Allgemein stellt die OECD fest, daß die elitäre Förderung technologischer Spitzenindustrien, die weitgehend staatlich sind, in Frankreich zu einer „besorgniserregenden“ Vernachlässigung traditioneller Industrien geführt hat. Auch werde die Forschung durch zahlreiche bürokratische, kooperativische und ideologische Starreheiten gehemmt. Zum Teil liege das an dem großen staatlichen Einfluß, aber auch an der Spaltung des französischen Hochschulsystems in Eliteschulen und ordentliche Universitäten.

سكينة بنت الراحل

SIEMENS

In jedem Betrieb schlummern noch **Reserven** für den Wettbewerb. Mit CAI.

Alle reden vom Büro der Zukunft und von der Fabrik der Zukunft. Das verwundert nicht, denn die Marktposition der meisten Industriebetriebe steht und fällt mit einer höheren Produktivität aller Bereiche.

In den Betrieben schlummern oft noch bemerkenswerte Produktivitätsreserven. Sie zu erschließen bedeutet: Erstens, neue Produkte zügiger zu entwickeln und zu konstruieren. Zweitens, kundenspezifische Aufträge flexibel und auch bei kleinen Losgrößen rentabel zu fertigen. Das Konzept dafür heißt CAI (Computer Assistierte Industrie).

- CAI bringt die Datenbank an die Drehbank. Unternehmen, die ein ganzheitliches DV-Konzept für ihren eigenen Betrieb erwarten, obwohl – oder gerade weil – sie die einzelnen Komponenten stufenweise einführen wollen, finden bei Siemens die umsichtigen Gesprächspartner. Dafür drei Gründe:
1. Siemens sammelt selbst Tag für Tag Erfahrungen vor Ort – in über 100 eigenen (darunter auch kleinen) Fabriken im In- und Ausland.
 2. Siemens bietet für den Transfer der eigenen Erfahrungen die Beratung in Fachzentren für CAI.
 3. Siemens hat für das CAI-Konzept sowohl die ausgereifte Software (von der Datenhaltung über die CADIS-Verfahrensketten bis zur Kapazitätskontrolle) als auch eine Spitzen-Hardware, wie den CAD-Arbeitsplatz für farbige 3D-Darstellungen.
 4. Ein ganzheitliches Konzept darf schließlich das Büro der Zukunft nicht ausklammern. CAI überbrückt deshalb auch den Graben zwischen Büro und Fertigung.
 5. Wer jetzt mit Siemens über CAI spricht, kann Produktivitätsreserven zügig erschließen.

Und seine Wettbewerbsfähigkeit steigern. Mehr darüber von Siemens AG, Infoservice 133/Z 132, Postfach 156, 8510 Fürth.

CAI Computer Aided Industry, zu deutsch Computer Assistierte Industrie. Das Siemens-Konzept für den Informationsverbund im Unternehmen. Z.B. in Maschinenbau und Elektrotechnik, im Fahrzeugbau, in der Metallverarbeitung oder in der Herstellung von Möbeln. CAI umfasst:

SCIM Computer Integrated Manufacturing. Verbund aller rechnerunterstützten Teilsysteme: Vom Auftragsingang über die Produktionsplanung und -steuerung (PPS), die Konstruktion (CAD) bis zur Maschine (CAM), einschließlich Qualitätssicherung.

CAD Computer Aided Design, zu deutsch computergestützte Konstruktion und Entwicklung. Heißt bei Siemens beispielsweise CADIS und ist zwei- oder dreidimensional.

CAM Computer Aided Manufacturing – computerunterstützte Fertigung. Umfasst Steuerung und Überwachung von Maschinen und Materialfluß.

PPS Produktionsplanung und -steuerung. Siemens-System, das von der Disposition über die Material- und Teilwirtschaft, die Termin- und Kapazitätsplanung bis zur Stammdatenverwaltung reicht.

CAO Computer Aided Office. Siemens Computer und Programme für das Planen, Verwalten und Überwachen im Büro.

WELT-Aktienindex: 295,02 (294,91)
WELT-Umsatzindex: 4754 (5467)
Advance-decline-Zahl: 91 (125)

[illegible][illegible][illegible][illegible]

Werner Steinbergs Roman „Die Mördergrube“

Eine Untertanenkarriere

Es ist nicht der Roman des Jahres. Es wird nur eine längst überfällige Problematik verhandelt. Aber so war es ja immer schon mit den auf Staatskosten alternierenden Autoren in der „DDR“: Sie trauen sich an heikle Themen erst heran, wenn Freund Hein gesichtet wurde. Bei Werner Steinberg ist diese Verspätung schade. Erstens beweist er, daß er über diese Problematik, die er realistisch ausbreitet, seit langem Bescheid wußte; zweitens ahnt man, daß er den Fortsetzungsroman, die Jahre nach 1969 also, kaum noch wird schreiben wollen. Andere, jünger als er, haben es schon getan. Und die Brisanz ihrer Themen dürfte das überbieten, was Steinberg, der Zuschauer, anzubieten hätte.

Karl-Heinz Trojandt (eine der beiden Roman-Hauptfiguren, die andere ist sein Sohn Ulrich) wächst in den 20er Jahren in dörflicher Umgebung



deutschnational auf. Schon früh gehört er zu denjenigen, deren Unterschrift man den Drang nicht ansieht, überschrieben werden zu wollen. Um das zu erreichen, muß man auf das richtige Pferd setzen. Vorsicht: sympathisiert er nach außen hin mit den Nazis, ohne den Kontakt zu anderen politischen Richtungen aufzugeben. Es könnte ja einmal anders kommen. Vorläufig jedoch wünscht er dem Führer den Sieg. Wegen der verkrüppelten Hand ist kein Einberufungsbefehl zu erwarten. Je mehr Männer um ihn her verschwinden, desto wichtiger wird Trojandt. Das Sägewerk, in dem er arbeitet, ist „kriegswichtig“. Sohn Ulrich wird zu rechtgehohten, Frau Erika hat nichts zu sagen. Lediglich die Feindsender, heimlich gehört, machen Angst. Die ersten Bomben fallen in der Nähe. Ob Hitler etwa den Krieg verliert? Dann muß ein besserer Gaul her, denkt Trojandt, und beginnt aufgeregt zu suchen. Er findet ihn: die KPD.

Nach dem Krieg tritt er sofort der Partei bei, avanciert zum Leiter des Sägewerks. Ulrich beginnt zu schrei-

ben, ist in der FDJ, wird ein - der Vater will es so - „DDR-Musterschüler“. Allmählich aber begehrt er auf, lernt Menschen kennen, vor allem Schriftsteller und Maler, die ihm ganz andere Erfahrungen vermitteln. Sein Schreiben, vom Vater beargwöhnt, wird zunehmend kritischer, stößt auf Ablehnung. Trotzdem arbeitet Ulrich weiter, wehrt sich. Seine Erzählungen werden nach dem elften Plenum der Partei endgültig abgelehnt, doch eine bekannte Lektorin bietet ihm an, eine Anthologie herauszugeben, die zum zwanzigsten Jahrestag der „DDR“ erscheinen soll. Ulrich spürt, daß man ihm eine letzte Chance bietet. Den „Buchhandels-Dackel“ hat er satt. Er nimmt an. Der ehemals Aufwändige hat sich gedreht und den Weg gefunden, den man gehen muß, will man Karriere machen. Freunde wenden sich ab von ihm. Dafür verhöhnt er sich mit seinem Vater. Der verlorene Sohn ist wieder vollwertiges Mitglied der Familie. Man braucht sich seiner nicht mehr zu schämen. Während einer Schriftstellertagung wird Ulrich als „unser Kollege Trojandt aus Trostburg“ bezeichnet. Gleichzeitig werden die „Ansichten der Bieler, Heyn und Biermann“ zurückgewiesen. „Gerichtstag“, sagt einer.

Als er zu Hause von den Erfolgen berichtet, fallen die leeren Worthüllen sehr geknickt aus seinem Mund. Die Anthologie ist durch die „Diskussion“ gekommen. Der Verlag fragt an, ob er neue Manuskripte hätte. Eilig sucht Ulrich in seinen Schubladen und findet, was hätte das gedacht, Skizzen eines kürzlich verstorbenen Autors, die er bedenkenlos und ohne Skrupel abschickt. Obendrein erhält er einen Vertrag über eine Reportage, wird zur Leipziger Buchmesse eingeladen und kommt mit einem Stipendium wieder zurück. Der Kulturminister lobt die Anthologie. Mit Uwe, dem folgenschweren Sohn, feiert er jetzt unauffällige Untertan in einer Konditorei den eigenen Aufstieg.

Diese Trojandts, Opportunisten reinster Wassers, kommen überall zu recht, egal wo sie sich befinden: ob nun im Faschismus oder im real-existierenden Sozialismus. Es ist sicher nicht nur eine Krankheit in und aus deutschen Ländern, aber literarisch ist sie bei uns recht früh aufgetaucht.

JÜRGEN K. HULTENREICH
Werner Steinberg: „Die Mördergrube“, Roman, Hoffmann und Campe, 416 S., 38 Mark



Nur dem Präsidenten rechenschaftspflichtig: Der Superagent des Pentagon Remo Williams (Fred Ward, rechts) und sein asiatischer Kampfsportlehrer Chien (Joel Grey)

Kletterpartien auf Miß Liberty: Guy Hamiltons Agententhriller „Remo“

Amerikanischer Rivale für James Bond

Of hat er in letzter Sekunde die Löcher des westlichen Sicherheitsnetzes geflickt. Doch inzwischen nähert sich der herzensbrechende Agent ihrer Majestät bedrohlich der Pensionsgrenze. Während James Bond internationalen Fingerlingen nur noch mit raketentriebenen Kugelschreibern und ähnlichem technischen Schmickschnack Paroli bietet, kaut sein durchtrainierter Konkurrent schon in den Startlöchern. Allerdings weiß er noch nichts von seinem Glück. Gerade erhält sich der wackere Polizeibeamte Ed Makin von einer wüsten Prügelei in den Docks von New York, als ihn die eiserne Schaufel einer Planiermaschine ins kalte Wasser drückt. Und als Makin in einem Krankenzimmer wieder zu sich kommt, haben sich nicht nur sein Gesicht, sondern auch sein Name verändert.

Remo Williams heißt er fortan und ist dank dieser gewalttätigen Rekrutierung eines von drei Mitgliedern des Geheimdienstes „Cure“. Nur dem Präsidenten schuldet diese wohlthätige Organisation bei der Bekämpfung tückischer Staatsfeinde Rechen-

schaft. Bevor Remo freilich dem Pentagon unter Lebensgefahr Schimpf und Schande erspart, muß er durch die harte Schule des koreanischen Kampfsportgenies Chien. Ein scheinbar zerbrechliches, vieldeutig lächelndes Männchen, das Kugeln mit lässiger Nonchalance ausweicht und im Notfall sogar übers Wasser läuft.

Diese Ausbildung ist das geschliffene Kernstück eines Films, den Spannungsspezialist Guy Hamilton („Goldfinger“) geschickt vor den Platinen gängiger Agententhriller rettet. Denn mit Remo und Chien prallen amerikanische und asiatische Lebensart, Reis und Hamburger, Temperament und Besonnenheit komisch aufeinander. Daß der Meister des Schülers dabei überlegen bleibt, liegt vor allem an Joel Grey, der einst die dekadenten Sensationen in „Cabaret“ anpries.

Hier wird sein Gesicht zwar unter einer schützenden Maske versteckt, doch diesem Schauspieler gelingt dennoch mit ebenso sparsamer wie nuancenreicher Körpersprache das Porträt eines lebenswerten Sonderlings. Und wenn ausgerechnet der

fernestliche Asket um die Reißbrett-helden einer amerikanischen Fernsehseifenoper bangt, zeigt er trotz seiner aristokratischen Bürde plötzlich ganz banale Schwächen.

Solche präzise ausgespülten Charaktere sind freilich nur ein Trumpf des Films. Abgedroschene Action-Klischees überläßt Hamilton minderbegabten Kollegen. Er beschleunigt den Puls seines Publikums mit schwankenden Balanceakten auf der Freiheitsstatue oder Kletterpartien auf dem höchsten Riesenrad der Welt. Da auch die lakonischen Dialoge den sobriestischen Humor von „007“ weit hinter sich lassen, kann selbst die allzu pathetisch schmetternde Musik kaum verhindern, daß hier Nerven und Zwerchfell gleichermaßen geknackt werden.

Außerdem dürfte Titledarsteller Fred Ward, ein augenzwinkernder Macho mit Grips und Muskeln, dem pomadigen Bond-Mimen Roger Moore einen gehörigen Schreck einjagen. Denn immerhin umfaßt die Liste der Romane um den kernig-kessenen Remo nicht weniger als zweieinzig Titel. HARTMUT WILMES

Heidelberg zeigt Walter Hupps „Marat“-Oper

Die singende Mörderin

Die Theater scheinen sich nicht um die „Marat“-Oper des Walter Haupt zu reißen. Seine musikalische Digest-Fassung von Peter Weiss' „Verfolgung und Ermordung des Jean-Paul Marat, dargestellt durch die Schauspieltruppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade“ erlebte nach der Kasseler Uraufführung von 1984 jetzt in Heidelberg die erste Wiederholung. Auch in der Oper proben Irre und Exzentriker, mit dem Marquis de Sade als Texter und Regisseur (er war auf Befehl Napoleons 13 Jahre lang, bis zu seinem Tod 1814, in Charenton festgehalten worden), extreme Möglichkeiten des theatralischen Ausdrucks. Die äußere und innere Bedrohung, das Trauma von Isoliertsein, von geistiger und körperlicher Ausschweifung werden dabei bis in die Gegenwart hinein weitergetrieben.

Doch Peter Weiss' Konzept von der radikalen Schlüsseligkeit geht im Musikalischen nicht immer auf. Allzu häufig verfängt sich Walter Haupt schon im Vorfeld untermalender Schauspielmusik, und das, obwohl er seine elektronischen Hilfsmittel ebenso souverän beherrscht wie die Feinheiten simultaner Klangzerlegung. Die Geräuschkulissen aus ständig wiederholten Ostinato-Figuren, deren Leserausfällen und nervösen Lyrismen treffen nur stellenweise den Nervus rerum der Vorlage. Und über die pausenlose Distanz von mehr als zwei Stunden wirkt die Musik dann doch monoton und einfallig. Dramatische Wucht haben einzig die Massenszenen. Aber: Walter

Haupt kann oder will nicht für Sänger schreiben. Eigentlich nur der Charlotte Corday, der schlafwandeln-Mörderin des Marat - Lucia Wierzbicka -, gönnt er einigermaßen dankbare und anspruchsvolle Gesangsaufgaben, besonders in den „Salome“- und „Wozzeck“-nahen Episoden mit ihrem sexbesessenen Verfolger Duperret (Guy Renard). Ansonsten garantieren schrille Dissonanzen, der recht pauschal charakterisierende Sprechgesang und, gegen Ende, die verdächtige Apotheose Marats nur Langeweile. Das mochten selbst so versierte Akteure wie Johan-René Schmidt in der Titelrolle und Albert van Haasteren als Marquis de Sade nicht völlig zu kaschieren.

Natürlich war Walter Haupt am Pult des tüchtigen Heidelberger Orchesters ein kompetenter Anwalt seiner selbst. Und es wurde erstaunlich gut gespielt. Regisseur Michael Wedekind, der die körperlichen und geistigen Verirrungen, Hysterie, Massenwahn und Denaturierung mit beklemmender Eindringlichkeit in Szene setzte und quer durch die Zeiten trieb, dabei freilich das kleine Theater förmlich auf den Kopf stellte, versuchte die schon arg ramponierte Modernität des Peter Weiss durch aktuelle Ideenzufuhr wieder aufzurichten. Doch der redliche Vorsatz vermochte nicht die Ausnahme von der Regel aus der Welt zu schaffen: Daß dieser „Marat“ nicht in erster Linie durch die Musik, sondern vor allem durch die szenische Polyphonie der Textvorlage diskutabel bleibt.

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Internationale Grenzlandfilmtage finden in Selb von heute an bis zum 6. April zum 9. Mal statt.

„Design und Humanisierung“ heißt die Informationsverarbeitung“ heißt eine Ausstellung des Berliner Design Zentrums, die bis zum 19. April im Haus Industriestrom Essen zu sehen ist.

Sädeutsche Druckgraphik des 19. und 20. Jahrhunderts auf der Sammlung Lütze zeigt die Städtische Galerie Albstadt bis 27. April (Katalog 20 Mark).

„Zürcher Geld - 950 Jahre zürcher Münzprägung“ heißt eine Ausstellung des Münzkabinetts der Stadt

Winterthur, die bis zum 27. April im Historischen Museum in Basel zu sehen ist.

Lionel Hampton 1986 heißt die Tournee, die den Vibraphonisten vom 19. Mai bis 7. Juni durch die Bundesrepublik, die Schweiz, Österreich und Frankreich führt.

Der Internationale Experimental-Film Workshop findet vom 30. Mai bis 1. Juni zum 6. Mal in Osnabrück statt. Brigitte Weisshaupt und nicht, wie in der gestrigen Ausgabe der WELT irrtümlich gemeldet, Kurt Weisshaupt, hielt auf dem Zürcher Hegel-Kongress das Referat über die Klugeheit.

Claude Brasseur, wie seine Vorfahren Schauspieler

Jedermann in der Sahara

An einen Helden denkt man kaum, wenn man ihn sieht. Er ist klein, untersetzt und stämmig, sein runder Schädel läßt ihn dicker wirken als er ist. Seine beginnende Glatze und eine Warze an der Nase tragen auch nicht zum guten Aussehen eines Filmhelden bei. Trotzdem zählt Claude Brasseur (49) zu den Stars des französischen Films. Seit 30 Jahren steht er im Rampenlicht. In mehr als 70 Filmen stellt er meist einen französischen „Herrn Jedermann“ dar: Nicht schön, aber charmant. Männlich, aber nicht macho. Populär, nicht vulgär. Auf jeden Fall ist er ganz anders, als sein berühmter Vater Pierre („Die Kinder des Olymp“).

„Mein Vater schlüpfte gern in die Rollen außergewöhnlicher Persönlichkeiten, die banale Probleme hatten. Ich spiele gerne gewöhnliche Menschen und versuche herauszufinden, was an ihnen einzigartig ist“, sagt Claude Brasseur. Nach seinem Vater (1905-1973) drehten sich die Leute auf der Straße um. Den Sohn muß man in

Claudes Großmutter, Germaine Brasseur, war eine junge Bühnenheldin, die es wagte, im Nachthemd aufzutreten. Pierre behauptete gar, er sei in einer Loge des Pariser Sarah-Bernhardt-Theaters gezeugt worden. „Als ich 50 Jahre später im Sarah-Bernhardt-Theater auftrat, ging ich zuerst in die Loge Nr. 14. Ein Parfüm stürmischer Liebe lag noch in der Luft“, erzählte Pierre Brasseur.

Claude verehrt seinen Vater. Doch er war als junger Mann zu schüchtern, in dessen Fußstapfen zu treten. So versuchte er sich als Fotograf bei der illustrierten „Paris Match“. Eines Tages fotografierte er die Pariser Theaterdirektorin Elvire Popesco. Sie sagte: „Du bist der Sohn meines Vaters. Du hast nicht das Recht, bei einer Zeitung zu arbeiten. Ich engagiere dich als Schauspieler!“ Das war 1954.

Claude spielte drei kleine Rollen in einem Stück von Pagnol. Später folgte er dem Rat des Vaters und besuchte eine Schauspielschule. Dort traf er Jean-Paul Belmondo. „Der Professor setzte Belmondo und mich auf die hintersten Plätze und lästerte vor allen: „Schaut sie an, wie häßlich sie sind!“ erinnert sich Brasseur junior. „Wir haben vor Wut geheult, wenn wir wegen unserer Visagen aus den Filmstudios gejagt wurden.“ Doch zwei Jahre später erhielt Claude von Marcel Carne seine erste Filmrolle. Belmondo war in den ersten Jahren seiner Karriere sein stärkster Konkurrent. Papa Pierre beobachtete die Freunde und Rivalen und meinte: „Es gibt keine großen Schauspieler, es gibt nur große Rollen.“ Seine ersten großen Rollen spielte



Claude Brasseur spielt heute einen Mann, dessen Familie von einer Gewalttat betroffen wird.

Claude Brasseur in dem Jean-Luc Godard-Film „Bande à part“ und in der Fernsehserie „Don Juan“ nach Molière unter der Regie von Eluval. Später spielte er jahrelang Theater mit Roger Planchon in Lyon. Godard, Planchon und Eluval sind seine Lehrmeister. „Bei Godard habe ich die Kunst des Improvisierens und alle Möglichkeiten des Kinos gelernt. Die Theaterarbeit mit Planchon war professionelle Gymnastik. Der Fernseharbeit mit Eluval habe ich meine Popularität zu verdanken“, meint er. Privat führt Claude Brasseur das Leben eines „normalen“ französischen Bürgers in seinem Landhaus vor den Toren von Paris. Dort hilft er seiner Frau Michele, einer Mode-Sty-

listin, beim Gärtnern oder Einwickeln. „Nichts ist kleinbürgerlicher als das Leben eines Künstlers“, behauptet er. Claude Brasseur hat aber eine Leidenschaft, den Sport. Vormalig nahm er als Co-Pilot von Jacky Ickx an der Sahara-Rallye Paris-Dakar teil. Einmal gewann das Team. Auf das Wüstenabenteuer bereitet er sich mit Dauerlaufen, Schwimmen, Fußball, Radfahren und Skilaufen vor. An manchem Abend erklärt er seinem 15jährigen Sohn Alexandre den Sternenhimmel und erzählt ihm von seinen Afrika-Abenteuern. Wenn man Alexandre Brasseur fragt, was er einmal werden möchte, dann antwortet er: „Schauspieler.“

CONSTANCE KNITTER

KRITIK

Unser Mann in Paris

Den „Schieler“ hat er nicht mehr beendet; Werner Loth, der rätselhafte Regisseur. Während der Dreharbeiten verschwand er.

So unwirtlich den Schöpfer solcher Deutlichkeiten wie „Nasse Männer kommen an Land“ oder „Der rote Hahn“ ein Geheimnis, wie Peter Gehring in der Platzanweiser (am Dienstag in der ARD) gezeigt hat. Das Porträt eines verschollenen Filmemachers“ zeigte einen Loth der Widersprüchlichkeiten, einen filmbesessenen Introvertierten, vor dem in Gehring Bestandsaufnahme Freunde den Hut zogen: Schamoni vermisste Loths Humor; Lilienthal erinnerte an den zwischen innerer Emigration und Geborgenheitssehnsucht gespaltenen

Loth; Achternbusch wies auf seine „Philosophie des Allgemeinplatzes“ hin. Filmleute wie Houwer, Patalas, Hembus und Senft, die Cutterin Heidi Genée und die Malerin Hanna Axmann-Rezzori ließen nach Jahren einen Loth wiedererstehen, der, so „un-greifbar“ er auch sein mag, die Entwicklung des deutschen Films offenbar entscheidend prägte.

Daß Loth, wie Gerüchte besagen, in Paris als Kino-Platzanweiser arbeitete, mag aber kaum einer glauben; auch nicht, daß er sein Dasein als „lonese cowboy“ in Neu Mexiko fristete. So ließ Gehring Würdigung Fragen offen, die wichtigste sei hier beantwortet: Loth war ein April-Phantom. Leider. A. SCHMITZ

STUDIO

Eine knappe Mehrheit der Franzosen befürwortet einen fernsehfreien Tag in der Woche. Das ergab eine Meinungsumfrage des Magazins „Telerama“. 51 Prozent halten es demnach für sinnvoll, auf diese Weise die Abhängigkeit vom Fernsehen zu bekämpfen. Mehr als ein Drittel der Befragten gab an, auf Fernsehern „immer“ verzichten zu können; 11 Prozent sagten, sie seien „unfähig“, auch nur einen Tag lang ohne TV auszukommen. Durchschnittlich schauen die Franzosen drei Stunden lang täglich auf den Bildschirm.

(rtr)

ARD und ZDF wollen in den Jahren 1987 und 1988 rund 42 Millionen

Mark für die Filmförderung bereitstellen (in den drei Jahren 1984 bis 1986 waren es 45 Millionen). Das vereinbarten die öffentlich-rechtlichen Sender und die Filmwirtschaft. In den nächsten beiden Jahren leisten die Anstalten davon einen Betrag von 16 Millionen an die Filmförderungsanstalt. Knapp die Hälfte dieser Summe soll Filmen zugute kommen, für die ARD und ZDF drei Jahre nach der Erstausführung ein Vorkaufrecht haben.

ZDF-Intendant Stolte wies darauf hin, daß in den vergangenen Monaten gerade die deutschen Filme im Kino am erfolgreichsten gewesen seien, die auf Fernsehserien basierten. WDR-Intendant Nowotny sprach von der Bereitschaft der Anstalten, zur Erhaltung des Kinos beizutragen. (dpa)

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.45 ZDF-Info Service	11.45 Umschau
10.00 Tagesschau und Tagesthemas	12.10 ZDF Magazin
10.25 Fußball-Europapokal	12.55 Presseschau
11.15 Nach Lesur arbeitet!	13.00 Tagesschau
15.50 Tagesschau	14.00 heute
16.00 Zirkus von morgen	14.04 Daten-Schatten
16.45 Die Abenteuer von Tom Sawyer	7. Folge: Die neue Sprache
17.00 Der 7. Sim	Von Günter Koch und John Favaro
17.10 Fußballschule	Ansicht, heute-Schlagzeilen
5. Teil: Angriffsspiel	14.35 Der Stein des Marco Polo
Pierre Littbarski und zwei Jugend-	Die Regatta
mannschaften demonstrieren die	17.00 heute / Aus den Ländern
Grundlagen	17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Tagesschau	17.45 Der rosarote Panther
Datz, Regionalprogramme	Ansicht, heute-Schlagzeilen
20.00 Tagesschau	18.20 Wanderjahre
20.15 Marco Polos Erben	2. Teil: Stock und Hut steh'n ihm
Beitrag von Bernd Dast	gut
21.00 Der 7. Sim	Nach der Bundeswehr wird Jan
21.05 Die Kriminalstadt	Mothless sicher ein guter Ein-
Geschichten für Kinder	mann und ein verantwortungsvol-
Buch: Peter Bradatsch und Wolf-	ger Handwerker. Das hoffen je-
gang Mühlabauer	denfalls Bräut und Vater...
Freundin gesucht	19.00 heute
Vierzig Detektive später	19.30 heute
Briefvermittlung	Spiele und Spaß
Flitterwochen erster Klasse	Von und mit Hans Rosenthal
22.00 Titel, Themen, Temperamente	21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Themen: Kinofits auf Video	Kommenden Montag ist „Weltge-
Trotz Film über Rosa Luxemburg	sundheitstag“. Zum Motto „Lebe
Museumsdirektor Schmalenbach	gesünder - es lohnt sich“ stellt
in Düsseldorf	Hans Mohl eine Aufklärungs-
22.30 Tagesthemas	Übersicht zusammen. Günter
23.00 Telenovela	er informiert aus Tokio über daz-
Peggy hat Angst	erigen Anregungen. Außerdem: wie
Kriminalfilm von Norbert Ehry	man Kinder auf Artzberch und
Peggy Karoly wurde am Telefon	Krankenhaus vorbereiten kann
Zeuge des Mordes an ihrer Freun-	21.45 heute-Journal
din Natascha. Die Polizei ist aber	Berichte aus Südafrika
kegeln: Wo ist denn bitte die	Die Handwerker
Leiche?	Frühstücksspiel (1982)
0.35 Tagesschau	Mit Claude Brasseur, Veronique
0.40 Nachschau	Canest, Thierry Lhermitte u. a.
Mit Hans Joachim Kulenkampf	Regie: Serge Leroy
	0.20 heute

III.

WEST	
18.00 Teletag II	21.35 Drei aktuell
18.30 Die Sendung mit der Maus	21.50 Kulturkalender
19.00 Aktuelle Stunde	22.20 Kulturaktionen? (2)
20.00 Tagesschau	
20.15 Die Ferien des Herrn Hulot	
21.40 Die Schule der Briefträger	
21.55 Nutzung statt Abfall	
22.25 Das verlorene Gesicht	
Eine Reise mit Erich Kästner	
23.45 Levertuener Sazotage '85	
0.30 Nachrichten	
NORD	
18.00 Die Sendung mit der Maus	
18.30 Treff am Osdorfer Born	
19.15 Gefährliche Lebenskündung	
20.00 Tagesschau	
20.15 Der rosarote Panther wird gelacht	
Englischer Spielfilm (1982)	
Mit Peter Sellers u. a.	
21.50 Kultur aktuell	
22.40 Fassung	
Geliebt, gelobt, geduldet	
23.25 Nachrichten	
HESSEN	
18.00 Spaß, Spiel und Herzklapfen	
18.15 Der Junge und das Käsegut	
18.35 Kröten, Molche, Wasserspieler	
19.20 Hessenschau	
19.55 Drei aktuell	
20.00 Maciste, der Sohn des Hercules	
SÜDWEST	
18.50 Schlagzeilen	
19.25 Sendungsmagazin	
19.50 Die Geschichte vom guten alten	
Herrn und dem schönen Mädchen	
21.15 Sport	
Nur für Baden-Württemberg:	
22.00 zu Gast	
Boat People in neuer Heimat	
22.45 Nachrichten	
Nur für Rheinland-Pfalz:	
22.00 Schulausflug nach Berlin	
22.45 Landesspiegel	
Nur für das Saarland:	
22.00 Der Saargau (1)	
22.45 Nachrichten	
BAYERN	
18.45 Rundschau	
19.00 Der Fall Denzau	
Deutscher Spielfilm (1938)	
22.40 Z. Z. M.	
22.45 Stationen	
23.30 Rundschau	
21.45 Mischchen	
1900-1950	
Schicksal einer deutschen Groß-	
stadt	
Anschl. Diskussion	
Übertragung aus dem Gastge-	
0.25 Rundschau	

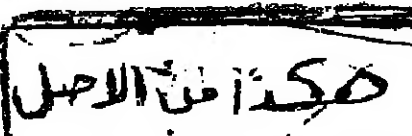
SAT 1	
15.00 Marco	
15.30 Lassie	
16.00 Musicals	
17.00 Nischen-Sportmagazin	
Sportdiskussion live	
18.00 Boomer, der Strecker	
Molly, die Ausreißerin	
oder: Regionalprogramme	
18.30 APF Blick	
Nachrichten und Quiz	
18.45 BRAVO TV	
Das Jugendmagazin	
19.45 Wie herrlich, jung zu sein	
Englischer Spielfilm (1956)	
Mit John Mills, Cecil Parker u. a.	
Regie: Cyril Frankel	
21.30 APF Blick	
Aktuelles	
Show und Kunst	
Sport, Quiz, Wetter	
22.15 Konzert in SAT	
In dieser Folge werden Musiker,	
Komponisten und deren Musik	
vorgeführt - dazu ihre Stadt	
22.45 High Chaparral	
Wenn Big John sich einen Frack	
kauft	
23.50 APF Blick	
Nachrichten	
3SAT	
19.00 Nachbar Europa	
ARD-Ratgeber Essen und Trinken	
19.45 Europa - Deutsches	
1. Burgund	
20.00 Tagesschau	
20.15 Graf Yoster gibt sich die Ehre	
19.05 ... und obsiedelt zu EMS PLUS	
Riccardo Chailly dirigiert das Ra-	
dio-Symphonie-Orchester Berlin	
22.40 Bogowanz	
Englischer Spielfilm (1945)	
Mit Trevor Howard u. a.	
Regie: David Lean	
0.05 Nachrichten zum Sonderschiff	

3SAT

18.00 Mini-ZB	
18.10 Sport-Zeit	
19.00 heute	
19.20 SAT-Studio	
19.30 Dornich	
Ein tödlicher Preis	
Von Herbert Reinacker	
20.50 Rundschau	
Politik und Wirtschaft - aus	
Schweizer Sicht	
21.15 Zeit im Bild 2	
21.35 Kulturjournal	
21.45 Harry und Tante	
Amerikanischer Spielfilm (1974)	
23.40 SAT-Nachrichten	

RTL-plus

18.35 Komm doch mal in die Küche	
18.53 7 vor 7	
Nachrichten, Sport, Wetter	
19.22 Kasperl	
19.30 Knight Rider	
20.15 RTL-Spiel	
20.20 Filmvorwahl	
20.30 Dingo töbt toise	
Italienischer Spielfilm (1967)	
22.15 RTL-Spiel	
22.20 Blick in die Welt	
22.32 Neu im Kino	
22.52 Wotter / Horoskop / Bothupforl	



Donnerstag, 3. April 1986 - Nr. 77 - DIE WELT

Sprache, die sich geniert

H.B. - Ehemals sprach man, ohne sich eine Verzerrung abzuheben, von einem Greis und, wenn es hochkam, von einem würdigen Greis. Den gibt es nicht mehr. Die Würde wurde von einem Klassenbegriff verschluckt, der betagte Menschen als das „dritte Alter“ pauschalisiert. Von einigen, die sich als Rocker phonstark hervorheben, heißt es in den Kulturkolumnen von Punk und Fernsehen beschwichtigend, sie hätten „schon mal ein paar Monate gegessen“. Wer wird ihnen schon die nackte Wahrheit antun, daß sie verheißungslos sind?

In der Konferenzsprache der Diplomaten heißt es milder, Fragen seien in der „richtigen Richtung“ beantwortet und Beschlüsse in der „richtigen Richtung“ gefaßt worden. Kein Wort davon, daß man sich wieder einmal nicht einigen konnte und daher in faule Kompromisse geflüchtet hat. Hier nur noch von Euphemismen zu sprechen, wäre allzu euphemistisch.

Euphemismen sind nach dem Brockhaus Umschreibungen, die unliebsame Tatsachen beschönigen. Daraus ist heute eine insgesamt verunsicherte Sprache entstanden, deren Umschreibungen nach Spracherleichterung es ist eine Sprache der atrophierten Muskeln, ihres Inhaltes entleert und ihres Sinnes verflüchtigt, die besonders im Bereich von Politik und Information zu Ungeheuerlichkeiten, ja geradezu zu Unaufrichtigkeit erzieht.

Wo sie vorgibt, höflich zu sein, vertritt sie Unhöflichkeit. Dem Publikum, dessen Intelligenz so gering eingeschätzt wird, bleibt ein Geschmack von Kunstmasse auf der Zunge. Nicht das Verschleiern, das Transparente, das nichts verbirgt, macht die Noblesse einer Sprache aus. Sie ist überzeugend, wenn sie sich nicht geniert.

O'Casey-Stück in Köln

Groteske um einen Gottesmann

Natürlich sind die Iren für einen Deutschen kaum zu begreifen. Natürlich ist der Dramatiker Sean O'Casey selbst für irische Verhältnisse ein ausgemachter Querkopf. Und natürlich ist sein Stück „Der Freudenfeuer für den Bischof“, ein Spätwerk aus dem Jahr 1955, ein besonders vertracktes Teufelswerk aus Schnaps und Lyrik, aus Kausalität und Sensibilität, aus Ketzertum und Bigotterie.

In Köln engagierte man sich dafür einen Regisseur aus Ost-Berlin, der eigentlich aus Bielefeld stammt, nun aber schon an die 25. Jahr lieber östwärts seinen ideologischen Überzeugungen huldigt: Rolf Winkelgrund. Und seinem gleichfalls deutsch-deutsch importierten Bühnenbildner Jürgen Heidemanns trauete man wohl zu, der irischen Seele am ehesten auf den Grund zu kommen. Vielleicht hatte man in der Kölner Dramaturgie gelesen, daß O'Casey Kommunist war und seine Stücke sozialkritisch seien.

Aber mit irischen Kommunisten ist das so eine Sache. O'Casey (1880 bis 1964) war immer am umschmeicheln mit dem, was er eigentlich hiebt. So ist das auch im „Freudenfeuer für den Bischof“. Der angesagte Besuch des Kirchenfürsten treibt die Kleinstadt Ballyvaughan in eine Geschäftstriebe hinein, in der sich die Charaktere schärfen, tragischer, komischer, banaler, absurder zeichnen als unter den verdeckenden Lagen des Alltags. Das treibt auch die Beziehungen zueinander in kritische Situationen.

Das Stück kreist auf groteske Weise um die Schwierigkeit, ja, Unmöglichkeit, Mensch zu sein. Aber die Unmöglichkeit liegt eben nicht nur in den „Verhältnissen“, sondern auch in den Menschen selber. Sie sind faul und poetisch, dumm und liebenswert, sie saufen lieber ein Gebüsch, als daß sie etwas verändern. Das Tragische schlägt daher gegen das Komische, und das Geräusch, das so entsteht, ist eine traurige Daseinsmelodie im Takt der Polka.

Nicht so in Köln. Rolf Winkelgrund muß selbstverständlich den Reichen (Jürg Löw) zu einer mienen, dämlichen Karikatur denaturieren, die so herumchargiert, daß man sich bei einem Amateurtheater wähnt. Der Pfarrer (Hans-Joachim Krietsch) ist nur eine verlogene Hilfskraft des Geldadels. Die Arbeiter (Peter Siegenthaler und Helmut Grieser) sind gramebeugt und steifbeinig. Und Erotik ist, wenn Marion Reuter als Tochter Keehan das Röckchen hebt.

Ein einziger zeigt, wie O'Casey zu spielen wäre: Walter Stücken als greiser Sautaus Codger, dessen Trauer so tief im Bauch sitzt, daß der Whisky sie dort zu ersetzen vermag. Da dies aber die Ausnahme blieb, fiel um so mehr auf, wie banal und klischeehaft die restlichen Rollen waren. In Köln ist man diesmal nicht nur gestoppt, sondern glatt auf den Bauch gefallen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLICH
Nächste Vorstellungen: 7. und 8. April.
Karteninformationen: Tel. 0221/21 28 51.



„Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum“. Gruppe von fünf Figuren von Eugène Dodeigne im Yorkshire Sculpture Park

FOTO: DIE WELT

Henry Moore hatte zuerst die Idee: Der Yorkshire Sculpture Park. Großbritanniens ungewöhnliches Freiluftmuseum für Plastiken

Nur hier unter alten Bäumen ist die Familie vereint

Es mag überraschen, daß in Großbritannien mit seiner Begeisterung für Landschaften, seinen zahlreichen Beispielen gelungener Parkanlagen und Landschafts- und Landschaftsplanung, die Idee eines Skulpturenparks erst relativ spät in der Geschichte der britischen Bildhauerei, hat einmal geschrieben: „Bildhauerei ist eine Kunst für den freien Raum.“

Die Idee eines Skulpturenparks in Großbritannien ist nicht neu, sie geht mindestens auf das Jahr 1948 zurück, auf die Holland- und Battersea Park-Ausstellungen des London County Council. Diese frühen Versuche wurden mit gewaltigem Optimismus begrüßt, und 170 000 Besucher ließen die mögliche Popularität eines solchen Parks erahnen. Dennoch gab es lange keine konkreten Pläne aus dem Provisorium eine ständige Einrichtung zu machen.

Erst 1977 war es so weit. Im Anschluß an eine der größten Freiluft-Ausstellungen zeitgenössischer Skulpturen im Lodover Battersea Park wurde 24. September der Yorkshire Sculpture Park, der erste ständige Skulpturenpark in Großbritannien, eröffnet. Bereits nach kurzer Zeit gewann dieser Park großes nationales Ansehen, erregte auch internationales Interesse und beeinflusste andere Projekte in Großbritannien.

Der Gegensatz zwischen den bewaldeten Teilen, den künstlichen Hügel und Seen, der weiten Parklandschaft und der ruhigen Geräumigkeit der kunstvoll angelegten Gärten bieten einen beneidenswerten Hintergrund für Skulpturen verschiedenster Stile und Größen. Und auch das Herrenhaus selbst ist wegen seiner großartigen Decken- und Wandmalereien sehenswert.

Der Yorkshire Sculpture Park, der sich um das Herrenhaus erstreckt, wurde von Anfang an als eine Frei-

luft-Kunstgalerie mit wechselnden jährlichen Ausstellungen konzipiert. Dazu kommen der Aufbau einer ständigen Sammlung und die Aufstellung von Leihgaben über eine begrenzte Zeit. Forschungs- und kurzfristige Arbeitsstipendien erlauben es außerdem einer Zahl von Künstlern, im Park selbst zu arbeiten.

Das Ausstellungsprogramm versucht, in gleichem Maße junge Künstler zu fördern und bereits etablierte auszustellen. So hatten hier beispielsweise George Rieck 1982, Elizabeth Frink 1983 ihre erste große Freiluft-Ausstellung in Großbritannien.

Selbstverständlich werden im Yorkshire Park nicht nur britische Künstler gezeigt. Vor der Rieck-Ausstellung waren die aufregend exzentrischen Steinplastiken des Dänen Jørgen Haugen Sørensen den Arbeiten des Amerikaners Walter Dusenberry gegenübergestellt worden und letzthin konnten hier die gewaltigen und ausdrucksstarken Granit-Skulpturen des großen Franzosen Eugène Dodeigne gezeigt werden.

Kunstkritiker und Gast-Kustoden werden gelegentlich zur Auswahl der Werke eingeladen. 1983 tat sich Edward Lucie-Smith mit dem britischen Bildhauer Glynn Williams zusammen, um „Statuen im Garten“ zusammenzustellen. Diese Ausstellung bestätigte das wiederwachsende Interesse an der Statue und stellte jüngere Künstler wie Richard Lawrence und Hilary Cartmel neben Ralph Brown

vor, der bereits eine lange und glänzende Karriere als figurativer Künstler vorzuweisen hat. Die ständige Sammlung umfaßt inzwischen Arbeiten von John Maine, David Nash, Richard Long, Philip King, Elizabeth Frink, Anthony Caro, Tim Scott, Walter Dusenberry, Richard Serra, Michael Lyons, Austin Wright und vielen anderen.

Man hat Yorkshire früher die Wiege der zeitgenössischen Skulptur und zweier der bedeutendsten Bildhauer genannt – Barbara Hepworth und Henry Moore – wurden beide im Umkreis von zwölf Kilometern vom Yorkshire Sculpture Park geboren. Henry Moore ist ein Förderer des Parks, und seine großartige Skulptur „Knife Edge“ steht am Eingang zum Park, eine Ehrenbezeichnung für seine große Leistung.

Barbara Hepworth wurde in Wakefield geboren und erzogen. Sie schrieb 1988: „Viele von uns arbeiten sehr hart daran, einen wirklich guten Skulpturenpark in England einzurichten, und ich hoffe, daß wir Erfolg haben werden.“ Die große piece de resistance der Sammlung ist Hepworths „Family of Man“. Die Gruppe besteht aus neun Figuren, die alle am Hang vor der großartigen Yorkshire-Landschaft aufgestellt sind. Es ist der einzige Platz in Europa, wo die vollständige Gruppe besichtigt werden kann, und sie steht dort als eine grandiose und beständige Erinnerung an eine der wichtigsten britischen Künstlerinnen.

Das bis heute wohl ehrgeizigste Projekt war das Internationale Bildhauer-Symposium im September 1983, das erste Ereignis dieser Art in Großbritannien. Die Teilnehmer kamen aus ganz Großbritannien, aus Holland, Kanada, Dänemark, Norwegen, Japan, Indien, den USA, Australien und Neuseeland. Unter den Mitarbeitern waren George Rieck, David Nash, Arnold Pomodoro und Anthony Caro. An einer parallel laufenden Freiluft-Ausstellung nahmen 70 Bildhauer teil; 14 arbeiteten vor Ort.

Skulpturen unter freiem Himmel zu betrachten, kann eine erregende Erfahrung sein. Man darf jedoch die technischen und ästhetischen Probleme bei der Konzeption von Skulpturen für die Landschaft nicht unterschätzen. Es erfordert größte Überlegung, um die Ruhe und die Ausgewogenheit zu erreichen, die das Publikum dann fasziniert.

Bryan Robertson hat das Ideal, das wir anstreben, 1979 so beschrieben: „Das Zusammenfinden eines gebildeten Idealismus, eines perfekten Nebeneinander kultivierter und wilder Landschaft, des Zugangs zu Kunstwerken und eines empfänglichen Publikums scheint mir ohne Beispiel zu sein. Dieses Zusammenfinden könnte die Entwicklung der Bildhauerei in England und ihre Rezeption entscheidend beeinflussen.“

PETER MURRAY

Peter Murray ist Gründer und Direktor des Yorkshire Sculpture Park.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „National Review“

Quer zur Geschichte

Mit einem Festbankett im New Yorker Hotel „The Plaza“ feierte unlängst die konservative Zeitschrift „National Review“ (150 East 35th Street, New York, N.Y. 10016) den 30. Jahrestag ihrer Gründung. Unter den Gästen war auch Präsident Reagan. Die Saat, die „National Review“ über die Jahre gesät hat, ist üppig aufgegangen.

Als im November 1955 der junge William F. Buckley die erste Nummer herausbrachte, schrieb er, er wolle sich der Geschichte quer in den Weg stellen und „Halt“ schreien. Als „National Review“ 25 Jahre alt wurde, war „ihm Mann“ gerade dabei, seine Koffer zu packen, um ins Weiße Haus zu ziehen, und nun zum 30. feierte Reagan den Herausgeber Buckley als „den wohl einflussreichsten Journalisten und Intellektuellen der Gegenwart“. Wenn Reagan allerdings die Rolle der „National Review“ im Weißen Haus mit der des Magazins „People“ im Wartezimmer eines Zahnarztes verglich, dann stellt sich die Frage, ob die Zeitschrift auch dann noch dabei ist, wenn der Zahn gezogen wird. Jedenfalls ist der geistig-politische Wandel in den USA mit der „National Review“ verbunden.

Was verließ der Zeitschrift diese Wirkung? Erstens vermied es Buckley, als er ausging, das anhaltende publizistische Monopol der „New Dealers“ – es gab damals acht meinungs-bildende Wochenschriften der Liberalen, keine der Konservativen – zu brechen, sich allzu sehr mit den „Graswurzeln“ der amerikanischen Politik einzulassen. Er siedelte sein Organ auf der intellektuellen Ebene an.

Zweitens vermochte er einen Feind zu definieren, und nichts verbindet mehr als ein gemeinsamer Feind. Dieser Feind war der Liberalismus (natürlich nicht der von Roepke und Hayek, sondern der von „Spiegel“ und „Zeit“). Den dritten Punkt brach-

te Buckley selbst beim erwähnten Festbankett zur Sprache, als er sagte, daß eine Zeitschrift, die gleichzeitig eine Mission erfüllen und den Wünschen ihrer Leser genügen will, sich umfassend auf die Flora und Fauna des kulturellen und politischen Lebens einlassen muß.

Jeder Erfolg bringt aber auch Bürden mit sich. Und die Bürde der Jubiläumsummer (vom 31. 12. 85) war es, daß in den USA eine schier endlose Flut von Publikationen sich mit dem Konservatismus befaßt. Was konnte da eine Jubiläumsummer Neues bringen? Doch „National Review“ löste die Aufgabe. Neben einigen weniger der gewohnten Kolumnen erhält einer der jüngeren Mitarbeiter, Joseph Sobran, Gelegenheit, um in einem umfangreichen Grundsatzartikel eine scharfsinnige Analyse der amerikanischen Haltung zu Familie, Eigentum, Religion und Politik mit der Synthese der Voraussetzungen einer nicht-pathologischen Kultur zu verbinden.

Den Rest der Nummer füllen Essays über die „10 Großen“ der Geschichte der „National Review“ – unter anderen James Burnham, John Dos Passos, Wilmore Kendall, Russell Kirk – und vier noch heute schreibende Kolumnisten, so daß ein Panorama des amerikanischen Konservatismus entsteht. Richard Brookhiser meint im Editorial: „Die Meinungsunterschiede im Gründungskreis der „National Review“ – die Stellung der Bürgerrechte in der amerikanischen Tradition, der Religion oder des freien Marktes – sind bei nachdenklichen Konservativen auch heute noch da. Heute, wo sich der amerikanische Konservatismus in der Situation befindet, sowohl zu regieren wie „Halt“ zu rufen, nehmen diese Differenzen eine neue Bedeutung an. Warum und in wessen Namen sollen wir anhalten? Welche Richtung schlagen wir statt dessen vor?“

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING



Alice Herdan-Zuckmayer
FOTO KEYSTONE

Mehr als eines Dichters Witwe

Sie ist die Frau eines berühmten Schriftstellers. Sie kam aus Wien, arbeitete in Berlin als Schauspielerin, als sie Zuckmayer kennenlernte. 1923 haben sie geheiratet, zogen dann nach Salzburg. Doch nach dem „Anschluß“ Österreichs gingen sie in die Vereinigten Staaten. In Hollywood erwartete Zuckmayer ein Bombenverbot als Drehbuchautor. Er zog es vor, mit seiner Frau in Vermont eine Farm zu bewirtschaften: janzelang härteste Arbeit unter primitivsten Verhältnissen.

In dem Roman „Die Farm in den grünen Bergen“ hat sie diese Erfahrungen verdichtet. Andere Bücher kamen dazu. Und seitdem weiß man, daß Alice Herdan-Zuckmayer eben nicht nur die Witwe eines berühmten Schriftstellers ist. Foster Wornort nach dem Krieg wurde dann das hochgelegene Saas-Fee in der Schweiz. Dort feiert morgen Alice Herdan-Zuckmayer ihren 85. Geburtstag.

HERMANN SCHMIDTENDORF
Weitere Daten: Münster bis 4. April, München bis 29. April oder 2. Mai.

JOURNAL

Nurejew tanzt mit Baryschnikow

AFP, New York
Michail Baryschnikow und Rudolf Nurejew treten am 8. Juli bei einer Wohltätigkeitsveranstaltung in der Metropolitan Opera in New York gemeinsam auf. Das Programm der beiden aus der Sowjetunion emigrierten Balletstars, die zuletzt vor zehn Jahren gemeinsam tanzten, steht noch nicht fest. Der 38jährige Baryschnikow sagte nach der ersten gemeinsamen Probe, er habe nach 20 Minuten aufgegeben, während der 48jährige Nurejew „eine Stunde lang gesprungen ist“. Die Eintrittskarten für die Veranstaltung kosten überwiegend zwischen 35 und 250 Dollar; einige Sonderplätze für 1000 Dollar sind mit einem anschließenden Diner verbunden. Die Veranstalter hoffen, eine halbe Million Dollar einzunehmen. Der Erlös des Galaabends geht an das Ballett der Metropolitan Opera, das von Nurejew geleitete Pariser Opernballett und das American Ballet Theater, dessen künstlerischer Leiter Baryschnikow ist.

Variationen über „Figur + Raum“

DW, Länderscheid
Zehn Künstler – von Jürgen Brodwolf bis Gottfried Wiegand – hat die Städtische Galerie Länderscheid zu der Ausstellung „Figur + Raum“ eingeladen. Gezeigt werden nicht nur Gemälde, Graphiken und Skulpturen, sondern auch Objekte, Collagen und Xerokopien, die von der Gestalt des Menschen ausgehen, auch wenn sie – wie in den Plastiken von Karl Manfred Renner oder Max Schmitz – zur Abstraktion führen. Die Ausstellung ist in Länderscheid bis zum 20. April zu sehen und geht dann nach Faderborn (8. Juni bis 6. Juli) und Frechen (1987). Der Katalog kostet 15 Mark.

Katalog der Bildwerke des Mittelalters

DW, Karlsruhe
Das Erarbeiten von wissenschaftlichen Bestandskatalogen ist eigentlich das tägliche Brot der Museen. Aber die Sparsamkeit der Museen, der Kommunen und Länder zumeist, läßt es nur zu oft an den notwendigen Mitteln für das wissenschaftliche Personal und die nicht unerheblichen Publikationskosten fehlen. Deshalb fällt es auf, wenn das Badische Landesmuseum Karlsruhe jetzt einen umfangreichen, gut ausgestatteten Katalog „Die mittelalterlichen Bildwerke“, bearbeitet von Cora Zimmermann, vorlegen kann. Er beschreibt 212 plastische Arbeiten von der Romanik bis zur Spätgotik aus Holz, Stein, Ton und Bronze sowie Beweise der Bauskulptur, die das Museum besitzt. (406 S., 307 Abb. 100 Mark).

„Begegnung und Auseinandersetzung“

DW, Duisburg
Die Arbeit des Theologen Professor Heinz Kremers, der in diesem Jahr mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnet wurde, dokumentiert der vom Institut für Sozialforschung (IFS) an der Universität Duisburg herausgegebene Band „Begegnung und Auseinandersetzung“. Er wurde von Gerd Stein zusammengestellt und ist vorwiegend der deutsch-israelischen Schulbuchreihe gewidmet. Das Buch ist über das IFS (Hermann-Grothe-Str. 98, 4100 Duisburg 26) zu beziehen.

Mehr als 3000 Studenten an Lubliner Universität

ist Lublin
An der einzigen katholischen Universität in osteuropäischen kommunistischen Staaten, in der polnischen Stadt Lublin, studieren zur Zeit über 3000 Studenten. Sie werden von mehr als 350 Wissenschaftlern, darunter etwa hundert Professoren und Dozenten, betreut. Die meisten Studenten sind an der Theologischen Fakultät (785) sowie der gesellschaftswissenschaftlichen (725) und humanistischen Fakultät (725). Die Lubliner Katholische Universität unterhält engen Kontakt mit der katholischen Hochschule in Eichstätt und den Universitäten in Löwen (Belgien) und Nimwegen (Niederlande).

Kur und Literatur im Teutoburger Wald

dpa, Düsseldorf
Als „Kurgastdichter“ soll künftig jedes Jahr ein erholungsbedürftiger Schriftsteller im Luftkurort Lagerhorst im Teutoburger Wald kostenlos kuren können. Erbracht und organisiert hat dieses Programm das Literaturbüro Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf, „weil wir festgestellt haben, daß viele Autoren krank sind“. Der Autor, der für drei Wochen die Ruhe des Kurortes genießen kann, soll allerdings vor Schülern und Kurgästen aus eigenen Werken lesen, gegen Honorar natürlich. Erster „Kurgastdichter“ wird in diesem Sommer der Jugendbuchautor Helmut Balot („Das Haus der Krokodile“) sein.

Mangelhafte Wartung oder Sabotageakt?

W. THOMAS, Mexiko-Stadt
Zwei Tage nach der schlimmsten Katastrophe in der mexikanischen Luftfahrtgeschichte herrscht noch immer Rätselraten über die Absturzursache des Linienjets. Die Ermittlungen konzentrierten sich auf die Möglichkeit eines Triebwerkschadens oder eines Bombenanschlags.

Die mexikanischen Behörden hoffen, daß der bereits sichergestellte Flugzeugführer wichtige Hinweise liefern wird. Das „Voice Control System“ soll dem amerikanischen Luftfahrtamt in Washington zur Auswertung geschickt werden. Washingtoner Experten sowie Vertreter der Boeing-Werke und des Triebwerk-Produzenten Pratt and Whitney helfen bei den Untersuchungen an Ort und Stelle. Augenzeugen berichteten, daß die Boeing 737-200 der Fluggesellschaft „Mexicana“ in der Luft explodierte.

Vermutungen über einen Triebwerkschaden hegen die Gewerkschaften, die über eine mangelhafte Wartung der Maschinen berichteten. Ein Sprecher der Fluggesellschaft wies diese Vorwürfe zurück. Die Theorie einer Sabotage-Aktion beunruhigte jedoch besonders die Veranstalter der Fußballweltmeisterschaft, die schon Ende Mai beginnt. Viele WM-Touristen könnten abgeschreckt werden.

Die Gerüchte, der Mittelstrecken-Jet sei einem Bombenanschlag zum Opfer gefallen, rankten sich um eine Meldung des Fernsehsenders Televisa vom vergangenen Wochenende:

US-Regierung warnte vor Terror-Anschlägen

Die US-Regierung habe Mexiko vor libyschen Terroristen gewarnt und zu schärferen Grenzkontrollen aufgefordert, hieß es. Offizielle Kreise hatten zu diesen Informationen keine Stellung bezogen. Nach dem Absturz wurden jedoch überall die Sicherheitsvorkehrungen verschärft. Auf den großen Flughäfen mußten die Passagiere ihr Gepäck identifizieren.

Mittlerweile sind die Bergungsarbeiten in dem 14 Kilometer nordwestlich von Mexiko-Stadt gelegenen Absturzgebiet fast beendet. 145 der insgesamt 186 Toten, die zum Teil bis zur Unkenntlichkeit entstellten, konnten geborgen werden. Die Identifizierung der Leichen wurde durch erschwerende, daß plündernde Bauern Schmuckstücke und persönliche Wertsachen stahlen, die Hinweise auf die Person des Verunglückten hätten geben können. Nach Angaben von Diplomaten sind unter den Toten mindestens acht Franzosen, vier Schweden, drei Kanadier und eine noch unbekannte Zahl US-Bürger. Bonns Botschaft in Mexiko-Stadt ist sich jedoch sicher, daß keine deutschen Staatsbürger in der Unglücksmaschine saßen.

Die „Marques“ war ein stolzer Hochseesegler. Bis zu jener Nacht vor zwei Jahren, als sie während einer Regatta nordwestlich der Bermudas von einer heftigen Bö erfäßt wurde, sank und neunzehn Menschen mit sich in die Tiefe riß. War das Schiff nicht seetüchtig? Die mysteriösen Begleitumstände sind jetzt Thema einer Seemants-Verhandlung in London.

Des Rätsels Lösung liegt auf dem Meeresgrund

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

Die Mittelwache war gerade an Deck gekommen. Ein paar Minuten später kam der Tod. Die „Marques“, das Flaggschiff der „Oned-In-Line“, wurde von einer urplötzlich einfallenden Orkanbö unter Wasser gedrückt. Die Bark sank innerhalb weniger Minuten auf den Grund der Karibik und riß neunzehn Menschen mit sich in die Tiefe. Nur neun überlebten. Wie konnte es geschehen, wer trägt die Schuld an der Katastrophe?

Diese Fragen muß ein Seemant klären, das erstmals im vergangenen Herbst unter Vorsitz des Königlich-Rats Richard Stone in der südenglischen Hafenstadt Plymouth zusammengetreten war. Doch die Sache ist so kompliziert, daß nach mehreren Sitzungswochen vertagt wurde. Die Untersuchung war dem vom Verkehrsministerium zum „Wrackkommissar“ ernannten Juristen zunehmend zur Sisyphosarbeit geraten. Denn allzu viele Widersprüche wurden auf Stones Tisch geschwemmt – Treibgut einer bitteren Feindschaft zwischen den beiden früheren Eignern des Unglücksschiffs.

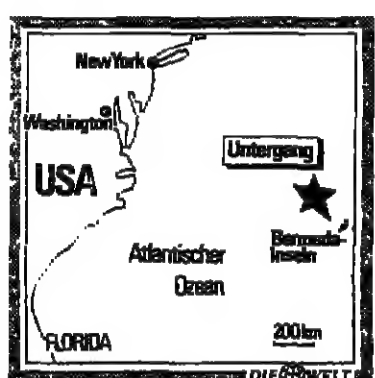
So viel steht fest, wenn Stone am 7. April in einem Gemeinderat im Londoner Bezirk Westminster die zweite Seemantsrunde eröffnet: Der 85-Tonnen große Dreimaster war Teilnehmer der internationalen Hochseeregatta der Tiefseesegler und ging am Abend des 2. Juni 1984 auf die Rennstrecke Bermudas-Neuschottland. In

den ersten Morgenstunden des nächsten Tages knüppelte das Schiff bei Windstärke sechs bis sieben und Regenschauern durch eine rauhe See. Ein Großteil der Crew war so seetüchtig wie unerfahren.

Es war kurz nach vier Uhr früh. Die Mittelwache war aufgeklappt und bereit sich mit den Kameraden über Segelkuren. Da fiel ohne jede Vorwarnung eine Bö von Orkanstärke ein. Die Bark holte gefährlich über, machte Wasser. Luken und Ventilationen mußten offengestanden haben. Rudergänger Philip Sefton (32) und die Männer an Deck kämpften verzweifelt, das Schiff zu retten. Es war zu spät. Die „Marques“ kam gerade noch einmal hoch, dann schnitt ihr Vorwärtsschiff unter Wasser. Das war das Ende. Die Bark hatte sich unter dem Pressen des eigenen Tuchs selbst in die Tiefe gesegelt. Mit ihr versanken auf Position 33.50 Nord / 66.40 West zwölf Kadetten, vier Mann Stammbesatzung sowie der amerikanische Skipper Stuart Finlay (42), dessen 31jährige Ehefrau Alma und der noch nicht mal anderthalb Jahre junge Sohn Christopher. Die Überlebenden wurden drei Stunden später vom Rettungsboot geborgen.

Soweit die Tatsachen. Wenn es freilich um Ursachen und Hintergründe des Desasters geht, steht Aussage gegen Aussage. Die beiden Männer, die eine Zeitlang gemeinsame Eigner des Unglücksschiffs waren, sind inzwischen erbitterte Gegner

und taten dies auch dem Seemant in lauten Auseinandersetzungen kund. Auf der einen Seite steht der 45jährige Brit Robin Cecil-Wright, der die jahrelang aufgelegte Vorrichtung hatte. Inzwischen behauptet er, die jahrelang aufgelegte Vorrichtung hatte. Inzwischen behauptet er, die jahrelang aufgelegte Vorrichtung hatte. Inzwischen behauptet er, die jahrelang aufgelegte Vorrichtung hatte.



Bei einer Regatta sank die „Marques“ nordwestlich der Bermudas

sträubten Haares“ entflohen sein will, statt den Schlag in die Karibik mitzunehmen. „Nie zuvor bin ich irgendwo gefahren, wo auf Sicherheit und Wohlergehen der Crew weniger Rücksicht genommen wurde!“

Cecil-Wrights Ex-Kompanion und heutiger Widersacher heißt Mark Litchfield, ehemaliger Seefahrer. Die beiden hatten ihre Geschäftsbeziehung nach bösen Auseinandersetzungen anno 1983 gekappt. Litchfield blieb alleiniger „Marques“-Besitzer, bestreitet alle Vorwürfe des einstigen Partners ganz entschieden. Doch auch Litchfield ließ „seiner“ Zeugen aufmarschieren, zum Beispiel den Skipper der „Golden Hind“-Replik David Rawnsley hatte bei der letzten „Marques“-Generalüberholung mitgearbeitet und bescheinigt nun unter Eid, das Schiff sei in den besten Zustand gewesen.

Dies dürfte wohl noch für längere Zeit eine Streitfrage bleiben – zumal dem Seemant zwei widersprüchliche Aussagen vorgelegt werden, die von ein und demselben Schiffstauger stammen sollen. Dem einen Eigner soll dieser Experte nach einem kurzen Blick auf den Kiel des gestunkenen Schiffes geraten haben: „Vergessen Sie's besser!“ Der andere will mit einer Expertise desselben Gentleman das amtliche Seetauglichkeitszeugnis bekommen haben. Was die Sache besonders dehnungsfähig macht: Ein solches Zertifikat stellt das Verkehrsministerium in aller Regel nur nach einer

Schiffsbegehung durch einen eigenen Experten aus. Als Litchfield anklopfte, wurde „ausnahmsweise“ darauf verzichtet. Cecil-Wright witterte gleich Bestechung.

Bei allem Für und Wider, eines dürften wohl schon die Herbst-Sitzungen des Seemants offengelegt haben: Der letzte Skipper der „Marques“ war nach Recht und Gesetz überhaupt nicht zur Schiffsführung berechtigt. John Reader vom Handelsministerium, das die Patente für auf britischen Kaffahrern segelnde Offiziere erteilt, sagte aus: „Finlay durfte den 85-Tonner übernehmen, nachdem er uns die Fotokopie eines von der US-Küstenwache ausgestellten Patents vorgelegt hatte.“ Dies berechnete ihn zur Führung von Seefahrzeugen bis zu 100 Tonnen im Atlantik – später stellte sich heraus: Es war gefälscht. Laut echtem Berechtigungsschein durfte der Ex-Direktor einer heruntergekommenen Segelschule nämlich nur Fahrzeuge von 60 Tonnen höchstens 60 Seemeilen vor die Neuenland-Küste skippieren.

Finlay kann darauf nicht mehr antworten. Er ist ebenso in den Tod gesegelt wie die anderen, für die er als Kapitän verantwortlich war. Oder trägt die letzte Verantwortung doch der Eigner, wie es ein US-Anwalt behauptet? Wie dem auch sei: In Sachen „Marques“ geht die juristische Seeschlacht weiter, und Beobachter erwarten das bevorstehende Treffen mit großem Interesse. (SAD)

Familie, Freunde und Freizeit wichtiger als Beruf

dpa, Hamburg
Die Lebensideale der Bundesbürger haben sich im Laufe der Zeit deutlich geändert. Noch vor zehn Jahren war ihnen der Beruf wichtiger als die Freizeit. Jetzt rangieren die drei „F“-Familie, Freunde und Freizeit – vorn. Der Beruf ist hinter der Bildung auf den fünften Platz der Werteskala gefallen. Das ergab eine Umfrage des Hamburger R.A.T. Freizeit-Forschungsinstituts. Dabei zeigte sich, daß alle Befragten Familie mit 90, Freunde mit 88 und Freizeit mit 85 Prozent als sehr wichtig einstufen. Den Beruf halten „nur“ 78 Prozent für wichtig.

Die Familie werde zwar als bedeutsam eingestuft, doch mit ihr gemeinsam etwas zu unternehmen, seien zwei verschiedene Dinge, kommentierte der Leiter des Instituts, Professor Horst Opaschowski, die Umfrageergebnisse. Die subjektive Einschätzung der Lebensbereiche sei oft nur Wunschvorstellung. Der kleinste gemeinsame Nenner der Familie sei oft nur das Fernsehen.

Drei Kinder ertrunken

AP, Wiesbaden
Das Hochwasser in der Bundesrepublik Deutschland hat vermutlich drei Kindern das Leben gekostet. Am Dienstag nachmittag ertrank in Erlensee-Rückingen bei Hanau ein achtjähriges Mädchen in einem zwei Meter tiefen Flutgraben der Kinzig. In Mörlenbach im Kreis Bergstraße wird seit Dienstagabend ein zweieinhalbjähriger Junge vermißt. Er ist vermutlich in die Hochwasser führende Weschnitz gestürzt. Bereits am Ostermontag sind zwei weitere Kinder in den Fluten des Solmsbaches in Ostbessen ums Leben gekommen. Die Pegel an Rhein, Mosel und Fulda fallen inzwischen wieder.

Weniger junge Raucher

dpa, Bonn
Von 1973 bis 1982 ist der Anteil der Nichtraucher unter den 14 bis 25jährigen von 42 auf 61 Prozent deutlich angestiegen. Bei den 14 bis 19jährigen sank die Zahl der Raucher von 1978 bis 1984 von mehr als 40 Prozent auf 28 Prozent. Das teilte der CDU-Bundesjugendabgeordnete Hermann Kroll-Schlitter gestern in Bonn unter Berufung auf Zahlen des Familienministeriums mit.

Schatz aus der Zarenzeit

AFP, Moskau
Ein Wollstrumpf voll von kostbaren Perlen, Ohrringen, Geld und einem Diamantenkoller wurde bei Renovierungsarbeiten in einem alten Haus in der Moskauer Innenstadt entdeckt. Wie die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija“ berichtete, fanden bulgarische Arbeiter den Schatz, den sein Besitzer noch vor der Oktoberrevolution 1917 unter dem Parkettboden versteckt hatte.

Ehe annulliert

AP, Karlsruhe
Wer ahnungslos eine Frau heiratet, die von einem anderen Mann ein Kind erwartet, kann die Ehe wegen Irrtums über eine persönliche Eigenschaft der Frau aufheben lassen. Das gleiche gilt nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes, wenn das Kind bereits vor der Eheschließung zur Welt gekommen ist und der Ehemann glaubt, er sei der leibliche Vater (AZ: 170 ZR 485).

Drei Jahre für „DDR“-Arzt

dpa, Berlin
Ein 61jähriger Zahnarzt aus Magdeburg rechnete bei der staatlichen Sozialversicherung in der „DDR“ jahrelang Leistungen für Patienten ab, die er nie behandelt hatte. Auf diese Weise strich er 55 000 Mark ein. Das „DDR“-Bezirksgericht Magdeburg bestätigte nach Angaben des Berliner Informationsbüros West ein Urteil, mit dem der Arzt zu einer Freiheitsstrafe von dreieinhalb Jahren, einer Geldbuße von 5000 Mark und zum Schadensersatz in Höhe von 55 000 Mark – plus vier Prozent Zinsen – verurteilt worden war.

3 Millionen Mark Bußgeld

AP/rt, Charleston
Die Aufsichtsbehörde über die betriebliche Sicherheit (OSHA) in Charleston (West Virginia) hat am Dienstag gegen den Chemiekonzern Union Carbide wegen der Verletzung von Sicherheitsbestimmungen eine Geldstrafe in Höhe von 1,3 Millionen Dollar (rund drei Millionen Mark) verhängt, die höchste jemals verhängte Strafe. Wie ein Sprecher der Regierungsbehörde mitteilte, werden dem Konzern in den letzten sechs Monaten 221 Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen vorgeworfen. Im Dezember 1984 trat in einem Werk des Konzerns in der indischen Stadt Bhopal Giftgas aus. Mehr als 3000 Menschen starben. Union Carbide will Berufung einlegen.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Oesterreichischen Lotterien, Wien, bei.

ZU GUTER LETZT

„Romantisches weißrosa Brautkleid zu verkaufen, Größe 40, mit Zubehör, DM 300,-. Aus „Bayernmotor der Betriebszeitung von BMW.“

WETTER: Vereinzelt Regen, kühl

Lage: Ein Tief über Nordostspanien verlagert sich mit seinen Ausläufern in Richtung Tschechoslowakei. Es bestimmt das Wetter im Süden und in der Mitte Deutschlands. Im Norden und Nordwesten überwiegt schwacher Zwischenhochneinfluß.

Vorhersage für Donnerstag: Im norddeutschen Tiefland heiter bis wolkig und trocken, sonst überwiegend stark bewölkt und vor allem im Süden Regen. Tagestemperaturen 5

Vorhersagekarte für den 5. April, 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		Lübeck	8	he	Faro	14	bw	Ostende	8	he	
Berlin	8 <td>Müncheln</td> <td>12<td>bw</td><td>Flanzenz</td><th>13</th><td>he<td>Palermo</td><th>11</th><td>he</td></td></td>	Müncheln	12 <td>bw</td> <td>Flanzenz</td> <th>13</th> <td>he<td>Palermo</td><th>11</th><td>he</td></td>	bw	Flanzenz	13	he <td>Palermo</td> <th>11</th> <td>he</td>	Palermo	11	he	
Bielefeld	8 <td>München</td> <td>8<td>bw</td><td>Genf</td><th>10</th><td>bw<td>Paris</td><th>11</th><td>bw</td></td></td>	München	8 <td>bw</td> <td>Genf</td> <th>10</th> <td>bw<td>Paris</td><th>11</th><td>bw</td></td>	bw	Genf	10	bw <td>Paris</td> <th>11</th> <td>bw</td>	Paris	11	bw	
Braunlage	3 <td>Münster</td> <td>8<td>bw</td><td>Helsink</td><th>3</th><td>bd<td>Peking</td><th>18</th><td>bd</td></td></td>	Münster	8 <td>bw</td> <td>Helsink</td> <th>3</th> <td>bd<td>Peking</td><th>18</th><td>bd</td></td>	bw	Helsink	3	bd <td>Peking</td> <th>18</th> <td>bd</td>	Peking	18	bd	
Bremen	3 <td>Norderney</td> <td>4<td>bd</td><td>Hongkong</td><th>18</th><td>bd</td><td>Prag</td><th>10</th><td>he</td></td>	Norderney	4 <td>bd</td> <td>Hongkong</td> <th>18</th> <td>bd</td> <td>Prag</td> <th>10</th> <td>he</td>	bd	Hongkong	18	bd	Prag	10	he	
Burg	8 <td>Oldenburg</td> <td>10<td>bw</td><td>Humburg</td><th>18</th><td>bw<td>Rangoon</td><th>24</th><td>bw</td></td></td>	Oldenburg	10 <td>bw</td> <td>Humburg</td> <th>18</th> <td>bw<td>Rangoon</td><th>24</th><td>bw</td></td>	bw	Humburg	18	bw <td>Rangoon</td> <th>24</th> <td>bw</td>	Rangoon	24	bw	
Dortmund	8 <td>Oberdörf</td> <td>3<td>bw</td><td>Isanbul</td><th>17</th><td>bw<td>Rim</td><th>18</th><td>he</td></td></td>	Oberdörf	3 <td>bw</td> <td>Isanbul</td> <th>17</th> <td>bw<td>Rim</td><th>18</th><td>he</td></td>	bw	Isanbul	17	bw <td>Rim</td> <th>18</th> <td>he</td>	Rim	18	he	
Dresden	8 <td>Passau</td> <td>10<td>bw</td><td>Kairo</td><th>26</th><td>bw<td>Saltzbur</td><th>13</th><td>bw</td></td></td>	Passau	10 <td>bw</td> <td>Kairo</td> <th>26</th> <td>bw<td>Saltzbur</td><th>13</th><td>bw</td></td>	bw	Kairo	26	bw <td>Saltzbur</td> <th>13</th> <td>bw</td>	Saltzbur	13	bw	
Düsseldorf	8 <td>Regensburg</td> <td>10<td>bw</td><td>Karlsruhe</td><th>18</th><td>bw<td>Shanghai</td><th>20</th><td>bw</td></td></td>	Regensburg	10 <td>bw</td> <td>Karlsruhe</td> <th>18</th> <td>bw<td>Shanghai</td><th>20</th><td>bw</td></td>	bw	Karlsruhe	18	bw <td>Shanghai</td> <th>20</th> <td>bw</td>	Shanghai	20	bw	
Erfurt	8 <td>Stuttgart</td> <td>10<td>bw</td><td>Konstantin</td><th>16</th><td>wi<td>Singapur</td><th>18</th><td>wi</td></td></td>	Stuttgart	10 <td>bw</td> <td>Konstantin</td> <th>16</th> <td>wi<td>Singapur</td><th>18</th><td>wi</td></td>	bw	Konstantin	16	wi <td>Singapur</td> <th>18</th> <td>wi</td>	Singapur	18	wi	
Kassel	8 <td>Thier</td> <td>9<td>bw</td><td>Kopenhagen</td><th>8</th><td>bw<td>Stockholm</td><th>12</th><td>bw</td></td></td>	Thier	9 <td>bw</td> <td>Kopenhagen</td> <th>8</th> <td>bw<td>Stockholm</td><th>12</th><td>bw</td></td>	bw	Kopenhagen	8	bw <td>Stockholm</td> <th>12</th> <td>bw</td>	Stockholm	12	bw	
Köln	8 <td>Wien</td> <td>10<td>bw</td><td>Lissabon</td><th>12</th><td>bw<td>Taipei</td><th>18</th><td>bw</td></td></td>	Wien	10 <td>bw</td> <td>Lissabon</td> <th>12</th> <td>bw<td>Taipei</td><th>18</th><td>bw</td></td>	bw	Lissabon	12	bw <td>Taipei</td> <th>18</th> <td>bw</td>	Taipei	18	bw	
Köln/S.	7 <td colspan="4">Ausland:</td> <td>Los Palmas</td> <th>20</th> <td>bd<td>Tel Aviv</td><th>16</th><td>bd</td></td>	Ausland:				Los Palmas	20	bd <td>Tel Aviv</td> <th>16</th> <td>bd</td>	Tel Aviv	16	bd
Frankfurt/M.	8 <td>Alger</td> <td>25<td>bw</td><td>Leningrad</td><th>4</th><td>bw<td>Tokio</td><th>12</th><td>bw</td></td></td>	Alger	25 <td>bw</td> <td>Leningrad</td> <th>4</th> <td>bw<td>Tokio</td><th>12</th><td>bw</td></td>	bw	Leningrad	4	bw <td>Tokio</td> <th>12</th> <td>bw</td>	Tokio	12	bw	
Freiburg	8 <td>Amsterdam</td> <td>7<td>bw</td><td>London</td><th>10</th><td>bw<td>Yokohama</td><th>16</th><td>bw</td></td></td>	Amsterdam	7 <td>bw</td> <td>London</td> <th>10</th> <td>bw<td>Yokohama</td><th>16</th><td>bw</td></td>	bw	London	10	bw <td>Yokohama</td> <th>16</th> <td>bw</td>	Yokohama	16	bw	
Garmisch	11 <td>Alben</td> <td>10<td>wi<td>Locarno</td><th>14</th><td>bw<td>Vladivostok</td><th>15</th><td>bw</td></td></td></td>	Alben	10 <td>wi<td>Locarno</td><th>14</th><td>bw<td>Vladivostok</td><th>15</th><td>bw</td></td></td>	wi <td>Locarno</td> <th>14</th> <td>bw<td>Vladivostok</td><th>15</th><td>bw</td></td>	Locarno	14	bw <td>Vladivostok</td> <th>15</th> <td>bw</td>	Vladivostok	15	bw	
Greifswald	6 <td>Barcelona</td> <td>10<td>bw<td>London</td><th>7</th><td>bw<td>Varna</td><th>17</th><td>bw</td></td></td></td>	Barcelona	10 <td>bw<td>London</td><th>7</th><td>bw<td>Varna</td><th>17</th><td>bw</td></td></td>	bw <td>London</td> <th>7</th> <td>bw<td>Varna</td><th>17</th><td>bw</td></td>	London	7	bw <td>Varna</td> <th>17</th> <td>bw</td>	Varna	17	bw	
Hamburg	8 <td>Belgrad</td> <th>18</th> <td>bw<td>Los Angeles</td><th>17</th><td>bw<td>Wasschast</td><th>7</th><td>wi</td></td></td>	Belgrad	18	bw <td>Los Angeles</td> <th>17</th> <td>bw<td>Wasschast</td><th>7</th><td>wi</td></td>	Los Angeles	17	bw <td>Wasschast</td> <th>7</th> <td>wi</td>	Wasschast	7	wi	
Kahler Asten	3 <td>Bordeaux</td> <th>13</th> <td>bw<td>Luxemburg</td><th>7</th><td>bw<td>Wien</td><th>10</th><td>bw</td></td></td>	Bordeaux	13	bw <td>Luxemburg</td> <th>7</th> <td>bw<td>Wien</td><th>10</th><td>bw</td></td>	Luxemburg	7	bw <td>Wien</td> <th>10</th> <td>bw</td>	Wien	10	bw	
Kassel	8 <td>Boston</td> <th>12</th> <td>bw<td>Madrid</td><th>13</th><td>bw<td>Zürich</td><th>12</th><td>he</td></td></td>	Boston	12	bw <td>Madrid</td> <th>13</th> <td>bw<td>Zürich</td><th>12</th><td>he</td></td>	Madrid	13	bw <td>Zürich</td> <th>12</th> <td>he</td>	Zürich	12	he	
Kempten	8 <td>Brisnell</td> <th>10</th> <td>bw<td>Málaga</td><th>13</th><td>R</td><td></td><td></td><td></td></td>	Brisnell	10	bw <td>Málaga</td> <th>13</th> <td>R</td> <td></td> <td></td> <td></td>	Málaga	13	R				
Kiel	6 <td>Budapest</td> <th>10</th> <td>R<td>Moskau</td><th>20</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Budapest	10	R <td>Moskau</td> <th>20</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	Moskau	20	bw <td></td> <td></td> <td></td>				
Koblenz	10 <td>Caen</td> <th>10</th> <td>bw<td>Moskau</td><th>20</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Caen	10	bw <td>Moskau</td> <th>20</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	Moskau	20	bw <td></td> <td></td> <td></td>				
Köln-Bonn	10 <td>Casablanca</td> <th>20</th> <td>he<td>Nagasaki</td><th>20</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Casablanca	20	he <td>Nagasaki</td> <th>20</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	Nagasaki	20	bw <td></td> <td></td> <td></td>				
Konstanz	10 <td>Dublin</td> <th>6</th> <td>he<td>New York</td><th>15</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Dublin	6	he <td>New York</td> <th>15</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	New York	15	bw <td></td> <td></td> <td></td>				
Leipzig	8 <td>Düsseldorf</td> <th>10</th> <td>bw<td>Osaka</td><th>18</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Düsseldorf	10	bw <td>Osaka</td> <th>18</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	Osaka	18	bw <td></td> <td></td> <td></td>				
Landshut	8 <td>Edinburgh</td> <th>5</th> <td>he<td>Osaka</td><th>17</th><td>bw<td></td><td></td><td></td></td></td>	Edinburgh	5	he <td>Osaka</td> <th>17</th> <td>bw<td></td><td></td><td></td></td>	Osaka	17	bw <td></td> <td></td> <td></td>				

LEUTE HEUTE

Reich belohnt

Zwei Stunden kämpfte er mit sich selbst, ob er den gefundenen Lotoschein behalten solle. Schließlich kam der William Murphy aus Montreal, wie er selbst sagte, zu der Ansicht, daß sein Vorhaben unrecht sei. Der Sozialhilfeempfänger hatte aus der Zeitung erfahren, daß genau die Sorte Schein, der in einer auf dem Bürgersteig gefundenen Brieftasche steckte, sechs Richtige und damit den Hauptgewinn von 7,6 Millionen Dollar hatte. Er brachte den Schein dem rechtmäßigen Besitzer Jean-Guy Lavigne zurück, obwohl er selbst nur noch 56 Cents in der Tasche hatte. Soviel Ehrlichkeit belohnte der ebenfalls arbeitslose Jean mit einem Fünftel der Gewinnsumme, rund 1,2 Millionen Dollar. Die gefundene Brieftasche hatte William übrigens schon vorher mit der Post zurückgeschickt. Den Lotoschein hatte er jedoch in der Hoffnung auf einen kleinen Gewinn behalten – er rechnete mit etwa zehn Dollar.

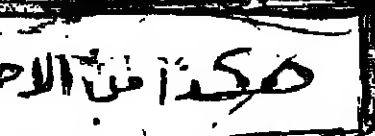
Giftweinskandal hat das 14. Todesopfer gefordert

DW, Genua
Dem Giftweinskandal in Italien sind inzwischen 14 Menschen zum Opfer gefallen. Nach Angaben der Polizei starb in einem Krankenhaus in Genua ein 52jähriger Mann nach einwöchiger Bewußtlosigkeit. Die Ärzte im Krankenhaus San Martino berichteten, sie hätten einen hohen Gehalt an Methylalkohol im Blut des Opfers festgestellt.

In einer Klinik im norditalienischen Albenga stellte sich am Dienstag heraus, daß auch ein am Montag gestorbener 68jähriger Mann Opfer des Giftweins wurde. Eine Obduktion und ein Vergleich mit einer Weinprobe, die in seinem Haus gefunden wurde, ergab nach Angaben der Behörden, daß er von dem vergifteten Wein getrunken hatte. In der Provinz Turin ergab eine Autopsie, daß auch eine am Sonntag gestorbene 71jährige Frau an dem Gift im Wein starb. Nach

Angaben der Polizei werden in Krankenhäusern in Norditalien noch über ein halbes Dutzend Patienten behandelt, die mit Methylalkohol versetzten Wein getrunken haben.

Vor dem Verzehr methanolversetzter Weine hat der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister Mathiesen gewarnt. Er betonte gestern, daß alle neuen Weinimporte aus den betroffenen Regionen Italiens derzeit lückenlos kontrolliert würden, wollte aber nicht ausschließen, daß die Weine auch in Nordrhein-Westfalen erhältlich seien. Vier Großhandelsunternehmen in diesem Bundesland seien inzwischen von der italienischen Lieferfirma vor dem Verkauf dieser Weine gewarnt worden. Mit Methanol versetzt seien die in Zweifelsfällen vertriebenen italienischen Tafel-Weißweine Rebendorf, Silberader, Bauernschoppen, Steinadler und Bauerntrunk.



Fundamente des Geistes untergraben

U-Bahn-Bau führte zu irreparablen Schäden an der Moskauer Lenin-Bibliothek

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Moskaus gewaltigstes Monument des Geistes ist in Gefahr“, ereiferten sich in einem Leserbrief der „Moskowskaja Prawda“ Schriftsteller und Architekten. Ihr Appell blieb unbeachtet. Aber jetzt, nachdem die „Literaturnaja Gazeta“ einen Artikel der bekannten Kriminalromanautorin Olga Tschajkowskaja über diesen Fall gebracht hat, schlagen die Wellen der Empörung hoch.

Es geht um die Lenin-Bibliothek, einen imposanten Bau am Anfang des Kalininprospektes, in Nachbarschaft des Kreml gelegen. Dieses Gebäude, das 29 Millionen Bücher, Zeitschriften und Zeitungen in 247 Sprachen beherbergt, wurde durch U-Bahn-Bauarbeiten schwer in Mitleidenschaft gezogen.

Der überdimensionale Bau, der 1937 von den Architekten Schtschur und Helfreich in hellem Marmor und grauem Granit geschaffen wurde, zählt zu den baulichen Höhepunk-

ten dieser Zeit. Das monströse Bauwerk wurde seinerzeit dem alten Bibliotheksgebäude – dem Paschkow-Haus – harmonisch angegliedert. Ausgerechnet dieses Meisterwerk des Moskauer Klassizismus ist so sehr durch die Erdarbeiten für die neue U-Bahn-Station „Borowitskaja“ beschädigt worden, daß ganze Seitenflügel wegen Einsturzgefahr geräumt werden mußten.

Durch die Ausschachtung wurden Außen-Skulpturen beschädigt, Granitsäulen abgebrochen, Wände von Rissen durchzogen. Ja, das ganze Fundament des Paschkow-Hauses senkte sich bedenklich nach einer Seite und der Nordflügel des historischen Gebäudes brach völlig auseinander. Irreparable Schäden, wie Fachleute jetzt feststellen.

Jahrelang herrschten Schlamperie und Fahrlässigkeit am Bau. So wurden die notwendigen Erdarbeiten für die Metrostation ohne geologische Untersuchung eingeleitet. Man

sprengte Tunneln unter den Gebäuden, Grundwasser überflutete die Keller der Bibliothek, doch alle Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Selbst der zuständige Direktor der Lenin-Bibliothek fühlte sich nicht verantwortlich, akzeptierte das Vorgehen der Arbeiter-Truppe.

Einhakt geboten wurde diesem Bauskandal erst durch den neuen Moskauer Parteichef Boris Jelzin, der mit eisernem Besen in der Metropole gegen Mißwirtschaft und Korruption kämpft. Der verantwortliche Direktor der Bibliothek soll nun ebenso zur Rechenschaft gezogen werden wie die Städteplaner und Architekten, die für den U-Bahn-Bau verantwortlich waren. Die „Literaturnaja Gazeta“ forderte eine strenge Bestrafung der Schuldigen. Niemand weiß zur Stunde, was mit der Lenin-Bibliothek geschehen soll.

Die U-Bahn-Station „Borowitskaja“ allerdings ist jetzt feierlich eröffnet worden.

nach wenigen Millilitern (ml) beobachtet worden. Als tödliche Gabe des reinen Methanols werden 30-100 ml angegeben.

Bei der Aufnahme ist der meist nicht sehr ausgeprägte Rauschzustand mit starken Kolikschmerzen, Übelkeit und Erbrechen verbunden. Er geht oft in eine tödliche Lähmung des Atemzentrums über. Auch schon ohne Rausch kann plötzliches Zusammenbrechen unter Atemnot und Erstickenkrämpfen zur Atemlähmung führen. In 25 Prozent der bekannten Fälle führte die Vergiftung zu bleibender Blindheit, Sehdefekte wurden sogar in 50 Prozent der Fälle beobachtet.

In Deutschland wurde 1911 eine Methanol-Massenvergiftung bekannt, als in einem Berliner Asyl für Obdachlose nach dem Genuß von „Schnaps“ 129 Insassen erkrankten, von denen die meisten starben.

Koliken, Erbrechen und Lähmung der Atemwege

DIETER THIERBACH, Bonn

Methanol (CH₃OH), auch Holzgeist oder Karbinol genannt, bildet mit Äthanol (CH₃CH₂OH) eine im Geruch sehr ähnliche, farblose, brennbare Flüssigkeit und mischt sich mit Wasser in jedem Verhältnis. Die Hauptgefahr beim Methanoltrunk liegt in seiner Ähnlichkeit mit dem Äthylalkohol und seiner Giftigkeit. Die Wirkungsweise des Methanols hängt mit seinem Stoffwechsel-Besonderheiten zusammen, durch die er sich von anderen Alkoholen unterscheidet.

Während Äthanol nach Aufnahme im Körper zum weitaus größten Teil zu Kohlensäure und Wasser verbrannt wird, entstehen bei der Oxidation des Methanols die Abbauprodukte Formaldehyd und Ameisensäure. Toxische Wirkungen, namentlich die gefährlichsten Sehstörungen bis hin zur Erblindung durch die Degeneration der Sehnervenfasern sind schon